

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Beilage-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insektions-Gebühr beträgt für die fünfgeheftete Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 11. März 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Baron Schnud an der Arbeit.

Bei der Beratung des Kultus-Etats im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte ein Mitglied der allgemach völlig verstimmt-elten freikonservativen Partei, der Freiherr von Hedlich-Neukirch:

Es ist unhaltbar, daß ein Privatdozent in einem Lehrkörper gebildet werden muß, welcher nach dem Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber der Jubelfeier dieses Jahres sich trotzdem zur Sozialdemokratie bekennt und sich an sozialdemokratischen Agitationen beteiligt hat, ohne daß er entfernt werden könnte aus dem akademischen Lehrkörper."

Es ist dies das erste offene Eingeständnis, daß es bei den ganzen umständlichen Veranlassungen zur Regulierung der Privatdozentur in Preußen, bei den Treibereien der offiziellen Presse, bei dem Gutachten des Professors Hirsch, bei dem bereits angeländigten Gesetzentwurf, der die Privatdozenten völlig unter die Disziplinargewalt des Kultusministers bringen, nach seinem Belieben sie absetzbar machen soll, sich wiederum nur handelt um ein Angstprodukt. Die Konsuln sorgen wieder einmal, daß dem Staate kein Schaden geschehe durch die Sozialdemokratie. Weil ein unbehaglicher sozialdemokratischer Privatdozent an einer deutschen Hochschule sich auf dem bisher allein rechtlich zulässigen Wege nicht beseitigen läßt, soll die Unabhängigkeit der Privatdozenten von ministerieller Willkür, soll ein in der deutschen Gelehrtenwelt als Schutzmittel für die Freiheit der Wissenschaft hochgeschätztes Privileg kurzer Hand zerstört werden.

Als wir jene Worte des Freiherrn v. Hedlich lasen, da war es uns, als hörten wir abermals einen Anruf des Barons Schnud in das Gedächtnis seines väterlichen Daches hineintragen.

Der alte Baron Schnud war der letzte männliche Sprößling des westfälischen Freiherrngeschlechtes derer von Schnud, — wenn wir nicht irren, aus dem graumelirten Zweige derer von Schnud-Pudelig in der Boccage zum Banjentrust. Es war ihm schlecht gegangen mit der Landwirtschaft in diesen kapitalistischen Zeitaltern. Das Heilmittel staatlicher Liebesgaben für jungerliche Lebensnöthe war damals noch nicht erfunden. Der Baron mußte sich auf seine alten Tage durchhungern, so gut es gehen wollte. Eine Zeit lang wiegte er sich in Träumen von neuer Lebensfülle, als ein anderer Edelher der Nation, der Schwindelbaron von Münchhausen, ihm das Projekt einer Luftstein-Fabrik vorgegaukelt hatte. Vergeblich hatte Schnud die Atmosphäre der ganzen Umgegend nach Luftstein-Material durchschnuppert. Als auch noch anderes Mißgeschick ihn heimsuchte — das nähere kann man bei Zimmermann nachlesen —, da erkletterte er, von Angst und Wuth übermannt, den Dachboden seines wurmstichigen Schlosses und hatte eine Stütze nach der andern ein, bis das zusammenbrechende Dach ihn unter Schutt und Moder begrub.

Clotilde. (Nachdruck verboten.)

"Wohlan, ich sehe, Du willst stark sein. Komm." Sie gingen Arm in Arm, sie hatten sich viel zu erzählen in der Nacht durch die engen, steilen Straßen. Clotilde hing sich fest ein, als freue sie sich, diese langentbehrte Stütze wieder zu fühlen.

Im Hotel, wo Palavi wohnte, war noch alles hell erleuchtet. Sie wurden in sein Zimmer geführt. Dort fanden sie einen zweiten, Langenberg bekannten Arzt und — Palavi's Leiche. Langenberg erschrad. Lag er nicht da wie sein Schwager Sherman, der einst an Gift Gestorbene? War er vor Schreck, in der Einbildung, er habe die Cholera, wirklich daran, oder auch an Gift plötzlich gestorben?

Der Eindruck, den dieser Anblick auf Langenberg und seine Frau ausübte, war ein erschütternder.

Das war der Franzose? Ihr Unglücksbote, von dem Clotilde bange einst geträumt, der ihnen so viel falsche Freude, soviel Verlegenheit und Leid gebracht — da lag er nun entsetzt auf unerklärte Art.

Was hatte ihm nun all' sein falsches Spiel, seine Berätherei gebracht?

Er war eben das Werkzeug der Vorsehung gewesen, zu dem so Mancher ausersehen ist, ohne es zu ahnen.

Mehr gemieden als gesucht, mehr gefürchtet als geliebt, hatte er gelebt. Ausgestattet mit glänzenden Eigenschaften und Mitteln warb er um Freunde, aber etwas Unheimliches, Abstoßendes umgab ihn; die sich ihm zugewendet, ihm Freundschaft und Dankbarkeit bezeugten, stieß er selbst wieder von sich durch sein falsches Weien. Er starb ohne Freunde, verlassen von seinen eigenen Verwandten, die ein geheimes Grauen noch in der letzten Stunde von seiner Seite jagte.

Er hatte die Mission, für die er bestimmt war, das Rächeramt des Himmels zu üben" mit klugem Eifer und jäher Ausdauer durchgeführt; als sie erfüllt, war auch er

Jetzt ist Baron Schnud im deutschen Reichsgebäude eifrig am Werk. Aus Angst vor der Sozialdemokratie haßt dieses staatsretende Genie eine staatliche Stütze nach der anderen ein. Im sächsischen Winkel wankt und wackelt schon das ganze Gebälk, so gründlich arbeitet er dort an der Zerstörung des zentralen Tragballens. Aber zwischen durch läßt er auch die preussische Ecke seine schätzbare Thätigkeit spüren. Da soll der unverfälschte Strebeballen des Privatdozentenfalls fallen.

In beiden diesen gleichzeitigen Unternehmungen, in der größeren in Sachen wie in der kleineren in Preußen offenbart sich die tiefinnige Staatsmannskunst, deren nur ein Baron Schnud fähig ist. Nur ein schnud-artiger Geist bringt es fertig, aus Haß gegen die Sozialdemokratie die Verteidigung alles dessen, was in den bestehenden Zuständen von den ideal gesinnten Theilen auch der bürgerlichen Parteien als erhaltungswürdiges Recht geschätzt wird, mit dem Schicksale der sozialdemokratischen Partei oder eines ihrer Mitglieder zu identifizieren. Wir können uns keine besseren Gegner wünschen als solche Schnud-Politiker.

Daß auch die einsichtigeren Elemente in bürgerlichen Kreisen die nämliche Empfindung haben, geht aus der anschwellenden Zahl der Proteste gegen die sächsische Wahlrechts-Verschlechterung hervor, es geht auch hervor aus dem Proteste der 53 Berliner Professoren gegen das bestellte Gutachten des Professors Hirsch, das der Unterstellung der Privatdozenten unter ministerielle Willkür die Wege ebnet sollte. Unter den 53 ist nicht ein einziger, den Wohlwollen für die Sozialdemokratie bewegte. Sicher wünschen sie, ein jeder in seiner Art, der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Aber sie glauben, daß die bisherige rechtliche Stellung der Privatdozenten, die deren Anstellung und Absetzung abhängig macht von einem Gutachten der "Fakultät", also von dem Professorenkollegium ihres Spezialfaches, eine wesentliche Bürgschaft bilde für die freie Fortentwicklung der Wissenschaft und ihrer Lehre. Damit haben sie auch bis zu einem gewissen Grade recht. Trotzdem der Funstgeist des Professorenthums selbst der Freiheit der Wissenschaft oft genug abträglich gewesen ist, bildet jene Einrichtung gegenwärtig doch wenigstens eine Schranke gegen bürokratische Uebergriffe, eine Schranke, die um so höher geschätzt wird, da bürokratische Entscheidungen für die Anstellung von Professoren ausschlaggebend sind. Möglich ist es ja, daß die Widerstandskraft der Professoren mit dem Protest gegen das Hirsch-Gutachten sich erschöpft hat und daß es den Schnud-Politikern gelingen wird, die preussische Geldsackvertretung für die Einperdung der Privatdozenten in die ministeriell kontrollirte Beamtenschaft zu gewinnen. Aber mag der bürokratische Einbruch in das Stilleben unserer Universitäten so oder so ausgehen, für uns hat dieser Vorgang den großen Werth, daß er wieder einmal

abgethan. Ohne Familie, ohne Sympathien zu hinterlassen, ging er dahin, eine Handhabe der Gerechtigkeit, die der ewigen Weltordnung dienen muß. Wie sein Leben, war auch sein Tod ein ungelöstes Räthsel.

Langenberg und Clotilde wandten sich ab und gingen, der anwesende Arzt mit ihnen.

"Was sagen Sie," begann derselbe, "Herr Kollege, zu diesem Fall?"

"Er bestätigt meine Behauptungen," erwiderte Langenberg. "In der nächsten Aerzte-Konferenz werde ich darüber Vortrag halten und ein untrügliches Beweismittel bringen."

"Gut. Also auf Wiedersehen!"

Als der Arzt sich entfernte, sagte Clotilde: "Ach Gott, daß Palavi sich uns wieder gezeigt, ist ein schlimmes Anzeichen, er hat uns nur Unglück gebracht."

"Auch Glück! Als wir im alten Schloß in Baden-Baden ihm auswichen, führte unser guter Stern uns zum Major von Scheven und seiner Frau, sie sind uns wahre Freunde geworden."

"Das sind sie für alle Zukunft."

"So finden wir oft, daß leidende, gebrechliche Menschen Gefunde überleben und ahnen nicht zu welchem höheren Zwecke sie erhalten bleiben. Wir blicken verächtlich auf widrig aussehende, unliebame Leute herab und wissen nicht, ob sie, in dem weisen Walten der Natur zu großen Dingen dienen müssen und deshalb so lange lebend erhalten bleiben, bis sie gebraucht werden um in das Fortschreiten des ewigen Getriebes einzugreifen. Wir Alle sollen uns dem großen Ganzen nützlich erweisen, uns opfern."

"Ja, opfern will auch ich mich, führe mich nur hin, wo ich nützen kann."

"Du hast jetzt Gelegenheit, viel Gutes zu thun. Nun die Seuche im Abnehmen, zeigt sich's, welche Lücken sie gerissen, wie groß die Noth ist. Hunderte brauchen Pflege und Unterstützung. Es fehlt an unerfahrenen, umsichtigen Pflegerinnen."

"Führe mich hin, daß ich nicht einsam ohne Dich im Hause trüben Gedanken nachhängen muß."

aller Welt klar macht, wie kulturschädigend der Kampf gegen die Sozialdemokratie überall wirkt. Mehr und mehr muß es so zum Gemeinbewußtsein werden, daß nicht wir, sondern unsere Gegner, die Schnud-Politiker, Feinde jeglicher Kultur sind.

Von solchen Gesichtspunkten geleitet, haben wir von Anfang an auch den Vorgängen an der Universität Aufmerksamkeit geschenkt. Merkwürdigerweise hat deshalb ein Berliner Korrespondent der "Neuen Zeit" wiederholt mit uns anzubinden gesucht. Die Entwicklung der Ereignisse hat die Richtigkeit unserer Auffassung und unseres Verhaltens vollaus bestätigt: Nachdem die Versuche, den sozialdemokratischen Privatdozenten Arons durch Vermittelung der philosophischen Fakultät zu beseitigen, gescheitert waren, kam es zu der Haupt- und Staatsaktion, durch die Befestigung einer "Regulierung" der Privatdozenten vorzunehmen, und aus dem Munde eines in hoher amtlicher Stellung befindlichen Abgeordneten haben wir, ohne daß der Kultusminister Widerspruch erhoben hätte, ein Eingeständnis vernommen, das uns berechtigt, jenen Gesetzentwurf als lex Arons anzusprechen.

Es wäre allerdings in den Wind geredet, wenn wir dem Korrespondenten der "Neuen Zeit" nochmals begreiflich zu machen versuchten, aus welchen Gründen jene Vorgänge die aufmerksame Beachtung der Sozialdemokratie verdienen. Wir wollen hier nur statt aller Argumentationen eine Parallele für uns sprechen lassen.

Vor einigen Jahren ereignete es sich, daß aus einem bürgerlichen Blatte einige Redakteure hinausgemergelt wurden. Der eine derselben hielt es für angebracht, den Fall in einer umfangreichen Broschüre zu beleuchten mit der hinreichend plausiblen Begründung, daß man es da mit einem beachtenswerthen Symptom des übeln Einflusses des Kapitalismus auf die Presse zu thun habe. Für die Sozialdemokratie hatte eine solche Erscheinung sicher Interesse, und so hat denn der "Vorwärts" nicht nur jene Broschüre ausführlich besprochen, sondern noch längere Zeit dem Verfasser bereitwillig die Spalten geöffnet, wenn er über seine Angelegenheit sich verbreiten wollte. Wir sollten aber doch meinen, so viel Interesse wie dieser Fall, hat der Fall Arons, der Kampf eines sozialdemokratischen Privatdozenten gegen obrigkeitliche Maßregelungsversuche, immerhin auch noch für das kämpfende Proletariat.

Wenn jetzt der Berliner Korrespondent der "Neuen Zeit", gänzlich uneingedenk jener Erörterungen, von proletarischer Entrüstung überschäumt, weil der "Vorwärts" den Fall Arons und alles, was damit zusammenhängt, ebenfalls besprochen hat, so wird uns das doch sicher nicht abhalten, alle Geniestreiche, die sich die Schnud-Politiker in der Bekämpfung der Sozialdemokratie leisten, nach Gebühr zu erläutern und zu würdigen.

Am anderen Tage führte der für das allgemeine Wohl wirkende und begeisterte Arzt seine eigene Frau mit Stolz in die Baracken und Clotilde zeigte sich anständig und zu jeder Arbeit willfährig. Unfundoig der Sprache, verstand sie und wurde verstanden durch ihre Hingabe und aufopfernde Thätigkeit. Viele genasen unter ihren milden Blicken, durch ihr gewinnendes Aeußere.

Abends plauderte sie seelenszufrieden mit ihrem Mann und war beglückt, wenn sie ihm mittheilen konnte, dem Tode ein Opfer entziffen zu haben. Nachts träumte sie oft von ihrer Mutter, die Wühende erschien ihr und eine Thräne der Dankbarkeit fiel auf die gute Tochter hernieder, die für sie ein Menschenleben erhalten, gerettet.

Auf Anregung Langenberg's wurde ein öffentliches Gebäude zu einem Erholungshause für genesende Frauen eingerichtet.

Frau Dr. Langenberg wurde die Vorsteherin und wirkte dort zur Bewunderung, zum Segen der Stadt.

Eines Abends kam ihr Mann nicht nach Hause, Clotilde überfiel eine unerklärliche Angst, eine trübe Ahnung, als müßte ihm ein Leid zugestoßen sein, erfüllte sie.

Er war zu einem Cholera-kranken gerufen worden, aber an diesem Tage war auch die Aerztekonzferenz, von der er gesprochen, als sie von Palavi gingen. Auf dieser Konferenz behauptete der bei dem Tode Palavi's anwesend gewesene Arzt: Palavi sei nicht an Cholera, sondern durch Arsenitvergiftung gestorben. Er führte die letzten Worte an, die der Sterbende zu seiner Schwägerin, der Schwester Sherman's, noch gesprochen: "Ich sterbe denselben Tod wie Sherman, an Tombo'schen Tropfen, die derselbe auch in seiner Reise-Apothek bei sich führte, das Fläschchen wurde leer vorgefunden. Nicht das Melissen-Geist enthaltende Fläschchen, dessen Inhalt ihm Georgine in den Punsch goß — er selbst hat sich den Tod gegeben." Dies erzählte Langenberg.

Endlich wurde ihr zum Entsetzen noch spät mitgetheilt, ihr Mann wäre seinem Verufe zum Opfer gefallen!

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. März.

Der Reichstag nahm bei der fortgesetzten Berathung der Gewerbeordnung die Artikel 6 und 7 an mit einigen hauptsächlich von freisinniger Seite beantragten Milderungen. Im Artikel 8 wird eine starke Beschränkung des Detailhandels gefordert. („Das Ausschicken von Bestellungen auf Waaren darf, soweit nicht der Bundesrath für bestimmte Waaren Ausnahmen zuläßt, nur bei Kaufleuten oder solchen Personen geschehen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden.“) Diese Bestimmung bekämpfte Genosse Vogt her energisch im Interesse des Publikums wie der Handlungsreisenden. Sie sei ein ohnmächtiger Versuch, gegen die natürliche Entwicklung der Dinge anzulaufen. Es lag dazu eine Anzahl beschränkender Anträge, aber auch ein theilweise noch verschärfender Antrag Gröber (Zentrum) vor. Und dieser Antrag wurde angenommen! Vorher war ein anderes, milderndes Amendement, wonach Reinen durch Detailreisende vertrieben werden darf, in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 109 Stimmen angenommen worden. Es ist hauptsächlich das Zentrum, durch dessen Schuld die Vorlage der Regierung noch verschlechtert, noch mehr mit dem Geiste der Bevormundung und der Interessenwirtschaft erfüllt wird. Morgen Fortsetzung anstatt des Schwerinstages. —

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in der Abend-Sitzung vom Montag hauptsächlich mit dem von der Budgetkommission zur zweiten Berathung des Kultus-etats gestellten Antrag betr. die Regelung der Grundzüge für die Vertheilung der Fonds zu Weihen an unvermögende Gemeinden. Nach dem Antrag sollen die Grundzüge in Zukunft gemeinschaftlich vom Kultusminister in Verbindung mit dem Minister des Innern und dem Finanzminister festgelegt werden. Die Fonds selbst sind von den genannten Ressortministern auf die Regierungsbezirke zu vertheilen, und die Regierungspräsidenten haben das Recht, selbständig nach Anhörung der Selbstverwaltungskörper die einzelnen Weihen zu bewilligen. Nach mehrstündiger Debatte, in welcher sich Kultusminister Dr. Vosse gegen den letzten Punkt des Antrages erklärte, wurde der Antrag der Budgetkommission mit einer geringfügigen, vom Zentrum vorgeschlagenen Abänderung gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen. Aus der Debatte wäre höchstens die Bereitwilligkeit zu erhellen, mit der der konservativen Abg. Hansen erklärte, daß seine Partei bereit sei, an dem Zustandekommen eines Volksschul-Gesetzes mitzuwirken. Abg. Hansen mußte es sich gefallen lassen, daß ihn sein Parteigenosse Abg. v. Tiedemann-Labisch in sofort desavouirte.

In der Sitzung vom Dienstag nahmen die Verhandlungen ein etwas schleunigeres Tempo an; es scheint also, als ob die Abmilderung von wohlthätigen Einfluß gewesen ist. Zunächst wurde ein Zentrumsantrag, wonach für die Bemessung der Dienstalters-Zulagen auch diejenige Zeit in Anrechnung kommt, während welcher ein Lehrer oder eine Lehrerin an einer staatlich genehmigten konfessionellen Privatschule in Orten, in welchen eine öffentliche Schule der betreffenden Konfession nicht besteht, sich im Dienste befunden hat, der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen, obgleich Vertreter des Kultus- und des Finanzministeriums sich gegen einen so weitgehenden Eingriff in die bisherige Staatsaufstellung erklärten. Die Kapitel „Elementares Unterrichtswesen“, „Kunst und Wissenschaft“ und „Technisches Unterrichtswesen“ wurden ohne nennenswerthe Debatte verhältnismäßig schnell erledigt; eine kleine Verzögerung trat in den Verhandlungen beim Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam“ ein, in Folge einiger auf die Aufbesserung der katholischen Pfarren hinzielenden Zentrumsanträge. Nach der üblichen Kulturkampf-Debatte wurden diese Anträge gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt und das Kapitel bewilligt. Vom Ordinarium des Etats ist jetzt nur noch das Kapitel „Medizinalwesen“ unerledigt, mit dessen Berathung am Mittwoch begonnen wird.

Neue Staaten-Verhältnisse bilden sich heraus — sagten wir neulich; und die Herren Chauvinisten, die zu jeder Anzeiweltung des dreibündlichen status quo damals noch den Kopf überlegen schüttelten, haben jetzt, angesichts der italienischen Katastrophe, ihr chauvinistisches Gleichgewicht verloren. Daß es mit dem Dreibund zu Ende ist, das begreifen auch die Verböhrtesten, wenn schon sie es noch lebhaft bestreiten. Ob Italien durch den Dreibund zur Stellung einer bestimmten Truppenzahl unter gegebenen Umständen verpflichtet war oder nicht — wie letzteres die „Kreuzzeitung“ mit wichtiger Miene behauptet — das ist vollkommen gleichgültig. Italien, dessen reaktionäre Regierung sich durch den Dreibund eine Stütze gegen das eigene Volk schaffen wollte, ist durch die Katastrophe in Afrika unwiderruflich aus der Dreibundpolitik

und dem Dreibunde herausgerissen worden. Scheinbar, äußerlich wird allerdings vorerst keine Aenderung eintreten — das bankrotte Geschäft wird langsam und in aller Stille „abgewickelt“.

Der Schlag von Adua war ein memento mori für die italienische Monarchie. Beachtet sie es nicht, so erfüllt sich ihr Schicksal sofort. Beachtet sie es und sucht in andere Bahnen zu lenken, dann läßt sich vielleicht noch eine Galgenfrist erkaufen. Dieses scheint angestrebt zu werden — dafür sprechen die neuesten Ministerkombinationen. In jedem Fall aber sind die Voraussetzungen der Dreibundpolitik weggefallen und der Dreibund ist zum Zweibund zusammengeschrunpft, wenigstens für Europa — denn unser famoser asiatischer Dreibund steht noch heiler Haut da in seiner juchtenlebernen Größe.

Die Konferenzen zwischen den Vertretern des Wiener und des Berliner Kabinetts, und der Besuch des Grafen Goluchowski in Berlin haben unter solchen Umständen rein geschäftliche Bedeutung. Der veränderten Lage mußte Rechnung getragen werden — das ist sehr einfach. An eine Erneuerung des Dreibundes, der nächstes Jahr vertragsmäßig abläuft, kann im Ernst niemand denken.

Dem seligen Dreibund wird niemand eine Thräne nachweinen. Sogar ein echt patriotisches Fortschrittsorgan, die „Dreslauer Morgenzeitung“, giebt zu, daß er der Welt nichts genügt, und bloß den französisch-russischen Zweibund nebst sich immer steigenden Rüstungen für Europa zur Folge gehabt hat.

Aber auch der russisch-französische Zweibund ist bedroht. Die reaktionäre und chauvinistische Politik, auf der er gleich dem Dreibund beruhte, hat in Frankreich ein Loch bekommen. Mit der Demokratisierung der Republik kommt in Frankreich das widernatürliche des Bündnisses mit dem brutal-barbarischen Jarentum mehr und mehr zum Verständnis. Man fängt dort an, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß eigentlich nur das deutsche Kaiserreich der „natürliche Bundesgenosse“ Auslands ist, und daß Frankreich sich an „die Völker des Westens, die freien“ anzuschließen hat: vor allem an England. Zur selben Zeit, wo unsere verböhrteten Chauvinisten sich ins Fäustchen lachen über die Wiederaufwärmung der ägyptischen Frage, die Frankreich und England aufs grimmigste verfeinden mußte, näherte die französische Regierung sich sehr ernsthaft der englischen. Und die Hauptorgane der englischen Regierung versicherten dieser Tage wiederholt, daß das Verhältnis zwischen England und Frankreich niemals ein freundschaftlicheres gewesen sei als im gegenwärtigen Augenblick.

Und nicht bloß nach England schaut die französische Republik. In Spanien und Italien reisen die Birnen, welche ihr in den Schooß fallen werden. —

Gegen die Zivilehe eifern die konservativen Blätter um die Wette darauf los. Sie glauben in der kläglichen Lage ihrer Partei mit dem Antrage Mantensfel nach Ersetzung der obligatorischen Zivilehe durch die fakultativen einen Trumpf erwirkt zu haben, der der Partei Einheit und Geschlossenheit verleihe würde. Wie schlecht muß es den armen Leittragenden des Hammerstein- und des Stöcker-Krachs zu Muth sein, daß sie glauben, mit dem hinkenden Gaul einer fakultativen Zivilehe einen Triumphzug halten zu können. Aber in der That, der „Reichsbote“ versteigt sich zu der lähnen Prophezeiung:

Der Tag, an welchem die Nation von dem für das Christliche Gewissen unerträglichen Zwang, die Ehe durch den Ziviltakt statt durch die Trauung schließen zu müssen, befreit würde, würde als nationales Dank- und Freudenfest gefeiert werden.

Noch hübscher ist es eigentlich, daß die „Kreuzzeitung“ versichert, in der Mantensfellei stecke ein Stück Sozialreform. Einen besseren Beweis dafür, was diese Leute unter der Sozialreform verstehen, mit deren Verdringung sie sich brüsten, konnte allerdings kaum geliefert werden. Sie rechnen aber auch stark darauf, daß Strömungen in Regierungskreisen ihnen günstig seien. So wurde bereits behauptet, auch der Kultusminister Dr. Vosse habe sich für die fakultative Zivilehe ausgesprochen. Jetzt wird aber in den „Berl. Pol. Nachr.“ offiziös erklärt:

„Die in der Presse ausgesprochene Behauptung, als sei der Kultusminister Dr. Vosse in dem künftigen Staatsministerium für die fakultative Zivilehe eingetreten oder als sei über einen solchen Antrag dort abgestimmt worden, entbehrt der thatsächlichen Begründung. Im preussischen Staatsministerium ist man stets einmüthig der Meinung gewesen, daß von der Aufnahme der fakultativen Zivilehe in das

die Vorbildung auf der Schule ohne praktische Bethätigung lädenhaft bleiben. Die beste Schule sei: viel lesen und in einem Blatte selbst arbeiten.“

Die Kenntniss von der günstigen Einwirkung des Schilddrüsenstoffes auf Kröpfe, Myxödem, Fettleibigkeit hat sich, wie die „N. N. Z.“ schreibt, auch im Publikum sehr verbreitet, jedoch sogar schon dem Mißbrauch des Mittels in der Anwendung bei Fettleibigkeit gesteuert werden mußte. Der Erfolg war bei dem Gebrauch gegen Kröpfe ein unbefriedigender, doch war man vollständig im Dunkeln, was das Wirkame in der Substanz sei. Der ausgezeichnete Freiburger Chemiker Baumann hat nun sorgfältige Untersuchungen über Hammelschilddrüsen-Saft angestellt, welche zu einem überraschenden Ergebnis geführt haben. Er stellt aus der Drüsensubstanz ein trockenes braunes Pulver dar, welches nach dem Gewicht $\frac{2}{10}$ bis $\frac{1}{10}$ pSt. des Drüsenstoffes betrug und sich nahezu eben so wirksam erwies wie die frische Drüse. Dieser Körper, welcher jetzt fabrikmäßig hergestellt wird, erhielt den Namen Thyro-jodin. Bei der weiteren Untersuchung des Präparates stellte sich heraus, daß dasselbe ziemlich erhebliche Mengen von Jod enthält und zwar in Mengen von 2,9—9,8 pSt. Auch die menschliche Schilddrüse enthält Jod. Baumann zieht aus seiner Entdeckung weitgehende wissenschaftliche Schlüsse. Es war J. B. schon bekannt, daß die äußere Behandlung mit Jodverbindungen die Rückbildung des Kröpfes günstig beeinflusst, allerdings in viel langsamerem Maße als bei der Schilddrüsen-therapie. Baumann erklärt diesen Umstand so, daß die Zufuhr von Jod von außen nur die Bildung desjenigen Stoffes ermöglicht oder begünstigt, welcher in der normalen Schilddrüse produziert wird und durch die Schilddrüsen-therapie fertig gebildet dem Stoffwechsel zugeführt wird. Er glaubt dabei nicht an eine Wirkung des freien Jodes oder eines Jodsalzes, sondern an die Bildung einer spez. organ. Jodverbindung, welche er in dem Thyro-jodin soweit wie möglich isolirt hat. Baumann hebt noch besonders hervor, wie die interessante Thatsache, daß ein bestimmtes Organ des Körpers befähigt ist, einen in ungeheurer Verdünnung dem letzteren zugeführten Stoff selektiv aufzuspeichern und in eine funktionell wichtige Verbindung überzuführen, kaum irgendwo so klar vor Augen tritt wie bei der Jodverbindung der normalen Schilddrüse. Es läge nahe, die hier gewonnenen Erfahrungen auch für die Untersuchung anderer Organe, welche in der Organotherapie Verwendung finden, zu verwerthen.

bürgerliche Gesetzbuch nicht die Rede sein kann, vielmehr an der obligatorischen Zivilehe festzuhalten sei. Insbesondere hat der Kultusminister Dr. Vosse keine andere Auffassung vertreten.

Das ist sicher eine schmerzliche Enttäuschung für konservative Gemüther. Aber hoffentlich lassen sie sich die Mühe nicht verdrießen. Vielleicht bringen sie ihren lahmen Parade-gaul doch noch ans Ziel. —

Ziefer hängen! In der gestrigen Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir:

Eine öffentliche Parteiverammlung findet nächsten Mittwoch statt, wie die Leser aus dem Inseratentheile ersehen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung wird für sich selbst reden und wir haben nicht nöthig, die Parteigenossen hier besonders noch auf den Besuch hinzuweisen. Namentlich machen es die wiederholten beleidigenden Darstellungen des „Vorwärts“, wonach die Leipziger Parteigenossen Drahtpuppen sein sollen, zur Ehrensache aller Parteigenossen, dem Zentralorgan einmal eindringlich und einmüthig einen gründlichen Tadel auszusprechen.

Es muß dafür gesorgt werden, daß dem „Vorwärts“ für alle Zukunft die Luft vergeht. Beschlüsse der Gesamtpartei Leipzigs, die in Versammlungen von Tausenden gefaßt wurden, auf Grund anonymen Briefe „altbewährter Genossen“ herabsetzen zu wollen.

Wenn wir den Chefredakteur der Leipziger Partei-Organis nicht kennen, würden wir unseren Augen nicht getraut haben, als uns obige Notiz zu Gesicht kam. Aber dem nervösen Pizackurke ist alles möglich.

Wir sollen die Leipziger Genossen „beleidigt“, „herabgesetzt“, als „Drahtpuppen“ hingestellt haben. Wer unsere bezügliche Notiz, die der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ sich wohl gehütet hat, vollständig abgedruckt, mit einer Lupe durchmustert, wird nichts dergleichen darin finden. Es sind Ausgebirten eines überreizten Gehirns, die unser Mitgefühl, nicht unseren Zorn erwecken können.

Die Leipziger Genossen, mögen sie auch augenblicklich getäuscht sein, werden sehr bald zu derselben Anschauung gelangen wie wir.

Den Ausfall der Versammlung warten wir in größerer Gemüthsruhe ab, als der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, der dem „Vorwärts“, weil er den Reaktionsären nicht in die Hände arbeiten will, taktisches Ungeschick vorwirft, und sein eigenes taktisches Geschick so glänzend bethätigt hat, daß die gesamte sächsische Parteipresse, mit alleiniger Ausnahme des von ihm redigierten Blattes, sein Vorgehen als parteischädigend verurtheilt und zum theil sogar, gleich uns, und aus den nämlichen Gründen auf eine Polemik mit ihm verzichtet hat. —

Die Ausnahme von Inseraten in eine Zeitung von vorheriger polizeilicher Genehmigung abhängig zu machen, erstrebt eine sonderbare Gerichtsentscheidung in Ludenwalde, über die unser Brandenburger Partei-Organ, die „Brandenburger Zeitung“ berichtet:

Wegen angeblicher Aufforderung zu einer nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel hätten sich am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengerichte der Genosse Bad. Ludenwalde und der frühere verantwortliche Redakteur unserer Zeitung, Genosse Volksgang-Brandenburg, zu verantworten. Ersterer soll sich dieses Vergehens dadurch schuldig gemacht haben, daß er ein Inserat, betr. Abhaltung eines Volksfestes für die beiden Ludenwalder Blätter ausgegeben, letzterer, weil er dasselbe Inserat in die „Brandenburger Zeitung“ aufgenommen hatte. Die beiden Beschuldigten bestritten, daß jenes Volksfest eine Versammlung gewesen sei, wurden aber von dem Herrn Vorsitzenden eines besseren belehrt, indem derselbe ausführte, daß jedes Kinderfest eine Versammlung unter freiem Himmel und hierfür eine obrigkeitliche Erlaubnis erforderlich sei, also auch in vorliegendem Falle. Es sollte dies doch in einem unüberdeckten Raume stattfinden und sollte jeder für ein bestimmtes zu entrichtendes Entree Zutritt haben. Die Beklagten wiesen auch darauf hin, daß mit der Bekanntmachung, daß ein Volksfest stattfinden, doch nicht gearbeitet werden könne, bis die obrigkeitliche Erlaubnis eingegangen sei, denn im vorliegenden Falle ist am Mittwoch vor dem in Aussicht genommenen Sonntag das Vergnügen angemeldet worden und am Sonnabend wurde es dann verboten. Wäre es nun gestattet worden, wer hätte es dann wissen sollen, daß ein Volksfest stattfinden? Nun, man höre, wie sich der Herr Vorsitzende darüber hinwegsetzte. Es müsse dann eben früher um die obrigkeitliche Erlaubnis eingekommen werden, und wenn der amtliche Befehl so lange auf sich warten ließe, so müsse man sich eben beschwerend an den Regierungspräsidenten wenden. Der Gerichtshof führte bei der Urtheilsverkündung aus, daß die beiden Beklagten sich strafbar gemacht hätten, weil sie das Inserat ausgegeben resp. zum Abdruck gebracht hätten, bevor die obrigkeitliche Erlaubnis für Abhaltung dieser Versammlung erfolgt sei. Die Angeklagten wurden zu Geldstrafen von je 15 Mark eventuell 3 Tagen Haft verurtheilt. Der Anwalt hatte 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tage Haft beantragt.

Die „Brandenburger Zeitung“ bemerkt zu diesem erstaunlichen Urtheil: Daß die Auffassung des Richters, ein Kinderfest sei eine politische Versammlung, die der polizeilichen Erlaubnis bedürfe, unhaltbar ist, brauchen wir nicht erst des längeren auseinanderzusetzen. Ebenso ließe es Gutes nach Athem tragen, wenn wir uns darüber verbreiten wollten, daß weder eine Versammlung noch ein Fest aus praktischen Gründen erst wenige Stunden vor dem Beginn angekündigt werden kann. Wenn der Richter den Rath erteilt, die Polizei eben erbedlich früher um Erlaubnis des Festes anzugeben, so vergißt der Herr, daß gerade, wenn in einem Kinderfest eine solche Versammlung zu sehen wäre, dieses ja nach dem Versammlungsgefeß nur 24 Stunden vor dem Beginn der Polizei anzuzeigen wäre. Was soll man aber gar dazu sagen, wenn nun von Ludenwalde aus der deutschen Presse der juristischen Weisheit letzter Schluss verländert wird, daß die Ankündigung eines Festes oder einer Versammlung vor Ertheilung der polizeilichen Erlaubnis strafbar sei. Seit wann ist es Sache der Zeitung, den Inserenten zu kontrolliren, ob er seinen Verpflichtungen gegen die Behörden nachgekommen ist? Danach müßte ja die Zeitung jeden inserirenden Kaufmann erst darüber kontrolliren, ob er einen Gewerbeschein hat. Jedes Inserat besagt selbstverständlich nur, daß es nur für den Fall gelte, daß die Ausführung des Angekündigten nicht behördlicherseits oder aus unabwehrbaren Ursachen verhindert wird. Das Ludenwalder Urtheil ist durchweg auf Schrauben gestellt. Die Presse aller Parteien muß sich entscheiden dagegen verwahren, daß sie zum Prügeln juristischer Lüstelei gemacht werde.

Wir wollen dieser erschöpfenden Kritik des Urtheils nur noch hinzufügen, daß dieses Urtheil von den Blättern aller Parteien mißbilligt wird. Es ist in einer Weise unverträglich mit den Aufgaben der Presse, daß die höheren Instanzen es selbstverständlich aufheben werden. Beiläufig bemerkt, hat in Hamburg die Polizei seinerzeit ebenfalls den Versuch gemacht, die Redakteure in der Weise, wie es in Ludenwalde geschehen, unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Sie hat aber bei den Richtern kein Glück gehabt.

Kunst und Wissenschaft.

Eine neue Entdeckung auf dem Gebiete der Röntgen-Strahlen-Photographie hat Ingenieur G. Beh in Berlin gemacht, die eine äußerst scharfe Darstellung der zu photographirenden Objekte in Aussicht stellt. Beh brachte bei seinen eifrigen Versuchen, die er während drei Wochen fast ununterbrochen Tag und Nacht anstellte, die bekannte Hittorfsche Röhre mit einem Stromdurchfließenen Solenoid in Verbindung, indem er die Röhre senkrecht in das kräftig erzeugte Solenoid hineinsteckte. Die Wirkung ist bei richtiger Einstellung des Ganzen eine überraschende; er vermochte die X-Strahlen gleichsam zusammenzuschneiden und in vollkommenerer Maße als bisher durch die Öffnung der bei seinen Experimenten angewendeten Blende zu treiben und auf diese Weise eine erheblich intensivere Wirkung auf die photographische Platte zu erzielen.

Die Universität in Lille hat einen Lehrstuhl für Journalismus errichtet, der dem Redakteur des „Univers“, Eugene Tavernier, anvertraut worden ist. Ueber den Werth dieser Ernennung gehen die Meinungen sehr hervorragender Schriftsteller stark auseinander, wie die von einem Pariser Blatte veröffentlichten Interviews beweisen. Jules Claretie, der Direktor der Comédie Française und ständige Mitarbeiter einer Anzahl großer Zeitungen, findet eine Journalistenschule angezeigter. Er ist der Meinung, daß die wirkliche Publizistik von der lärmenden und oft unwarbaren Reportage erdrückt werde und daß es Zeit sei, diesem Uebel zu steuern. Nichts sei dazu geeigneter, als eine solche Schule, die den Jünger über die wahren Ziele des Journalismus aufklären und ihm eine würdige Auffassung des Berufs aneignen könne. Jean Richepin erscheint die Einrichtung überflüssig, soweit die geistige Vorbildung in Frage komme. Gut sei sie in technischer Beziehung, da sie eine vorläufige Uebung verschaffe, deren Mangel sehr häufig zu beklagen sei. Die Senatoren Alcide Dufoisen und Adrien Hebrard, der bekannte Herausgeber des „Temps“, halten von der Idee der Universität Lille nicht viel; man müsse zum Journalismus durch eine Art angebotener Reibung getrieben und nicht dazu erzogen werden; überdies sei die Arbeit bei der Herstellung eines Blattes so groß, daß sich eine Theilung derselben unbedingt nothwendig mache. Es sei kaum möglich, die Jülinge in jedem einzelnen Theile der Journalistik zu unterrichten, und infolge dessen werde

Eine starke Regierung war die des Herrn Crispi. Und wo ist sie heute? Es ist merkwürdig, wie schwach diese Blut- und Eisenregierungen sind. Ein Stoß — und sie zerbrechen, wie Glas und Glas. Kein Zusammenhalt, keine innere Kraft — eine gewaltsam zusammengestellte Masse, die, so lange die Fessel hält, durch ihre Geschlossenheit eine gemaltene Kraft darstellt, und, sobald die Fessel reißt, auseinanderfällt, ein Nichts. Die amerikanische Republik erlitt in ihrem Kampfe gegen den Bund der Sklavenbarone im ersten Jahre des Emanzipationskrieges Niederlage um Niederlage. Aber von jeder Niederlage erhob sie sich stärker als vorher, bis sie den wohlgerüsteten Feind überwand. Das Blut- und Eisenreich Crispi's hat nicht die erste Niederlage überlebt. Und das nennt die Polizei- und Soldatenpolitik eine „starke Regierung“.

Einen Vorstoß gegen die Handelsverträge versuchen auch in England Leute mit protektionistischen Neigungen. Der bekannte Vorkämpfer der Schutzzöllner Sir Howard Vincent hat in einem Schreiben den Premierminister um Kündigung des Paragraphen in den Handelsverträgen mit Deutschland und Belgien gebeten, der den britischen Kolonien die Erhebung geringerer Zölle auf britische als auf ausländische Waaren untersagt. Laut einer Londoner Depesche erwiderte Lord Salisbury, obgleich er den nachtheiligen Charakter der fraglichen Bestimmungen, die nie wieder Englands Zustimmung finden würden, anerkennt, sei er doch nicht zur Kündigung dieser im übrigen werthvollen Verträge bereit, ehe ein bestimmter Plan vorgelegt werde, der nur eine Vermehrung des Handels innerhalb des britischen Reiches und damit die volle Entschädigung für das mit der verlangten Kündigung verbundene Risiko wahrscheinlich mache.

Der Plan eines Zollvereins zwischen England und seinen Kolonien wird schon seit längerer Zeit von Interessenten der englischen Industrie befürwortet und die konservativen Staatsmänner spielen gern mit dem Gedanken, um sich die Großindustriellen gut Freund zu halten. Der Hintergedanke, der beide leitet, ist der, daß es durch Differenzial-Zölle der Kolonien zu Gunsten Englands gelingen könne, die fremdländischen Industrieprodukte völlig aus den Kolonien zu verdrängen. Der schöne Plan rechnet aber nicht genügend mit den Eigeninteressen der Kolonisten. Sie werden zwar herzlich gern patriotische Lieder singen, sicher aber nicht von den Kapitalisten in Mutterlande zu Ehren der englischen Flagge sich ausbeuten lassen. Die Interessengegenstände zwischen dem Mutterlande und den Kolonien sind zu stark und werden schließlich immer ausschlaggebend sein.

Die italienische Ministerkrise ist gelöst, an Stelle des Kabinetts Crispi ist ein Kabinet Rudini-Ricotti getreten. Der General Ricotti ist auf Wunsch des Königs mit der Leitung des Militärwesens betraut, der Marquese von Rudini dagegen, der das Ministerpräsidentium und das Ministerium des Innern übernommen hat, war dem Volke gegenüber in der gegenwärtigen Situation der einzig mögliche Chef des Kabinetts. Er gilt allgemein als ein persönlich anständiger Mensch, durch seinen ungeheuren Reichtum ist er über den Verdacht der Bestechlichkeit erhaben und hat sich als entschiedener Gegner der Crispi'schen Politik erwiesen.

Montag werden die Kammern zusammentreten. Das erste, was sie verlangen werden, wird Klarheit über die Lage in Afrika und über die vom Kabinet in Afrika beabsichtigte Politik sein. Wegen der Nähe des Osterfestes dürften bloß noch wenige Parlamentsitzungen in dieser Woche abgehalten werden.

Von den zahlreichen vorliegenden Depeschen theilen wir die folgenden mit:

Rom, 10. März. (G. A. of G.) Crispi hat dem Kammerpräsidenten die gesammte Korrespondenz des Kabinetts mit Saratieri und Balbissara vorgelegt. Der Bericht über die Klännung Kassala ist unbestätigt.

Rom, 10. März. (S. G.) Die Blätter haben seit Verhängung der Bildung eines Ministeriums Rudini einen gemäßigten Ton angeschlagen.

Rom, 10. März. (S. G.) Die Meldung von der Klännung Kassala's hat einen entmutigenden Eindruck auf die zur Abreise bereitstehenden Truppen gemacht.

Rom, 10. März. (S. G.) Die Reduktion der italienischen Seereschiffe auf zehn Armeekorps wird den Militär-Etat um 25 Millionen verringern.

Ueber Menelik und den Feldzug in Abessinien ließ sich der Schweizer Ingenieur Sig, der Menelik persönlich befreundet ist, in einem längeren Interview mit einem Redakteur der „Basler Nachrichten“ des längeren aus. Er fällt ein für die Abessinier und deren König sehr günstiges Urtheil; zum Schluß sagte er:

Der Vorwurf, daß Engländer und namentlich die Franzosen die Abessinier bewaffnen, ist lächerlich; sind es doch gerade die Italiener, welche durch Bewaffung der Eingeborenen bei Gura 15 000 Remington-Gewehre und nun wieder bei Amba Alabachi und Abua zahllose moderne Waffen mit Artillerie den Abessinier zugewandt haben. Es wird — so schloß Sig die Unterredung — in der italienischen Presse, wahrscheinlich auf Anstiften der Regierung, fortwährend die Nothwendigkeit eines Krieges bis zur Vernichtung — guerra a fondo — betont. Wie stellt man sich dies vor? Man sehe einmal den Fall, daß Menelik geschlagen werden sollte, wie will man dann dieses ungeheure Gebiet, das größer ist als Frankreich, mit seinen 10 Millionen Einwohnern halten? Es wäre dies nur möglich durch eine vollständige Entwaffnung, die schon an und für sich fast undenkbar ist. Es würde dies eine so kolossale Menge Truppen erfordern, daß das Resultat in keinem Verhältnis zu dem aufgewandten Opfer stünde. Sodann hängt das Reich nur durch eine starke Militärgewalt, die sich in Menelik's Hand vereinigt, zusammen gegen die fortwährenden Angriffe der Derwische, der Galla, der Krussi und der Dalkali. Durch eine Entwaffnung Abessinien's wäre der Verfall der Kolonie geradezu bedingt. Abessinien kämpft für seine Existenz und verhält sich dadurch das Einbrechen einer Anarchie, von der auch Italien das Schlimmste zu erwarten hätte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Genosse König aus Dresden, der mit der Untersuchungschaft ca. 21 Monate wegen Majestätsbeleidigung im Gefängnis schmachtete, ist am Freitag entlassen worden. Er hat die schwere Strafe, die er nach seiner seltenen Ueberzeugung unschuldig erlitten, ohne besondere Rachtheile an seiner Gesundheit überstanden. Offenlich kann er nun recht lange ungehört am Kampfe des Proletariats theilnehmen.

Majestätsbeleidigung brachte abermals einen jungen Menschen auf 10 Monate in das Gefängnis. Am Freitag wurde in Dresden der 23 jährige Arbeiter Raden, welcher sich am 18. Januar in einer Kneipe etwas unvorsichtig ausgedrückt hatte und von seinem Kollegen, dem jetzigen Bauarbeiter Heint. Niesel demüthigt worden war, zu 10 Monaten Gefängnis verurtheilt. 7 volle Wochen hat er außerdem in Untersuchungshaft gesessen.

Die Aeußerungen Raden's sollen eine Beleidigung des deutschen Kaisers enthalten haben. Einige Zeugen gaben an, daß Raden etwas angegrunzt gewesen sei.

In dem Prozeß Auer und Konsorten wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes ist den Angeklagten jetzt die Anklagechrift zugestellt worden. Dieselbe umfaßt 58 eingeschriebene Seiten. In umgekehrtem Verhältnis zu dem Umfange steht der Inhalt der Anklage, welche sich gegen 47 Genossen und Genossinnen richtet und theils offene Thüren einreißt, theils auf Angaben von „ungenannten Gewährsmännern“ der Polizei sich stützt. Da die Angeklagten kein Interesse daran haben, durch Beantragung einer Voruntersuchung die Entscheidung hinauszuschieben, so dürfte der Termin für die Verhandlung in kürzester Zeit angefeht werden.

Deutsches Reich.

— Zur Verarbeitung der Verfassungs- und Gewerbezahlung. Das Kaiserliche Statistische Amt hat unter Mitwirkung der Vertreter der amtlichen Statistik der Bundesstaaten Entwürfe für die Bearbeitung der land- und forstwirtschaftlichen und der gewerblichen Betriebsstatistik aufgestellt. Die betreffenden Tabellenformulare nebst einer Klassifikation der Gewerbearten sind in der letzten Nummer des „Reichs- und Staats-Anzeiger“ abgedruckt.

— Die vierten Bataillone. Offiziell wird jetzt bestätigt, daß die geplanten Neubildungen (Vereinigung von je zwei vierten Bataillonen zu einem Regiment und je zweier dieser Regimenter zu einer Brigade) erst am 1. April 1897 zur Durchführung gelangen sollen, so daß die durch diese Änderungen entstehenden Mehrkosten in den nächstfolgenden Etat 1897/98 eingestellt werden würden. Daß ein diese Angelegenheit betreffender Nachtragsetat mit Forderungen für Unterbringung derselben zu bildenden Formationen u. noch in dieser Session an den Reichstag gelange, wäre jedoch keineswegs ausgeschlossen, meint dazu das offiziöse Organ. Damit wäre ja denn die militärische Steuerhölle ohne Ende wieder in Bewegung gesetzt. Wird das wieder erhebend einwirken auf die Patriotenherzen! —

— Der Schluß des sächsischen Landtages ist durch ein Igl. Dekret auf den 21. März festgesetzt. — Somit muß die erste Kammer die Wahlrechts-Vorlage im Sturme annehmen.

— Herr Stöcker und seine Leute suchen eifrig, Profegien bei den — Sozialdemokraten zu machen. Im Rheinlande, speziell im Wuppertale, entfaltet der bekannte Dr. Wurdhardt in dieser Beziehung eine emsige Thätigkeit. Ja, die Herren schmeicheln sich mit der Hoffnung, durch Aufstellung eines christlich-sozialen Arbeiters oder Kleinmeisters bei einer eodent. Reichstagswahl den Sozialdemokraten zu schlagen. Von Berlin aus sind seitens des Herrn Oberwinder und von dessen Stab bereits bestimmte Rathschläge ergangen. Da es einmal die christlich-sozialen im Wuppertal auf ca. 5500 Stimmen brachten, so hofft man ganz sicher, in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten zu kommen und dann auf den Sieg. So aussichtslos diese Bemühungen sind, so ist es doch werth, auf sie aufmerksam zu machen.

— Aus dem Königreich Stumm schreibt man der „Freisinnigen Zeitung“, daß Kammerzienrath Böcking zu Halberstadt, der Schwager des Freiherrn v. Stumm, auf des letzteren Veranlassung ein neues Reglement erlassen hat in betreff der Vereine und der Vergütungen der Arbeiter. Danach darf ein Arbeiter der Stumm'schen Werke keinem Fachverein angehören. In betreff der Vergütungsvereine darf sich der Arbeiter nur einem Verein anschließen. Auch darf ein solcher Verein während des Jahres nur eine einzige Festlichkeit abhalten. Ausflüge, Fahnenweihen, Stiftungsfeste sind dabei mit einzurechnen. Vereinen, welche auf solche Festlichkeiten verzichten, soll es gestattet sein, einen Ball jährlich abhalten zu dürfen. Arbeiter, welche diesen Vorschriften entgegenhandeln, werden entlassen.

König Stumm ahnt nicht, daß ein solcher Maß ihm mehr schadet, als seine sämmtlichen Neben den Unternehmern nützen.

— In der Privatklagesache des Genossen Hülle gegen den Ersten Staatsanwalt Lorenz hat der Erlaßmat des Oberlandesgericht Raumburg entschieden, daß das Ablehnungsgesuch des Privatklägers Hülle als unbegründet zurückzuweisen sei. Gegen diesen Beschluß steht dem Genossen Hülle innerhalb einer Woche die Beschwerde zu.

— Aus Elsas-Lothringen. Seitens der Verwaltungsbehörde wurde das Gesuch einer französischen Schauspielertruppe, in Colmar aufzutreten zu dürfen, abschlägig beschieden. Das Verbot erscheint um so unbegreiflicher, als die Truppe bisher unbedeutend in Mülhausen gastirte und dem Auftreten französischer Theatertruppen in den reichsständischen Städten in letzter Zeit, entgegen früherer Gespögenheit, Hindernisse nicht in den Weg gelegt wurden. In Colmar bringt man, wie die „Frankf. Ztg.“ der obigen Mittheilung hinzufügt, das Verbot in Verbindung mit dem Scheitern des Fackelzuges zu Ehren des Statthalters. Das wäre allerdings ein charakteristisches Zeichen der Art und Weise, wie die preussische Bureaucratie in den Reichslanden „moralische Eroberungen“ zu machen liebt.

— Reichsständische Zustände. Aus St. Ludwig im Elsas wird uns geschrieben: Die diesigen Arbeiter, deren Zahl auf 2000 angegeben wird, verlangen dringend die Errichtung des Gewerbegerichts. Sie können sich aber hier nicht versammeln, — sie bekommen weder ein Lokal, noch die behördliche Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung — sondern müssen die Gastfreundschaft der Schweiz in Anspruch nehmen, um diesen Gegenstand zu besprechen. Netze Zustände, wenn deutsche Bürger ins Ausland müssen zur Verathung und Förderung gesetzlich gewährleisteter Rechte! —

Oesterreich.

— Aus dem Polenklub des Abgeordnetenhauses wurde der den Schachtigen nicht genehme Abg. Lewalowski ausgeschlossen, weil er einem Antrage, der sich gegen die willkürliche Auslegung des Versammlungsgesetzes wandte, seine Zustimmung gab.

Frankreich.

— Bei den Nachwahlen zur Deputirtenkammer wurde in Saint Denis der Sozialist Renou gegen einen Republikaner und in Boulogne-Neuilly E. Sautumier, der als republikanischer Sozialist kandidirte, gegen einen opportunistischen Mandatswerber gewählt.

England.

London, 9. März. Im Unterhause beantragte Labouchere bei der Verathung des Marine-Etats zum Posten „Präsenzstand“ eine Verminderung der Mannschaft um 1000 Mann. Der Erste Lord der Admiralität Goschen erklärte darauf, England könne alle Schiffe benennen, welche morgen zur Abfahrt fertig sein könnten, wenn es 5000 Reservisten in Dienst stelle. Und wenn jedes seetüchtige Fabrikant in Dienst gestellt würde, so könne die Besatzung mit Einberufung von 11 000 Reservisten vollzogen werden. England habe jetzt bei weitem mehr Schiffe in Dienst als je zuvor in Friedenszeiten, er glaube fast ebenso viele als alle übrigen europäischen Mächte zusammen. Die Politik der Regierung sei besetzt, eine Streitmacht zur Verfügung zu haben, auf Grund welcher England sicher darauf bauen

könnte, daß seine Interessen in allen Welttheilen, wo sie angegriffen würden, auch vertheidigt werden könnten. Allein dieser Vorschlag sei keine Prooogierung, denn das Flottenprogramm sei bereits im November vorigen Jahres festgesetzt worden, also zu einer Zeit, als noch keine ersten politischen Fragen entstanden waren. Daraus wird das Amendement Labouchere mit 262 gegen 45 Stimmen verworfen, und der von der Regierung vorgeschlagene Präsenzstand mit 261 gegen 45 Stimmen angenommen.

Spanien.

Salamanca, 10. März. Die Studenten veranstalteten gestern Kundgebungen gegen die Vereinigten Staaten und verbrannten eine amerikanische Flagge. Die Gendarmen, welche bei ihrem Dazwischenreten mit Steinwürfen empfangen wurden, schossen zweimal. Die Universität ist geschlossen.

Türkei.

Konstantinopel, 10. März. Zwischen den macedonischen Führern und der türkischen Regierung ist eine Einigung bezüglich der Lösung der macedonischen Christen größte Rechte. Eine Inspektionskommission, welcher Vertrauensmänner der Macedonier angehören, wird über die strikte Durchführung und Innehaltung der zugefügten Reformen wachen.

Amerika.

New-York, 10. März. Es sind Nachrichten von einem sehr ersten allgemeinen Aufstand in St. Kitts, auf der Insel St. Christoph in den kleinen Antillen hier eingetroffen. Der Aufstand entwickelte sich aus einem Streik der Bootleute, Arbeiter und Lastträger, und artete dermaßen aus, daß die Hauptgebäude auf den großen Zuckerplantagen zerstört und die Betriebsleiter und Kassierer mißhandelt wurden. Das Kriegsschiff „Cordeba“ landete Seesoldaten — in dem sich entspannenden Kampfe wurden viele der Auführer getödtet. Da aber die Macht zur völligen Bewältigung des Aufstandes nicht ausreichte, sandte man um Verstärkungen nach Santa Lucia.

Havannah, 10. März. General Prat schlug die Gomez'sche Kolonne von 4000 Mann bei Rita Baro in der Provinz Matanzas; die Insurgenten ließen 21 Tödt auf dem Felde; verwundet wurden mehrere Hundert.

Parlamentarisches.

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Dienstag wurden zunächst unter Ablehnung einiger zu Gunsten des Pächters gestellten Anträge unferer Genossen die Bestimmungen über Miete und Pacht zu Ende geführt. In den Vorschriften über das Darlehen beantragte Abg. Gröber, daß nicht vereinbarte aber gezahlte Zinsen vom Darlehn selbst abgerechnet werden sollten. Der Antrag fiel mit Stimmengleichheit. Ein Antrag von Frohme und Stadthagen verlangte Befreiung des im Einführungsgesetz zugunsten der landesgesetzlichen Vorschriften über das Pfandleihgewerbe gemachten Vorbehalts, event. Aushebung derjenigen Vorschriften, die eine Verzinsung von mehr als 8 pCt. zulassen. Stadthagen legte eingehend dar, daß landesgesetzliche Vorschriften Verzinsung kleiner Darlehen bei privaten, kommunalen und staatlichen Pfandleihanstalten bis 24 pCt. zulassen. Daß diese landesgesetzlich den Wucher, wenn er gegen kleine Leute getrieben würde, sanktioniren. Seitens der Regierungsvertreter wurde für Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Bestimmungen, die nach ihrer Ansicht den Minderwohlhabenden nützen, eingetreten. Nach lebhafter Debatte wurden gegen 5 Stimmen die Anträge Frohme-Stadthagen abgelehnt. Es beginnt nunmehr die Debatte über den Arbeitsvertrag (im Entwurf Dienstvertrag genannt). Zu demselben beantragen Gröber und Stadthagen-Frohme Streichung des Artikels 95 des Einführungsgesetzes, der die landesgesetzlichen Gesinde-Ordnungen aufrecht erhalten will. Außerdem liegen eine Reihe von Anträgen seitens beider Theile zu dem §§ 604—620 umfassenden Abschnitt „Dienstvertrag“ vor. Die Anträge Frohme-Stadthagen (33 Anträge) bezwecken, alle Verträge, durch welche ein Arbeitnehmer sich verpflichtet, einen Theil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für eine häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen gegen einen vereinbarten Preis zu verwenden, einheitlich der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung entsprechend zu regeln. Die Sitzung drehte sich nur um die Frage betreffend Aufhebung der landesgesetzlichen Gesinde-Ordnungen. Zu einem Beschluß kam es noch nicht. Professor Gehard sprach im Namen der Regierung sich gegen den Antrag aus; derselbe könnte fast so viel Arbeit und Zeit erfordern, als das bürgerliche Gesetzbuch! Stadthagen und Gröber legten eingehend die leichte Durchführbarkeit und Nothwendigkeit der Aufhebung der landesgesetzlichen Gesinde-Ordnungen dar. Stadthagen legte klar, daß die Aufrechterhaltung der Gesindeordnungen lediglich und ausschließlich im Interesse der Großgrundbesitzer liege, die sich ein billiges und allen zeitgemäßen Anforderungen gegenüber willenloses Arbeitsmaterial erhalten bestehentlich schaffen wollen. Die Sitzung wurde auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Aus der Justizvollstreckungskommission. In der Sitzung am Dienstag gediehen die Beratungen bis § 299 Strafprozeßordnung. Aus derselben ist hervorzuheben, daß die jetzige Bestimmung, daß in der Revisionsinstanz der Nachweis einer Unrichtigkeit des Protokolls nicht zulässig, vielmehr nur der Nachweis einer Falschung des Protokolls statthaft sein soll, in günstigerem Sinne dahin geändert wurde, daß auch der Nachweis einer Unrichtigkeit des Protokolls einstweilen genügen soll. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts wurden gestern wieder mehrere Arbeiterinnen der Hosen- und Westenbranche vernommen, deren Mittheilungen über Löhne und Arbeitszeit im wesentlichen ähnliche Resultate ergaben, wie die früheren Vernehmungen. Eine Ausnahme machte eine besonders tüchtige Arbeiterin, die seit 10 Jahren als Stepperin auf Hosen arbeitet. Sie ist im Gegensatz zu den bisher Vernommenen in der glücklichen Lage, eine geregelte 11 stündige Arbeitszeit inne halten zu können, weil ihre Mutter die Wirtschaft besorgt und außerdem noch bei der Arbeit hilft. Auf diese Weise fertigt sie täglich 18 Hosen und erreichte vor dem Streik einen Wochenverdienst von 18 M., der jetzt auf 24 M. gestiegen ist. Ihre wöchentlichen Unkosten einschließlich der Miete betragen 8 M. Sie erklärt, mit ihren Verhältnissen zufrieden zu sein, und wird von den anwesenden Meistern und Konfektionsarbeitern als Beispiel dafür hingestellt, daß bei der Konfektionsarbeit noch auskömmliche Löhne zu erzielen seien. Bei der Vernehmung aller Arbeiterinnen stellte sich wiederum heraus, daß sie von den Zwischenmeistern immer noch nicht den vollen Lohnzuschlag erhalten. Einer derselben, von dem drei Arbeiterinnen anwesend sind, verpflichtet sich, die Zuschläge vom 20. Februar an nachzugeben, die mit 1,40 bis 3,30 berechnet werden. Die sonstigen Vernehmungen boten nichts Neues.

Die Situation des Streiks in Stettin ist gut, da die Anständigen fest zusammentreten. Am Sonnabend versetzte in einer gut besuchten Versammlung Pfeiffer aus Berlin. Es wurde dann folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Konfektionsarbeiter ihr im Sommer 1895 abgegebenes Versprechen, bis zum 1. Februar 1896 mit der Lohnkommission der Schneider und Näherinnen feste Minimaltarife zu vereinbaren, nicht gehalten haben, in

Erwerber Erwägung, daß die von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarifsätze so bemessen sind, daß die Stettiner Konfektion dabei ihre Konkurrenzfähigkeit keineswegs einzubüßen braucht, in Erwägung endlich, daß diese Lohnsätze das mindeste darstellen, was die Schneider zur Erhaltung ihrer Existenz fordern müssen — beschließt die Versammlung, unbedingt an den aufgestellten Forderungen festzuhalten, unsonst, als es sich hier nicht allein um Forderungen der augenblicklichen Existenz, sondern um dauernde Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt.

Der Ring der Stettiner Konfektionäre besteht aus folgenden Firmen: 1. Moritz Jettel, 2. H. B. Juda, 3. Leopold Juda, 4. Marlin Brod, 5. Arenberg u. Kaufmann, 6. Rothmann u. Comp., 7. Saalman u. Weil, 8. Guthmann u. Saalman, 9. Steinhard u. Comp., 10. Hartwig Jettel, 11. H. Saalfeld Söhne, 12. Gebrüder Oppenheim, 13. Lewin u. Komp., 14. Berthold Brod, 15. S. Lewin, 16. Emil Lewin u. Komp., 17. Postfauer u. Tanenwald, 18. S. Fuchs, 19. Meyer u. Rasfel, 20. Lewin u. Bär, 21. Scherl u. Komp., 22. Gustav Lewi, 23. Gebrüder Kasal, 24. G. Wittkowski, 25. Lewin u. Joachimsthal.

In Hamburg ist die Situation noch immer dieselbe. Im Auslande befinden sich 110 Personen mit 60 Kindern; 65 der Streikenden sind Frauen und Mädchen. Der größte Teil der Streikenden war bei der Firma Oppenheim u. Rappold beschäftigt. Den Streikbrechern, die sich übrigens nur in ganz geringer Zahl gefunden haben, werden, wie das „Hamburger Echo“ mitteilt, seitens des Unternehmers die unglaublichsten Versprechungen gemacht. Trotzdem ist zu hoffen, daß die Arbeiter als Sieger aus ihrem gerechten Kampfe hervorgehen werden.

Partei-Nachrichten.

Eine Parteikonferenz für den 8. und 10. Schleswig-holsteinischen Wahlkreis wurde am vorigen Sonntag in Wandsbek abgehalten. Anwesend waren 21 Delegirte. Den Bericht des Agitationskomitees gab Heinrich aus Altona. Aus der vorgelegten Abrechnung war ersichtlich, daß die Einnahme und Ausgabe des Agitationskomitees in der Zeit vom 31. Juli 1895 bis 18. Februar 1896 mit 3222,79 M. balancierte. Betreffs der Organisation der Wahlkreise wurde beschlossen, das Agitationskomitee aufzulösen und nach dem Grundsatz des Solidaritätsverhältnisses einen Vertrauensmann für beide Kreise zu wählen. Die Wahl fiel auf den Genossen Heinrich. Derselbe hat die nächste Konferenz einuberufen. Weiter wurde beschlossen, Ende März ein geeignetes Flugblatt für beide Kreise erscheinen zu lassen und zum internationalen Kongress in London nur einen Delegirten und zwar den Genossen Mollenbuhr zu entsenden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Unser Parteigenosse Dörz aus Pirna wurde vom Schwurgericht in Dresden wegen fahrlässigen Meineids zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Die Schuldfrage des wissenschaftlichen Meineids wurde von den Geschworenen verneint. Er hatte im Prozeß Fleißner anders ausgesagt als der Gendarm.

Die Strafkammer in Jagen hatte am vergangenen Sonnabend die beleidigte Ehre des Herbergsbauers der Herberge zur Heimath in Jerslohn zu sühnen. Der Mediziner der „N.-Westf. Arb.-Ztg.“, Genosse Bloß, war der Sühner; er wurde zu einer Haftstrafe von 3 Wochen Gefängnis verurtheilt. Genosse Bloß hat nun ein halbes Jahr weniger 12 Tage Gefängnis zu verbüßen.

Gewerkschaftliches.

Die Tischler der Firma Mittag in Kottbus haben sämtliche von ihnen gestellte Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, sowie bessere Behandlung bewilligt erhalten. Sie wurden zu ihrem Vorgehen durch die Lohnbewegung der Tischler in Berlin veranlaßt, wo jene Firma ihr Hauptgeschäft hat.

Aus Kottbus wird uns unterm 10. März geschrieben: Die Situation hat sich im wesentlichen nicht geändert. Eine Annäherung zur Anbahnung von Verhandlungen ist von keiner Seite wieder gemacht worden. Von hier aus werden von den Gegnern Nachrichten in die Presse der Provinz und des Reiches langirt, die daraus berechnen, uns die Sympathie der Bevölkerung und damit die Unterstützung abzuschneiden, vielleicht auch von außerhalb Streikbrecher heranzuziehen. Wie uns unter der Hand mitgeteilt wurde, beabsichtigt heute der Fabrikanterring, im hiesigen „Anzeiger“ wieder eine Aufforderung zu veröffentlichen, diesmal des Inhalts, es möchte sich die Hälfte der Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit melden, dann würde man die Betriebe wieder in Gang setzen.

Seitens des Fabrikanterrings ist eine Lohnstatistik veröffentlicht worden, durch die sich die Fabrikanten ins Recht zu setzen glauben. Wie es um die Zuverlässigkeit dieser Statistik bestellt sein muß, läßt sich aus folgender Kritik schließen, die ihr in der am Sonntag abgehaltenen großen Versammlung der Ausständigen ein Redner zu theil werden ließ. Nach dem Bericht der „Märkischen Volksstimme“ wies er nach, daß schon die Stundenzahl 65 pro Woche, wie die Fabrikanten sagen, der reine Unfuss ist. Wollte man sich mit dieser Frage ernst beschäftigen, so könne es nur geschehen, wenn man anstatt 65 Arbeitsstunden pro Woche 75 sage. Wie der Fabrikanterring von der Lohnstatistik gekommen sei, daß in Kottbus 28,50, 27,75 M. u. s. w. Durchschnittslöhne verdient werden, sei Geheimniß der Fabrikanten. Redner fragt die Versammlung, ob denn jemand darunter sei, der soviel verdiene, was eine ziemliche Heiterkeit hervorrief. Aber einmal angenommen, so fährt Redner fort, die angegebenen Löhne wären in den sechs Fabriken, wo die Tabelle veröffentlicht wurde, erreicht worden, was hat das mit den Löhnen im allgemeinen zu thun? Sei das eine Lohnstatistik, 6 der besten Fabrikanten, gegen deren Lohnsätze noch kein Arbeiter vielleicht etwas eingewendet habe, hier als Norm für Kottbus anzustellen und der Regierung zu sagen: seht, das wird in Kottbus gezahlt. Warum hat man denn nicht eine Lohnstatistik der Stunden-Arbeiter veröffentlicht. Jedenfalls schäme man sich selbst davor, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Redner zählt ein Duzend Fabriken auf und fragt, warum man nicht die Lohnstatistik dieser Fabriken veröffentlicht hat.

Gegenüber dem Vorwurf, der Streik sei frivol in Szene gesetzt, stellte ein anderer Redner fest, daß der Streik nicht in den Fabriken, wo gute Löhne gezahlt worden, entramte, sondern dort, wo die Löhne geradezu jämmerlich waren. Traurig sei es, daß der Fabrikanterring sich da hineingemischt habe. Die Versammlung beschloß in ihrer zum theil schon bekannten Resolution, den Streik fortzusetzen, bis seitens der Fabrikanten in Verhandlungen mit der Arbeiterkommission eingetreten wird, beantragte das Bureau, bei der Regierung um Abberufung des jetzigen Gewerbe-Inspektors vorstellig zu werden, da er durch sein einseitiges Vorgehen dokumentirt habe, daß er seiner Stellung nicht gewachsen sei, und erklärte die von den Fabrikanten veröffentlichte Lohnstatistik für ein elendes Mäxwerk, das nur den Zweck haben solle, den Streikenden die Sympathie der Bevölkerung abwendig zu machen.

Der Berliner „Volks-Zeitung“ wurde von ihrem Korrespondenten aus Kottbus berichtet: Heute raucht in den Stablissemens der Fabrikantenvereinigung kein Schornstein mehr; am Sonnabend Abend find überall auch die Maschinen der textilindustriellen Nebenbetriebe, wie Walkerei, Appretur, Färberei etc. zum Stillstand gekommen, welche bis dahin noch in Thätigkeit gewesen waren. Die Abmachungen des Ringes gehen sogar so weit, daß auch außerhalb vergebene Lohnketten (Tuche, welche u. a. anwärtigen Lohnberei-

Rechnung hiesiger Unternehmer gewandt werden) zurückgezogen werden müssen. Die Arbeitseinstellung wird eben auf Seiten der Fabrikanten bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt. Aber auch die Ausständigen wachen darüber, daß hiesige Fabrikanten nicht durch auswärts vergebene Arbeit ihren Betrieb theilweise weiterführen können. So haben die Arbeiter in Großenhainer Tuchfabriken sich geweigert, Tuche zu weben, welche von hier in Auftrag gegeben waren. In Forst und Spremberg hinwiederum haben die Fabrikbesitzer hiesige Arbeiter abgewiesen, welche dort um Arbeit nachsuchten. So tobt der wirtschaftliche Kampf auf der ganzen Linie. Ob ihn die Fabrikanten in ihrer Gesamtheit überleben werden, ist fraglich, wenngleich im Fabrikanterring die kapitalträchtigen Firmen alles Mögliche thun, die schwächeren über Wasser zu halten. Einzelne reiche Fabrikbesitzer, wie G. Samson, D. Sommerfeld u. a. m. haben bis zu 100 000 M. zu einem gegenwärtig bereits auf eine Million geschätzten Fonds gezeichnet, aus welchem kapitalschwache Mitglieder der Vereinigung zinsfreie Darlehne auf unbestimmte Zeit erhalten sollen. Man hofft hierdurch, die Vereinigung über die Krise des Ausstandes hinaus intakt und lebensfähig zu erhalten.

Dasselbe, wohlgerichtet bürgerliche Blatt weist noch recht energisch die Behauptung der Fabrikanten zurück, daß die Streikenden „den einmal begonnenen Streik in frivolster Weise verlängern“.

In der „Märkischen Volksstimme“ wird zur Unterstützung der Ausständigen ein Aufruf an alle ehrlich und gerecht denkenden Menschen der Lausitz veröffentlicht.

Wir unsererseits erforschen die gesammte Arbeitererschaft um Fortsetzung der Sammlungen. Die Berliner Gewerkschaftskommission läßt heute eine weitere Note im Betrage von 3000 M. zur Unterstützung der Kottbuser Textilarbeiter abgehen.

In Erfurt legten, wie die „Thüringer Tribüne“ mittheilt, 17 Maurer und 6 Arbeitssleute der Firma Topf u. Söhne am Sonnabend Mittag die Arbeit nieder, da sie von dem Polier fortgesetzt in der erbittertesten Weise beschimpft worden waren und Vorstellungen bei den Firmeneinhabern nichts gebräucht hatten.

Gerichts-Zeitung.

Der Rechtsstreit zwischen dem Direktor Busch und der Schulleiterin Fräulein Legrand wurde gestern vor der 12. Zivilkammer des Landgerichts I verhandelt. Bekanntlich machte die Artistin einen Anspruch darauf geltend, daß ihre drei Schulpferde in dem direkt an den Zirkus Busch anstoßenden Stall und nicht in der Stallung, welche in einem durch eine Privatstraße getrennten Stadtbahnhof eingerichtet ist, stehen sollen. Der Gerichtshof ließ die bisher von der Schulleiterin aufgestellten Behauptungen, daß die Stallung für die Pferde ungesund sei, und daß die drei Schulpferde des Fräulein Legrand mit Schweinen, Ochsen und anderen niederen, vierfüßigen Thieren zusammenstehen würden, unberücksichtigt, da dieselben durch mehrere Gutachten und Zeugnisaussagen widerlegt wurden. Andererseits legte der Gerichtshof einen Passus des französischen Engagementsvertrages der Schulleiterin, nach welchem deren Pferde „in den Stallungen des Zirkus (dans les écuries du cirque)“ untergebracht, versorgt und gefüttert werden sollen, derart aus, daß die Stallung im Stadtbahnhof nur „gemietet“ und nicht eine Stallung des Zirkus sei. Es wurde deshalb dem Direktor Busch, wie schon in der angefochtenen „vorläufigen Verfügung“, aufgegeben, die Pferde in dem an den Zirkus anstoßenden Stall unterzubringen. — Herr Direktor Busch, der den Passus in den Vertrag aufgenommen hat, um anzuerkennen, daß die Pferde des Fräulein Legrand auf seine Kosten und wie seine eigenen gewartet und gefüttert werden sollen, wird die Auslegung der Zivilkammer im Rechtswege anfechten.

Drei Geschwister im noch schulpflichtigen Alter, Gertrud, Margarethe und Marie Knieczynski wurden im Herbst v. J. wegen gemeinschaftlicher, bandenmäßig verübter Taschendiebstähle festgenommen. Die Voruntersuchung ergab ein trübes Bild sittlicher Verwahrlosung. Die jüngste der drei Schwestern, die erst 9 jährige Marie hatte ein außerordentliches Talent, Leuten unbekannt die Portemonnaies aus der Tasche zu ziehen. Sie gab an, daß ihre beiden um 2 bzw. 3 Jahre älteren Schwestern, sowie noch eine vierte, die zu der jugendlichen Diebesbande gehörte, die 18 jährige Anna Engler, sie angeführt hätten, Diebstähle zu begehen. Diese seien in der Weise ausgeführt worden, daß sie die belebten Straßenpunkte aufsuchten, besonders die von Damen umstandenen Schaufenster.

Gegen die jüngste der drei Schwestern Knieczynski konnte nicht eingeschritten werden, weil sie das strafmündige Alter noch nicht erreicht hatte. Die Eltern, erst vor kurzem von der Provinz Posen nach Berlin verzogene Arbeiter-Gehelute, gerieten in den Verdacht, daß sie von dem Treiben ihrer Kinder Kenntnis gehabt und Vortheil daraus zogen, ein genügender Beweis ist hierfür aber nicht erbracht worden. Der Gerichtshof verurtheilte Gertrud Knieczynski, die wegen Taschendiebstahls bereits verurtheilt ist, zu einem Jahre, Margarethe Knieczynski und Anna Engler zu je 9 Monaten und Johann Engler zu sieben Monaten Gefängnis.

Diese entsetzliche Strafe wird natürlich keine andere Wirkung haben, als daß die unglücklichen Kinder weiter den Pfad des Verbrechens beschreiten. Hat niemand daran gedacht, daß in den jungen Wesen höchstens noch durch verständige Erziehung der Keim des Guten geweckt werden kann?

In drei Monaten Gefängnis verurtheilte das Hamburger Landgericht den Schuyman Frieze II, weil er ohne jegliche Veranlassung, wie es in den Urtheilsgründen heißt, nachts gegen einige junge Leute, die sich auf der Straße unterhielten, eingeschritten war und einem von ihnen, ohne vorher ein Wort zu sagen, mit einem Dohsenmesser einen wuchtigen Hieb über den Rücken versetzt hatte. Der rohe Mensch war vorher schon zweimal disziplinarisch bestraft worden, weil er in ähnlicher Weise Konflikt mit dem Publikum gesucht hatte.

Versammlungen.

Eine imposante allgemeine Tischlermeister-Versammlung tagte am Montag Abend im großen Saale des böhmischen Brauhauses. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, ob für die Tischlerarbeiten eine projektuale Preiserhöhung eintreten soll, fährt Lindemann an, daß es heute am Plage sei, auch endlich mal an sich selbst zu denken. Obwohl er den Kaufmannsstand hoch achte, so müsse er trotzdem dem Möbelhändler seine Existenzberechtigung abprechen, es sind diese der Glück für das Tischler-Gewerbe, ginge es so weiter, verliere derselbe den Boden unter den Füßen. Geradezu unerhört sei die Schmutzreklame der großen Möbelgeschäfte, die es nicht scheuen, zuweilen Möbel zu Preisen zu inserieren, die beim Tischlermeister den Selbstkostenpreis bedeuten. Die Firma Eberhardt scheue sich nicht, in ihrer gedruckten Reklame anzugeben, daß sie trotz des Streiks in der Lage sei, Russkamm-Spinden mit 45 M. zu veräußern. (Große Entrüstung.) Um aber zu beweisen, inwiefern der Staat heute noch den Handwerker unterstütze, wie er stets vorgebit, theilt Redner mit, daß seitens der Artillerie-Werkstatt (Spandau) ein großer Posten Tischlerarbeit an das Zuchtthaus zu Sonnenberg in Submission vergeben wurde. Inselbst werden Möbel, die Tischler für 29 M. herstellen, zum Preise von 14,50 M. angefertigt. Er hält es für die Pflicht der Presse, solche Fälle dem Punkte der Verschwiegenheit zu entreißen. Den Vorwurf, der Vorstand der Junung habe leichtsinnig gehandelt, wenn er den Tischlergeleuten erklärte, daß ihre Forderungen zu recht bestehen, weist Redner als unbegründet zurück;

seien die Meister so einig als die Gesellen, werden auch sie Forderungen stellen und durchdrücken können und die Schmutzkonkurrenz wird beseitigt sein. (Lauter Beifall.) Der die Versammlung leitende Obermeister der Tischlerinnung macht die Mittheilung, daß eine Tischlerversammlung im Norden bereits eine zehnprozentige Preiserhöhung beschlossen hat. Schönring weist nun auf den Krebsbissen, veredelter Möbelgeschäfte hin, die in Privatwohnungen ihr Unwesen treiben und den Anschein erwecken, als werden solche ganze Einrichtungen aus Noth verkauft. Die Dämonen wissen allerdings nicht, daß sie nicht die Möbel, die sie gekauft, erhalten, sondern feuchte, aus grünem Holz angefertigte, die in Kellerräumen zusammengepfercht aufgestapelt sind. Kahlert, Tapezierer: Von dem großen Wirken der Presse in dieser Angelegenheit versprechen Sie sich nicht allzuviel, ein großer Theil der Presse lebt von Schwindelannoncen; die Möbelhändler aber, die auf der einen Seite drücken, haben bereits Preisaufschläge in ihren Läden vorgenommen und beziehen sich dabei auf den verfloßenen Streik, der sie absolut bis jetzt nicht berührte. Die Versammlung nimmt hierauf noch längerer Diskussion folgende Resolution einstimmig an: Die im böhmischen Brauhaus versammelten Tischlermeister Berlins beschließen: Durch die Bewilligung der Forderungen der Gesellen, sowie durch die Erhöhung der Löhne der Fraiser, Bildhauer, Drechsler, Polirer und Steigerung der Preise für Materialien und den Ausfall der verkürzten Arbeitszeit bedingt, für Fabrikate eine Preiserhöhung von 10—15 pCt. eintreten zu lassen. Die Versammlung ersucht die Baumeister, Unternehmer und das große Publikum, ihren Bedarf direkt beim Tischlermeister zu decken. Pflicht des deutschen Mannes ist es, keiner schwindelhaften Reklame Beachtung zu schenken.

Zum zweiten Punkt, „ob es nothwendig, dafür zu agitiren, daß in den Werkstätten der Berliner Vororte und der Provinz die Arbeitszeit verkürzt werde“, meint Schulz, daß es aus naheliegenden Gründen Pflicht sei, alles daran zu setzen, auch in besagten Werkstätten die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen, sollen die Berliner Meister nicht die einzig Geschädigten sein. Die Diskussion ergibt, daß vorzüglich Hinzdorf und Weizenke die billigsten Möbel nach Berlin liefern, ein Zeichen dafür, daß auch die Löhne der Gesellen daselbst sehr minimale und die Arbeitszeit sehr ausgedehnt sein müssen. Wiedemann, Vertreter der Gesellen, erklärt, daß lange vor dem Streik versucht wurde, in den Vororten die Nacht- und Sonntagsarbeit zu beseitigen; wenn man aber solche Werkstätten gesperrt, so habe die Gesundheitsbehörde sich für die Unternehmer ins Zeug gelegt. Zu befreien sei allerdings nicht, daß die Schuld die Arbeiter treffe. Wenn nun gar seitens verschiedener Unternehmer der Versuch gemacht werde, von dem kürzlich Bewilligten Abzüge zu machen, so müsse er erklären, daß sich die Berliner Tischler dies auf keinen Fall gefallen lassen würden, ein Rückwärts gäbe es nun nicht mehr. Leider müsse zugefanden werden, daß ein Theil der Gesellen selbst in Berlin noch sündigt, so z. B. bei der Firma Cardt, Nuppinerstraße, bei welcher für 8 Schränke derselbe Lohn als in anderen Werkstätten für 4 gezahlt wird; eine That-sache sei, daß diese Firma die niedrigsten Löhne zahle. Wiedemann erklärt zum Schluß, daß den Meistern in dieser Frage die thätkräftigste Unterstützung der Gesellen gesichert sei. (Bravo.) Die Arbeitsverhältnisse der Firma Cardt führten zu einer längeren Diskussion, da Schubert versucht, diese zu beschönigen, bis Schulz (Mitglied der damaligen Kommission der Meister) erklärt, daß die Kommission die Forderungen der Gesellen als gerecht anerkannte, Cardt den Verhandlungen aber fern blieb. Nachdem Lindemann noch darauf hingewiesen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur jedem Meister zum Segen gereichen könne, nimmt die Versammlung eine Resolution gegen eine Stimme an, in der sie erklärt, daß die Tischlermeister Berlins es nach den Ausführungen Wiedemanns für eine Ehrenpflicht der Tischlergesellen halten, dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit in den Werkstätten außerhalb — namentlich aber in den Vororten Berlins — entsprechend verkürzt wird, sowie auch die Löhne erhöht werden, um Berlin konkurrenzfähig zu erhalten und damit die hiesigen Meister ihr den Gesellen gegebenes Versprechen auch für die Folge halten können. Zum 3. Punkt nimmt die Versammlung eine Resolution an, in der die Anwesenden sich verpflichten, der Junung sich anzuschließen. Erst gegen Mitternacht erreichte die Versammlung ihr Ende.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Bonn a. Rh., 10. März. (B. G.) Die amtlichen vom Oberheinen und seinen Nebenflüssen hier eingefloßenen Nachrichten melden ein weiteres bedenkliches Steigen der Ströme. Auf der ganzen Linie ist der Wasserstand Nachrichten dienst eingerichtet worden. Das Rheine-Hafenkommissariat verfährt die sofortige Räumung des Hafens und traf Maßnahmen gegen die Ueberschwemmungsgefahr. Bei Mainz ist der Rhein in den letzten 24 Stunden um 2 Meter gestiegen. Im Ruhrgebiet sind die Dasegeleise überschwemmt.

Kassel, 10. März. (B. G.) Von der Oberweser wird ein bedeutendes Anwachsen des Wasserstandes gemeldet. Die ganze Schiffsahrt mußte eingestellt werden.

Paffau, 10. März. (B. L. B.) Infolge Hochwassers ist in der vergangenen Nacht bei Pocking ein Personenzug entgleist. Von den Passagieren ist niemand verletzt; von dem Personal des Zuges erlitten 3 Personen leichte Verletzungen. Der Verkehr Paffau-Pocking ist einstweilen unterbrochen.

Wien, 10. März. (B. G.) Bis jetzt ist es trotz der größten Anstrengungen nicht gelungen, die auf der Karpaten durch eine Schneelawine verschütteten drei Wiener Touristen Schotik, Waniel und Flauer aufzufinden.

Aussee, 10. März. (D. B. G.) Ein Lawinsturz vom Saarstein ins Koppenthal hat großen Schaden angerichtet. Die Lawine staut die Traun und zerstörte den Bahnkörper. Aller Voraussicht nach ist der Bahnverkehr zwischen Aussee und Tschl auf Wochen hinaus gestört.

Mährisch-Ostrow, 10. März. (B. G.) Die Lage ist hier ruhiger geworden. Die meisten Bergarbeiter arbeiten wieder und man glaubt, daß die noch Ausständigen die Arbeit morgen wieder aufnehmen, so daß der Streik dann als beendet anzusehen ist.

Bern, 10. März. (B. L. B.) Die Unterhandlung der Direktion der Jura-Bahn mit dem Centralkomitee ist heute nachmittag zu Ende geführt worden. Es wurde eine vollständige Einigung in allen Theilen erzielt. Morgen wird das Protokoll unterzeichnet werden. — Der Verwaltungsrath ist auf den 19. d. zur Genehmigung der Abmachung einuberufen worden.

Rom, 10. März. (B. G.) Major Salsa ist, dem „Messaggero“ zufolge, beauftragt worden, betreffs der Befreiung der Garisone von Adua mit Menelik zu unterhandeln. — Ueber das Schicksal der 7000 italienischen Soldaten, welche an der Schlacht von Adua theilgenommen haben, ist, wie General Baldissera in seinem letzten Telegramm meldet, bisher noch nichts bekannt.

Rom, 10. März. (D. B. G.) Die Spanier haben die Provinz Entidico okkupirt. Ferner haben sie das Fort Adilugri und die Verschanzungen von Heini und Abd-Caje besetzt.

London, 10. März. (B. L. B.) Die Verhandlung gegen Jameson ist heute Vormittag vor dem Bonifree-Gericht wieder aufgenommen worden. Rundgebungen haben nicht stattgefunden.

Der Erlass eines Haftbefehls gegen Cecil Rhodes wird in Abrede gestellt.

London, 10. März. (B. L. B.) Aus Victoria (Britisch-Columbia) wird unter dem 9. d. M. gemeldet: Der englische Kreuzer „Comus“ erhielt den Befehl, nach Honolulu (auf den Hawaistischen Inseln) zu gehen, um nöthigenfalls die Rechte der dort ansässigen Engländer zu schützen.

Reichstag.

56. Sitzung vom 10. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher.

Die zweite Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung wird fortgesetzt beim Artikel 6, wonach die Konsum- und andere Vereine den Bestimmungen über die Sonntagsruhe unterworfen werden sollen.

Abg. Schneider (fr. Sp.) hält die Vorschrift für überflüssig; denn die Vereine, welche über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehen, sind Gewerbebetriebe und als solche den Bestimmungen der Sonntagsruhe unterworfen. Auf die Vereine, welche neben idealen Zwecken auch gewerbliche Ziele verfolgen und dabei Schankwirtschaft betreiben, findet die Sonntagsruhe keine Anwendung. Redner hält deshalb den Artikel 6 für unannehmbar.

Artikel 6 wird angenommen.

Der von dem Abgg. Gröber, v. Holleuffer und Genossen beantragte Artikel 6a, wonach der Ausschank geistiger Getränke und der Kleinhandel mit Branntwein morgens vor 8 Uhr, sowie an Sonn- und Festtagen während des Vormittags-Hauptgottesdienstes verboten sein sollte, wird von den Antragstellern zurückgezogen.

Nach Artikel 7 soll der § 42b, welcher von dem Waaren-Freihandel und Waaren-Aufkaufen, dem Ausschank von Waaren-Bestellungen und dem Anbieten von gewerblichen Leistungen handelt, dahin geändert werden, daß dieser Gewerbebetrieb auf öffentlichen Wegen und Plätzen in der Gemeinde, wo die betreffenden Personen ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung haben, der Genehmigung bedarf; die betreffende Vorschrift soll aber nicht mehr wie bisher auf Grund eines Gemeindebeschlusses von der höheren Verwaltungsbehörde ausgehen, sondern von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde oder durch Beschluß der Gemeindebehörde mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Auch kann die Bestimmung auf einzelne Theile des Gemeindebezirks beschränkt werden, nicht bloß auf gewisse Gattungen von Waaren und Leistungen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Es handelt sich hier um einen unberechtigten Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung. Bisher bedurfte es eines Gemeindebeschlusses, also der Uebereinstimmung von Stadtvorordneten und des Magistrats, um einen bestimmten Gewerbebetrieb an öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus zu untersagen. Künftig soll von oben dekretiert werden dürfen, daß ein bestimmter Gewerbebetrieb auf der Straße u. s. w. unterbleiben soll. Was man sonst für die Einschränkung des Hausgewerbes sagt, trifft hier nicht zu; die Gewerbe, um die es sich hier handelt, werden von Einzelhändlern betrieben, welche der Polizei und in kleinen Städten auch dem Publikum bekannt sind. Gegen Befähigung kann das Publikum durch die Hausbesitzer selbst geschützt werden, wenn die Anzeigeboten von Haus zu Haus in lästiger Weise überhand nehmen. Warum also diese ganzen Sachen nicht den Kommunalbehörden zur Entscheidung überlassen? Geht man zu so einschneidenden Bestimmungen über, hätte man erst prüfen sollen, ob in der Praxis Unzuträglichkeiten vorgekommen sind. Was Berlin anbetrifft, so wird der Straßen-Gewerbebetrieb mehr als billig von der Polizei bestraft. Man könnte vielleicht diese Gewerbebetriebe vom Bürgersteig fernhalten, aber man sollte sie nicht kriminalisieren. Auch die Zeitungsverkäufe leiden darunter, und Infolge dessen hat sich der Verkauf von Zeitungen in Berlin nicht so entwickelt wie in anderen großen Städten. Die zweite Forderung ist eine Verbesserung, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, ein Verbot, welches sonst für einen ganzen Gemeindebezirk ausgesprochen werden müßte, nur für einen Theil einzuführen. Redner tadelt dann ferner, daß die Landwirthe benachteiligt würden durch eine Unterdrückung des Zwischenhandels mit Artikeln des Wochenmarktes. Wenn die Landwirthe ihre Produkte auf dem Markt nicht absetzen, so können sie dieselben entweder selbst aushändigen, oder durch die ortsbekanntesten Zwischenhändler aushändigen lassen, was ihnen jedenfalls bequemer sein wird. Wozu soll da erst eine Genehmigung für die Zwischenhändler erforderlich sein. Die Kommission hat im vorigen Jahre diese Bestimmung abgelehnt.

Ministerialdirektor v. Wobbe: Die Regierung glaubt doch trotz des gegentheiligen Kommissionsbeschlusses an ihrer Vorlage festhalten zu müssen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn die Gemeinden keine Beschlüsse gefaßt haben, so beweist das, daß sich keine Mißstände in dieser Beziehung herausgestellt haben. Der Berliner Magistrat hat protestirt dagegen, daß den Gemeinden hier von oben her vorgeschrieben werden soll, was sie thun sollen.

Art. 7 wird mit Ausnahme der Bestimmung über die Gegenstände des Wochenmarktes angenommen.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) beantragt folgenden Art. 7 a neu einzufügen: „Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus selbstbetrieben. Die Ortspolizeibehörde ist befugt, für bestimmte Zeitperioden, welche jedesmal zwei Wochen nicht überschreiten dürfen, die vorstehenden Bestimmungen in ihrem Bezirk außer Kraft zu setzen.“

Der Antragsteller hält es für bedenklich, daß Kinder unter 14 Jahren in dieser Weise beschäftigt werden, um ihren Eltern durch ihren kleinen Verdienst zu helfen, vielfach aber auch, weil die Eltern auf der Lotterbank liegen und sich durch ihre Kinder die Schnapsgrößen verdienen lassen.

Abg. Hise (3.): Wir werden dem Antrage zustimmen, aber die Ausnahmebestimmung ablehnen, ohne lange Reden zu halten. (Beifall.)

Abg. Weiskopf (fr. Sp.) verweist darauf, daß sowohl in Charlottenburg als in anderen Berliner Vororten von Seiten der Schule eine Statistik aufgenommen sei über die gewerbliche Beschäftigung von Kindern bei den Anträgen von Nachwaaren, Regelaussuchen u. s. w. Diese Statistik sei unzuverlässig, wenn sie auch schon ein großes Gland aufgedeckt habe, sodas es wohl angebracht sei, wenn die Regierung dieser Frage näher trete.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich weiß nicht, wie der Bundesrath sich zu dieser Frage stellen wird; die Materie ist nicht berathen worden. Mir persönlich ist der Vorschlag sehr sympathisch. Ich kann den Schilderungen der Vortredner nichts hinzufügen. Die Benutzung der Kinder zu gewerblichen Zwecken sollte überhaupt ausgerottet werden, weil die Ausbeutung der Kinderarbeit leicht zu gewinnstüchtigen Zwecken erfolgt. Aber im Bundesrath wird der Antrag vielleicht nur dann angenommen werden, wenn auch der zweite Theil des Antrages Lenzmann angenommen wird, denn die Heranziehung der Kinder, z. B. zur Weihnachtszeit hat nicht bloß eine gewerbliche, sondern auch eine moralische, ethische Seite. Man sollte den Behörden eine gewisse Dispensationsbefugnis geben, um da, wo die Gefahr für die Kinder keine dringende ist, allhergebrachte Gewohnheiten aufrecht zu erhalten.

Abg. v. Holleuffer (1.) stimmt dem Antrage Lenzmann zu, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Ausnahmebestimmung beschränkt wird auf die Fälle, wo es herkömmlich ist.

Der Antrag Lenzmann wird unverändert angenommen.

Art. 8 betrifft das Aufkaufen von Waaren und die Aufsuchung von Bestellungen außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung. Die Bestimmung des § 44: „Das Aufkaufen darf ferner nur bei Kaufleuten oder solchen Personen, welche die Waaren produzieren, oder in offenen Verkaufsstellen erfolgen“, soll folgenden Zusatz erhalten: „Ingleichen darf das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren, soweit nicht der Bundesrath für bestimmte Waaren Ausnahmen zuläßt, nur bei Kaufleuten oder solchen Personen geschehen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden.“

Abg. v. Stumm beantragt die Worte: „soweit nicht der Bundesrath... zuläßt“ zu ersetzen durch: „soweit dazu nicht eine ausdrückliche öffentliche oder schriftliche Aufforderung ergangen ist.“

Abg. Quentin (nl.) will diese Worte ersetzen durch: „betreffs deren der Bundesrath dies vorschreibt“.

Die Abgg. Hase (nl.) und Förster-Neustettin beantragen den Buchhandel von diesem Verbote auszunehmen; Abg. Würklin (nl.) stellt denselben Antrag bezüglich des Weinhandels.

Für den Fall der Ablehnung seines Hauptantrages beantragt Abg. Quentin, die Druckschriften und Bildwerke, Seiden, Wäsche und Ausstern in diesen Artikeln, Wein und Baumaterialien auszunehmen.

Wird auch diese Fassung abgelehnt, so beantragt Abg. Quentin, den Artikel 8 erst mit dem 1. Januar 1902 in Kraft treten zu lassen und folgende Resolution anzunehmen: „Der Herr Reichstagsler wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß bei den Ausnahmen, welche der § 44 der Gewerbe-Ordnung zuläßt, folgende Waaren vorzugsweise Berücksichtigung finden: Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, Seiden, Wäsche und Ausstern in diesen Artikeln, Wein und Baumaterialien.“

Die Abgg. Fuchs und Humann (3.) beantragen folgenden Zusatz: „Für Gewerbebetriebe, welche vor Inkrafttreten dieses Gesetzes den Nachweis erbringen, daß sie mindestens fünf Jahre lang in ihrem Gewerbe Waarenbestellungen bei Privaten aufgeschickt haben, verbleibt es bis zum Ausscheiden des bezug. der Inhaber der Firma für den zeitigen Umfang ihres Gewerbebetriebes bei den bisherigen Bestimmungen.“

Abg. v. Stumm (Sp.): Das Aufsuchen von Waarenbestellungen ist in den meisten Fällen ganz genau dasselbe, wie der Hausirhandel; denn es werden nicht bloß Muster vorgezeigt, sondern die Waaren direkt geliefert; deshalb kann ich keine Ausnahmebestimmung zulassen, weil sie die Herren Fuchs und Humann einn wollen. Deshalb soll denn ein Gewerbebetrieber, der fünf Jahre das Detailreisen betreiben läßt, besser gestellt sein, als ein solcher, der erst vier Jahre seinen Betrieb hat? Ebenso wie das Aufsuchen von Waarenbestellungen bei Kaufleuten und solchen Personen, welche die Waaren für ihren Gewerbebetrieb brauchen, zugelassen sein soll, muß es auch gestattet sein da, wo eine direkte Aufforderung seitens der Beheiligten ergeht. Ich habe sonst nichts gegen die Ertheilung von Befugnissen an den Bundesrath, aber in diesem Falle würde der Bundesrath doch durch seine Bestimmungen manchen Gewerbebetriebe begünstigen, andere aber schädigen können, je nachdem er nur die notwendigsten Ausnahmen zuläßt oder dabei soweit geht, wie die Wünsche der Interessenten. Die Anträge aus dem Hause entsprechen ja wohl meist den Wünschen der Interessenten in den einzelnen Wahlkreisen. Das führt zu bedenklichen Konsequenzen. Redner bittet deshalb möglichst bei der Vorlage zu bleiben, weil dieselbe sonst ein Schlag ins Wasser sein würde.

Von Seiten der Abgg. Gröber, v. Holleuffer, Hise und Jakobsdörfer ist ein Kompromißantrag eingegangen, den Artikel 8 folgendermaßen zu gestalten:

„Das Aufkaufen darf ferner nur bei Kaufleuten oder solchen Personen, welche die Waaren produzieren, oder in offenen Verkaufsstellen erfolgen. Ingleichen darf der Aufsucher von Bestellungen auf Waaren, mit Ausnahme von Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken, und soweit nicht der Bundesrath noch für andere Waaren oder Gegenden oder Gruppen von Gewerbebetriebe Ausnahmen zuläßt, nur bei solchen Personen geschehen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden. Auf das Aufsuchen von Bestellungen auf Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke finden die Vorschriften des § 56 Absatz 3 entsprechende Anwendung.“

Abg. Hase zieht zu gunsten dieses Antrages seinen Vorschlag zurück; ebenso Abg. Förster.

Abg. Hise weist darauf hin, daß der Antrag alles aufgenommen habe, was notwendig sei, um eine möglichst große Mehrheit für denselben zu gewinnen, namentlich auch bezüglich des Buchhandels die Zustimmung zu erleichtern.

Abg. Quentin (natl.) erklärt, daß er seine drei Anträge zurückziehe und nur die Resolution ausreicht erhalte. Uebrigens würde ein Theil seiner Freunde gegen die ganze Vorschrift des Artikel 8 stimmen, weil sie es nicht für notwendig halten, die kaufmännische Thätigkeit irgendwie zu beschränken. Daß eine Befähigung des Publikums durch die Detailreisenden irgendwie stattgefunden habe, sei nicht bekannt geworden; solche Behauptungen stammen aus dem Lager der Konkurrenz und sind daher mit großer Vorsicht aufzunehmen. Was die großen Versandgeschäfte durch die Größe ihres Betriebes leisten, das müssen die kleinen Geschäfte durch persönliche Liebeshäufigkeit, durch das Aufsuchen der Kunden u. s. w. ersetzen. Die Annahme der Vorlage ohne eine gleichzeitige Beschränkung der Versandgeschäfte würde die Wirkung des Gesetzes illusorisch machen.

Abg. Humann (3.) tritt im Interesse der Bielefelder Leinwandindustrie und der Wäscheindustrie im allgemeinen für die Zulassung des Detailreisens für diese Branche ein.

Abg. v. Gumy (natl.) erklärt, daß der Weinantrag in den Kompromißantrag nicht aufgenommen sei, trotzdem für ihn gerade das Detailreisen am meisten üblich sei. Redner tritt für den Antrag Würklin ein, da der Antragsteller selbst durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert ist.

Abg. Förster-Neustettin erklärt sich für den Kompromißantrag Gröber mit der Maßgabe, daß der Antrag Stumm in denselben eingeschaltet wird.

Abg. Castellmann (fr. Sp.) hält die Einschränkung des Detailreisens für bedenklich, da von einer solchen Maßregel nur die kleineren und mittleren Geschäftleute Nachtheile haben werden zu gunsten der großen Wäaren- und Versandhäuser. Die Detailreisenden sehen in der Gleichstellung mit den Hausirern eine Degradation.

Abg. Vogtherr (Soz.) erklärt sich gegen Artikel 8, weil derselbe eine durchaus reaktionäre Maßregel sei und eigentlich lediglich den Finanzministern der Einzelstaaten eine neue Einnahmequelle eröffne, da die Kaufleute dann Hausirerlöse lösen müßten. Für die sächsischen Perzokhäuser würde der Detailreisende ein halbes Duzend Hausirerlöse haben müssen. Die praktische Ausführung der vorgeschlagenen Maßregel würde außerordentlich schwierig sein, es würde selbst einem intelligenten niederen Polizeibeamten schwer fallen, zu entscheiden, ob irgend ein Artikel zu den zulässigen gehöre oder nicht. Es sei nur erinnert an die Artikel zu Zwecken der Heizung und Beleuchtung. Es wäre interessant, darüber eine authentische Erklärung zu erhalten,

ob derartige Artikel auch zu den ihm gestatteten gehören. Das Publikum selber habe ein großes Interesse an der bequemen Erlangung einzelner Artikel, z. B. solcher Artikel, welche die Hygiene befördern. Der Art. 8 wolle den Mittelstand heben, aber thatsächlich treffe er den Mittelstand in Gestalt der Konsumenten und der Geschäftsinhaber, welche vielfach selber reisen. Die Wurzel des Uebels liege in den schlechten Verhältnissen der Handwerker und Arbeiter, in den hohen Zöllen und Steuern. Wer den „nomadisirenden“ Hausirer zu einem sesshaften Gewerbebetriebe machen wolle, erreiche diesen Zweck am wenigsten mit diesem Gesetz, welches das Selbstmachen verleide; die Konkurrenz am eigenen Ort werde nur noch rücksichtsloser und intensiver werden. Dem Aufpuffer- und Spießthum werde Thür und Thor geöffnet. Die Kaufleute würden zu Demunitionen greifen, um den unbehaglichen Konkurrenten los zu werden. Besonders lästig sei die Bestimmung für die Angestellten; sie können in Zukunft erst mit dem 25. Lebensjahr als Detailreisende auftreten, verlieren also dadurch mindestens 5 Jahre ihres Lebens, denn mit dem 20. Lebensjahr seien sie wohl befähigt für diese Arbeit. Wie umstritten diese ganze Frage ist, zeigt die große Zahl der zu Art. 8 gestellten Amendements: Ordres, Kontroordres, Besordres, ein Durcheinander von Wünschen und Gegenwünschen, Interessen und Gegeninteressen. Im Schutz der Weinreisenden ist man so ziemlich einig. Seine staatsbehaltende Thätigkeit hat sich bewährt von 1809 bis 1896, und dieser Abschnitt des Gesetzes sollte die Ueberschrift erhalten: Artikel zum Schutz des Weinreisenden. Auch den Bundesrath hat aus seiner Vorliebe für ihn kein Vehl gemacht, wie die Motive beweisen. Nun ist aber die Befähigung des Publikums in seiner Branche so empfindlich wie bei den Weinreisenden; die Befugnisse des Bundesraths will das Zentrum sogar noch ausdehnen auf die Bestimmungen gewisser Gegenden. Windthorst dachte ganz anders; er wollte von bundesrathlichen Befugnissen nichts wissen, jeder solle selber entscheiden, welche Pflichten er zu erfüllen hat. Der Antrag Fuchs will die Detailreisenden auf den Aussterbe-Stat setzen. Auf das Mitleid des Herrn v. Stumm verzichtet die Geschäftsleute; nicht Mitleidsgefühle, sondern Gesetze der Gerechtigkeit wollen sie. Der Antrag Stumm macht die Sache dadurch nicht besser, daß er aus einer Schneiderpetition abgeschrieben ist. Wir können den Art. 8 im ganzen nicht annehmen. Er trifft den Kernpunkt ebenso wenig wie die ganze Vorlage. Sie ist ein ohnmächtiges, vergebliches Ringen gegen die natürliche Entwicklung der Dinge, ein Ausspielen einzelner Geschäftskreise gegen die anderen, und wir lehnen es ab, einen solchen Weg zu betreten. (Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. v. Wolszlegir-Gilgenburg (Soz.) erklärt sich für den Antrag v. Stumm, den er in den Antrag Gröber-Holleuffer aufnehmen will; für die Weinreisenden will er keine Ausnahme machen.

Abg. Hase (natl.): Die Mehrzahl meiner politischen Freunde steht der Vorlage sympathisch gegenüber. Wenn so viele Anträge vorliegen, so zeigt das, wie richtig unser Antrag war, eine Kommissionsberatung stattfinden zu lassen; wenn einige Anträge jetzt zurückgezogen werden konnten, so liegt das an der inzwischen stattgehabten Vereinbarung, wobei ja auch der Buchhandel in ausgiebiger Weise berücksichtigt worden ist. Redner empfiehlt ferner Ausnahmen für den Wein und die Wäscheindustrie.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Der Staat scheint jetzt die Be-rechtigung für sich in Anspruch zu nehmen, die Bürger in solche erster und zweiter Klasse zu theilen. Man nimmt es als Pflicht des Staates in Anspruch, den sesshaften Handel in erster Linie zu schützen gegen die Ausdehnung des Hausirhandels. Diese Ausdehnung ist aber eine Folge der falschen Durchführung der Sonntagsruhe. Die Bielefelder Leinwandindustrie sei durch die Güte ihrer Fabrikate groß geworden und zwar deshalb, weil sie durch Reisende die Waaren dem Publikum ins Haus brachte. Gerade die einsam wohnenden Beamten der Forstverwaltung, der Zollverwaltung, die Lehrer und Geistlichen auf dem Lande würden gar keine Gelegenheit haben, Einkäufe in gewissen Artikeln zu machen, wenn ihnen nicht die Detailreisenden die Sachen ins Haus brächten.

Nachdem Abg. Schäbler (3.) sich gegen eine Ausnahme zu gunsten der Weinreisenden ausgesprochen hat, erklärt Abg. Fuchs (3.) es als eine große Härte, daß plötzlich das Detailreisen aufgehört solle; man müsse eine Uebergangsperiode schaffen, während deren das Detailreisen ganz allein verschwinden werde.

Abg. Sahn (wldl.) tritt für den Antrag Gröber-Holleuffer ein und wendet sich dagegen, besonders Uebergangsbestimmungen zu schaffen.

Abg. Frihen (3.) tritt ebenfalls für die Leinwandindustrie ein. Staatssekretär v. Bötticher: Aus der Diskussion ist klar geworden, daß der Wunsch besteht, Änderungen an der Regierungsvorlage vorzunehmen, aber ich habe den Eindruck, daß von allen Anträgen die Regierungsvorlage den Vorzug verdient. Wenn Sie diese annehmen und dem Bundesrath die Befugnisse ertheilen, seinerseits Ausnahmen zu statuieren, so wird der Betrieb von Druck-schriften sich sicherlich unter diesen Ausnahmen befinden. Aber wenn man eine Ausnahme macht, dann findet man bald Veranlassung zur Erweiterung der Ausnahmen. Wir haben Ausnahmen zu gunsten des Weines, der Zertillen, der Nähmaschinen u. s. w. Bis zur dritten Lesung wird sich noch ein weiteres Bedürfnis geltend machen. Das für und gegen ist in einzelnen Fällen sehr fraglich, deshalb ist es gesetzgebungspolitisch nicht richtig, daß der Reichstag sich mit diesen Dingen beschäftigt. Richtiger ist es, daß der Reichstag dieses schwierige Geschäft auf den Bundesrath abwälzt, der einen breiten Rücken hat; denn die Folge wird sein, daß die nicht berücksichtigten Industriezweige von jeder Ausnahme ausgeschlossen sind. Mit dem Antrage Gröber-Holleuffer bin ich am meisten einverstanden. Er läßt aber das Aufsuchen von Waarenbestellungen bei Kaufleuten nicht mehr zu. Der Handelsvertrag mit der Schweiz läßt das Aufsuchen von Bestellungen bei Kaufleuten zu; dazu würden die schweizerischen Kaufleute auch in Zukunft berechtigt sein. Der Kaufmann ist gegenüber den Reisenden viel widerstandsfähiger als der Privatmann. Als eine Landplage kann ich die Reisenden nicht ansehen; aber in manchen Fällen mag eine Befähigung des Publikums vorgelegen haben. Ich kann nur empfehlen, den Antrag Gröber noch dieser Richtung hin zu verbessern. Die Anträge Fuchs würden nur einen Dualismus schaffen, der die Kontrolle erschweren würde.

Abg. v. Holleuffer stellt eine Revision des Antrages Gröber und Genossen im Sinne der Ausführungen des Staatssekretärs für die dritte Lesung in Aussicht.

Damit schließt die Diskussion über Artikel 8.

Nachdem der Antrag Frihen-Humann bezüglich der Ausnahme der Gegenstände der Leinen- und Wäscheindustrie in den Antrag Gröber in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 109 Stimmen angenommen ist, wird unter Ablehnung sämtlicher übrigen Anträge der so veränderte Kompromißantrag Gröber ebenfalls angenommen und um 6 1/2 Uhr die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Der Vorschlag des Präsidenten, morgen einen Schwerinstag abzuhalten, fand nicht die Zustimmung des Hauses.

Tokales.

Zu Kummelsburg gibt es die Wirths Winkler sein Lokal zu Arbeiterversammlungen her. Folgende Lokale sind für sozialdemokratische Versammlungen nicht zu haben: G. Walter, Hauptstr. 89, R. Weigel, Türschmidtstr. 45, Café Bellevue (Inb. Zimmer), Gittler, Neue Prinz Albrechtstr. 70, Wagner's Ruh (Inb. Kauler), Brück, Köpenicker Chaussee.

Zu Reinickendorf finden die Gemeindevahlen am 19. März statt. Im östlichen Bezirk ist unser Parteigenosse Otto Glas, im westlichen Bezirk unser Genosse Julius Malinowski als Kandidat aufgestellt. Wahlberechtigt ist jeder, der ein Einkommen von mindestens 600 M. verleiht, seit einem Jahre in Reinickendorf wohnt und keine Armenunterstützung bezieht. Parteigenossen, agitiert mit ganzer Kraft für den Sieg unserer Kandidaten!

Der Etatsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung hat am Montag unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorherrn Dr. Langerhans den Etat der Wasserwerke mit einem Auftrich von 54 450 M. bei den Kohlen und den Hausanschlüssen nach dem vorgelegten Entwurf mit einem Ueberschusse von 1 352 308 M. festgestellt und zugleich genehmigt, daß der bisherige Wassertarif für das nächste Etatsjahr in Geltung bleibt. Beim Etat der Volksbibliothek, der zur Erinnerung keine Veranlassung gab, wurde angeregt, in einigen Schulen versuchsweise ein oder zwei Zimmer als Lesezimmer einzurichten und für die Bibliotheksbesucher frei zu halten. Der Etat der Armenverwaltung ist mit einem Zuschuß von 7 286 500 M. (524 000 M. mehr) unverändert festgestellt, nachdem ein Antrag, nur den früheren Betrag zu bewilligen und die Mehrforderung zu streichen, abgelehnt worden war. Bezüglich der geplanten Reorganisation der städtischen Armenverwaltung wurde auf eine Anfrage vom Magistrats-Kommissar mitgeteilt, daß die Verhandlungen der eingesehten Subkommission zu einem vorläufigen Abschlusse gekommen seien und die Denkschrift über die den Kommunalbehörden zu unterbreitenden Vorschläge gegenwärtig angefertigt werde. Eine Vorlage werde voraussichtlich im Mai der Versammlung zur Beschlussfassung zugehen.

Wenn es der Profit erheischt, machen unsere ersunderischen Musterunternehmer von Herzen gerne in Arbeiterfürsorge. Die gezeigten Speisewagen und die „Zentralküche“, welche das in diesen Behältern transportierte Mittagessen liefert, werden in der „National-Zeitung“ wie folgt angepriesen: „Eine ganze Portion Mittagessen: Suppe, Fleisch, Gemüse und Kartoffeln, alles in reichlicher Menge, kostet 30 Pfennige und eine halbe Portion, d. h. ohne Suppe, gar nur 20 Pfennige. Transport, Warmhalten während desselben und leihweise Ueberlassung der Transportgefäße mit eingeschlossen. Die Angestellten der Reichsdruckerei waren die ersten, welche das Besondere, Billige und Gesundheitsförderliche einer solchen Einrichtung erkannten. Augenblicklich beziehen jeden Tag 200 Arbeiter und sonstige Angestellte der Reichsdruckerei das Mittagessen auf diesem Wege und befinden sich äußerst wohl dabei. Andere große Etablissements sind bereits nachgezogen und haben die Reichsdruckerei sogar schon überholt. So zum Beispiel bezieht die Fabrik von Siemens u. Halske täglich 300 Portionen Mittagessen. Die hohe sozialpolitische Bedeutung einer solchen Einrichtung ist einleuchtend und es ist zu wünschen, daß dieselbe sich immer mehr einbürgert.“ — Mit anderen Worten wünscht die „Nat.-Zg.“, daß das gemeinschaftliche Mittagessen, das nach bürgerlicher Tradition doch einen der Hauptpunkte im Familienleben bildet, für den Arbeiter auch dort bald zu den vergangenen Dingen gehöre, wo es bislang noch gehalten werden konnte. Das ist ganz consequent gedacht; im Interesse des Unternehmertums, das Mann, Weib und Kinder in sein Joch spannt, liegt es, daß die Arbeiterfamilie und ihr Familienleben von Grund auf zerstört werde. Nur sollte man dann aber auch bei der Stange bleiben und keine Krokodilstränen über die „Verrohung“ der Arbeiterfamilie und das „verderbliche“ Wirken der Sozialdemokratie vergießen. Auch empfiehlt es sich bei den üblichen Facheisen der Erhaltung der Familie, immer zu betonen, daß nur die bürgerliche Familie, die Familie des Kapitalisten, der sich leisten kann, gemeint sei.

Ungebetene Gäste stellen sich, wie uns geschrieben wird, jetzt recht häufig in den Wohnungen derjenigen Arbeiter ein, welche ihren Willen zum Austritt aus der Landeskirche kundgethan haben. Das Amtsgericht, bei welchem die Meldung zu erfolgen hat, macht den entsprechenden Kirchen, denen die einzelnen Gemeindefolgen zugehören, von dem beabsichtigten Austritt amtlich Mitteilung und die Seelsorger des Bezirks lassen es sich daraufhin angelegen sein, ihre Sendboten aufzusuchen, um die verlorenen Schafe der Kirche zu erhalten und für den Himmel zu erretten, ja, sie scheuen wohl selber die Arbeit nicht und opfern ihre kostbare Zeit, um einen Ungläubigen zum Glauben zurückzuführen oder dieses doch wenigstens zu versuchen. Das es bei solchen Gelegenheiten mitunter zu scharferen Auseinandersetzungen kommt, ist begreiflich. Um so mehr möchten wir unseren Parteigenossen rathen, sich in der Hitze des Wortkampfes nicht zu unbedachten Reueäußerungen hinreißen oder sich gar provozieren zu lassen, denn es liegen, wie uns weiter mitgeteilt wird, Beweise vor, die darauf schließen lassen, daß Wölfe in Schafkleidern herumlaufen, die sich kein Gewissen daraus machen, einen überzeugungstreuen Arbeiter auch zu demüthigen. Wie großes Gewicht auf die Erhaltung des Seelenstandes gelegt wird, erhellt u. a. auch aus dem Umstande, daß die kirchlichen Agenten oder solche, die sich dafür ausgeben, es wohl verstehen, für ihre Zwecke auch den „Tauschen zu rühren“, ihren Worten durch einen „inhaltsreichen Händedruck“ Nachdruck zu verleihen und die freie Entscheidung durch die Hoffnung auf das „Zukunftige“ — allerdings nicht im Himmel — zu beeinflussen. Solchen Leuten gegenüber ist Vorsicht und Energie dringend geboten und das zweckmäßigste, sie höflich so bald wie möglich zur Thür hinauszukomplimentieren, wie man es zu machen pflegt mit — ungebetenen Gästen!

Für eine erblindete Kollegin, die nach fünfundsiebenzig-jährigem, treuem Dienste seitens der Stadt Berlin ohne jede Pension entlassen worden ist, sammelten dieser Tage, wie uns geschrieben wird, die technischen Lehrerinnen an den hiesigen Schulen milde Gaben ein. Die Unglückliche, die in Ausübung ihres Amtes das Augenlicht verloren hat und nun ganz mittellos dahelst, ist noch dazu die einzige Ernährerin ihrer arbeitsunfähigen alten Mutter. „Rasche Hilfe, doppelte Hilfe“, schloß der dringende Aufruf. Vorsitzender der Berliner Schuldeputation ist Herr Bürgermeister Kirchner. Dieser Herr sprach neulich bei dem prunkenden Festmahl, das der Eröffnung des neuen Messpales in der Alexandrinenstraße die höhere Weihe verlieh, in einer begeisterten Lobrede auf die Berliner Industrie von der selbstzeugenden Kraft der letzteren. Die technischen Lehrerinnen haben bekanntlich die Aufgabe, den Töchtern des Volkes jene grundlegenden Fertigkeiten und Geschicklichkeiten beizubringen, mittelst deren sie im Frohndienst der industriellen Unternehmerschaft ihren zum Leben kaum ausreichenden Unterhalt verdienen. Sollte jene gerühmte „selbstzeugende Kraft“ nicht stark genug sein, eine beschämende Thatsache wie die oben erwähnte aus der Welt zu schaffen? Die Stadt Charlottenburg ist im Begriff, die Stellung der technischen Lehrerinnen zu einer menschenwürdigen zu gestalten, ihnen ein festes Gehalt und Pensionsfähigkeit zu sichern. Berlin aber läßt für seine erblindeten Schulkraften nach 27jähriger Dienstzeit Almosen sammeln...

Zum Ausstellungs-Verhandlung. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Gegenüber der Mitteilung des Herrn Kommerzienraths Kühnemann (heutiges Morgenblatt), er werde gegen mich die Verleumdungs- und Verleumdungsklage anstrengen, habe ich zu bemerken, daß von einer Verleumdung des genannten Herrn nicht die Rede sein kann, weil ich den Wahrheitsbeweis für das von der „Berliner Ausstellungs-Zeitung“ Behauptete zu führen ge-

denke. Hierin dürften mich u. a. eine Reihe der mit den Verhältnissen vertrauten Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses durch ihre Zeugenschaft unterstützen. Ich sehe deshalb der mit angebotenen Klage mit derjenigen Ruhe entgegen, die dem Verfechter einer gerechten Sache eigen zu sein pflegt. Im Interesse des großen Werkes läge es freilich, wenn Herr Kühnemann die ihm von verschiedenen Seiten gemachten, zum theil noch viel weitergehenden Vorwürfe schon jetzt klar und bündig öffentlich widerlegte, anstatt jede Erklärung abzulehnen. Seine Klage gegen mich blühte ihm trotzdem unbenommen. Hans Löwe, Herausgeber und Chef-Redakteur der „Berliner Ausstellungs-Zeitung“.

Der polizeifremde Magistrat. Wegen der allzu strengen polizeilichen Absperungen hatte die Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre durch eine Resolution eine Vorlesung an den Magistrat gerichtet. Der Magistrat ersucht jetzt in einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung, diese Resolution für erledigt erklären zu wollen, in der Erwägung, daß der seit der Beschlußfassung erfolgte Personalwechsel an der Spitze des königl. Polizeipräsidiums eine allseitig anerkannte Milderung der Abspermaßregeln herbeigeführt hat und daher von einer Verfolgung der gegebenen Anregung für jetzt abzusehen sein möchte. Von der „allseitig anerkannten Milderung“ ist im Publikum noch nichts bekannt geworden. Auch wird die Schuld an den üblichen Verkehrsstörungen wohl kaum bei dem Polizeipräsidium zu suchen sein. Diefem liegt doch nur die Ausführung der von höherer Stelle aus vorgeschriebenen Anordnungen ob.

Kummelsburg - Brandstifter? In der „Volks-Zeitung“ lesen wir: „Ein aus dem Kummelsburger Arbeitshaus entlassener Häftling, der Schuhmacher Kretzer aus Koryth, der seit dem 24. Februar verschunden war, ist jetzt in Neu-Ruppin wegen vorsätzlicher Brandstiftung verhaftet worden.“ Unseren Lesern sind gewiß noch die bekannten Episoden aus dem Brandweil'schen Prozeß erinnerlich, in welchem unser Parteigenosse Hofrichter gemäß dem Verdienst, daß er sich um die Ausdeckung der bekannten Scheußlichkeiten erwarben, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. In diesem Prozeß wurde mehrfach zeugeneidlich erwiesen, daß Häftlinge Brandstiftungen verübten, nur um aus dem Arbeitshause heraus und ins Zuchthaus zu kommen. Zur Ehre Berlins wollen wir annehmen, daß ein solches Motiv in dem aus Kummelsburg gemeldeten Falle nicht vorliegt.

Die Stiftung von Kirchenfenstern ist in servil-bürgerlichen Kreisen immer noch sehr in Mode. Neulich besuchten einige fromme Heidelberger Bürger hier die bekannte Kirche mit der weggemeinlichen Kameleinschrift. Nachdem sie von ihrem Führer, dem Bauath Schwedien, Abschied genommen hatten, kam ihnen der Gedanke, ein Kirchenfenster zu stiften, aber nur ein kleines. Im An waren hierfür 900 M. gesammelt. Dem edlen Beispiel der Heidelberger wollen nun auch die Mannheimer, Karlsruher und Freiburger Helbengreis- und Kirchenvereiner folgen. Bei den Leuten zu Hause scheint es keine Noth zu geben, die zu lindern wäre.

Der Kampf um Anna Merten. Wenn man in der Gesellschaft, die unter dem Felsgekrei: „Für Ordnung, Religion und Sitte“ gegen die Parteien des Unkrautes kämpft, es zu recht großen peluianen Erfolgen und zur Berühmtheit bringen will, so ist es das einfachste Mittel, eine Handlung zu begehen, die von derselben Gesellschaft in möglichst hohem Grade als schimpflich und unehrenhaft bezeichnet wird. So denkt auch Anna Merten, die Geliebte Frih Friedmann's, mit achtungswürdiger Menschenkenntnis.

Neulich theilten wir mit, daß der Jubaber des Buffet français in der Passage die frage Anna mit 1000 M. monatlich als Buffetdame engagieren wollte. Jetzt berichtet der Besitzer des Buffet, der bekannte Mann, der alles macht, in seiner Lokalkorrespondenz:

„Der Prozeß Friedmann dürfte in den nächsten Tagen schon hier ein sehr wenig erquickliches Vorspiel haben. Anna Merten nämlich, die anfangs wohl aus Verachtung, mit der Polizei in Konflikt zu kommen, in Berlin gar nicht ein Engagement akzeptieren wollte, hat sich nun plötzlich an drei Stellen auf einmal verpflichtet und zwar als Kassiererin im Buffet français, als Schannummer in einem Spezialitätentheater und als Buffetièrre in einem Varietetheater. Da sie dem Auftreten in einem Spezialitätentheater den Vorzug gegeben, so wird seitens der anderen beiden Etablissementsbesitzer Protest gegen ihr Auftreten eingeleitet werden. Die gerichtlichen Schritte sind bereits eingeleitet.“

So streiten sich die Verfolger der „feinen Welt“ um eine Dirne. Und das zahlungsfähige Publikum harret begierig auf den Tag, wo es ihr den üblichen begeisterten Empfang mit Blumenbouquets und Beifallsgegrüße bereiten kann. Dieses Publikum wird ausgezeichnet affiziert durch einen einflussreichen Theil seiner Presse, der anlässlich der Fälle Friedmann und Hammerstein in spaltenlangen Telegrammen und Spezialberichten den Verbrecherkultus mit einer Schamlosigkeit betrieben hat, die vortrefflich in eine Zeit paßt, in der man den „Vorwärts“ an Gerichtsstelle wegen Unzucht verzeihen verurtheilt, wenn er das unglückliche Gebahren dieser Presse nach Gebühr geißelt.

Man möchte im Zeitalter der Anna Merten und des Kampfes für Ordnung, Religion und Sitte an der Zukunft unseres Vaterlandes verzweifeln, wenn nicht der Zeitpunkt immer näher rückt, wo es keinen gesitteten Menschen mehr giebt, der nicht mit Leib und Seele „Umstürzler“ wäre.

Ein verspäteter Karnevalsuff. Für ein neues Unternehmen zur Verwirklichung der Sozialdemokratie wird in der „Nordd. Allg. Zg.“ Stimmung gemacht. Es sollen sich alle sogenannten „sanftmüthigen“ Elemente zum Kampf für „Christenthum, Monarchie und Stillsitzerei“ vereinigen und den Geist der Verneinung und Zerkünderung der Staatsgewalt, namentlich aber die Sozialdemokratie bekämpfen. Fürst Bismarck müsse die Großmutter der Erde übernehmen. Zugelassen werden dürfen aber nur Angehörige christlicher Konfession. Die Mitglieder, welche eine Mark-Jahresbeiträge zu zahlen haben, werden unterschieden in Knappen, Ritter und Damen und tragen in Ansehung eine Korblume aus Metall. Sie kämpfen für die Sache des Christenthums und der Monarchie gegen Atheismus und Republikanismus. In dem Ernst der Gegenwart ist es uns Sozialdemokraten ganz recht, wenn auch der Humor eine deutliche Felsprobe findet. Eine solche Organisation mit dem Friedrichsruher Niedergreis an der Spitze — das wäre eine Wonne!

Das Thema von arbeitslosen Gefindeln, das namentlich in agrarischen Blättern häufig vorzutritt, erhält einen recht schätzenswerthen Beitrag durch eine Mitteilung, die wir in der — „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Bundes der Landwirthe, finden:

„Der Verein zur Besserung der Strafgefangenen, der gestern unter Geheimrath Starke's Vorsitz im Landgerichtsgebäude der Jüdenstraße tagte, hat, wie hier mitgeteilt wurde, in diesem Jahre bereits 482 Straftatlassene in Arbeit bringen können gegen 414 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den 482 sind 405 der Landwirtschaft zugeführt worden. Manche Arbeitslose benutzen ganz geringfügige Polizeistrafen, um die „Würdigkeit“ zur Fürsorge nachzuweisen und so durch den Verein die oft ersuchte, aber schwer erreichbare Arbeit zu finden.“

Wenn das „Mittelstandsblatt“ wiederum auf die „Arbeitslosen“ schimpft, so wird kaum etwas anderes anzunehmen sein, als daß es mit diesem Titel seine eigenen Protektoren, die Beisten und Besten der Nation ins Auge faßt.

Die Geschäfte, die mit dem N a d a u Antisemitismus noch zu machen sind, müssen ganz verurteilt schlecht geben. Die „Staats-Zg.“ veröffentlicht folgendes Eingekant: Eine verhängnisvolle Bantheit und Schlafheit macht sich seit Monaten in

der Leitung der Berliner antisemitischen Bewegung geltend. Ueberall im Lande wurde den Winter durch stramm gearbeitet, in Berlin begnügte man sich jedoch fast ausschließlich mit der Abhaltung von Kränzchen, Maskenbällen, Familienabenden, Regelfestlichkeiten u. Von einer ruhigen agitatorischen Thätigkeit war nichts zu merken. So hat J. B. der „Deutsche Antisemitismus-Bund“ nicht einmal ein Jahr seine öffentliche Versammlung abgehalten, trotzdem der Stoff zu solchen wahrhaftig in überreichem Maße vorhanden war.“ Man sollte es wieder einmal mit Nachdruck versuchen. Es heißt ja, daß er bald wieder komme.

Sigl und die Berliner Küche. Ueber „Berliner Gerichte“ schreibt Reichstags-Abgeordneter Dr. Sigl in seinem „Vaterland“: „Die saubere Herkunft des Kochfettes zeigen in Berlin schon die wunderbaren Wohlgerüche der Speisen und bezw. (3) Küchen in gewissen Restaurants, die einem an erlich'schen Schmalz gewohnten Süddeutschen beinahe den Nibem benehmen und unfähig machen, etwas zu genießen vor Ubel. Als der Redakteur des „Vaterland“ bei Verabreichung der Militärvorlage in Berlin sein mußte, brachte er Monate lang den fatalen Küchengeruch nicht aus der Nase. Berlin riecht nach Margarine, Knoblauch, Pferdemeist und Verwesung.“ — In welchen obskuren Winkeln muß sich nach dieser Schilderung doch Herr Sigl herumgetrieben haben.

Gestern ist wiederum der Grundstein zu einem ragenden Gotteshaus gelegt worden, und das gar im sozialdemokratischen Kitzdorf. Diesmal soll es eine katholische Kirche werden. Wann wird die Kirchennoth, von der so wenig Leute etwas merken, ein Ende haben?

Eine große Spekulation auf die Dummheit wird von der Zeitung der Gewerbe-Ausstellung ins Werk gesetzt. Eine Lotterie mit nicht weniger als 4 Millionen Loosen und 80 000 Gewinnen soll nämlich veranstaltet werden.

Prälat Meipp, der Wasserapostel, hat am Montag unter großem Zulauf in den Konfordia-Sälen einen Vortrag über seine Heilmethode gehalten. Zum Schluß überreichte ihm jemand einen angeleglich goldenen Lorbeerkrans.

Aus den Kreisen der Arbeiter im Betriebe des Petroleumhändlers Herrn Joske, Raabit, wird uns geschrieben: In der in Nr. 37 veröffentlichten Zuschrift des Herrn Joske stimmt schon die Angabe nicht genau, daß der Lohn seiner Kutscher nur in seltenen Fällen 18 M. bis 20 M. betrage; es sind nur etwa 4 bis 5 Kutscher im Geschäft, die während dreier Wintermonate bis 30 M. erhalten. Auch hätte Herr Joske bemerken sollen, daß die Arbeitszeit nur im Sommer bis 3 oder 5 Uhr dauert; im Winter dagegen sind die Kutscher oft bis 9 Uhr abends beschäftigt. Noch schlimmer allerdings als die Kutscher sind die Burichen daran, die bei einem Wochenlohn von 7 bis 10 Mark zuweilen bis in die späten Abendstunden hinein beschäftigt werden, ohne daß sie die Ueberstunden bezahlt erhalten. Die Kutscher haben überdies noch häufig unter dem schlechten Kennenmaterial zu leiden, für deren Erfah die Firma besser sorgen sollte; ferner empfinden sie die Bestimmung als äußerst drückend, daß sie laut Kontrakt nach erfolgter Entlassung innerhalb eines Jahres nicht in ein Konkurrenzgeschäft eintreten dürfen, es sei denn, sie bezahlten 500 M. Konventionalstrafe. Wird ein Kutscher entlassen, so bleibt seine Kautionsanzahlung noch 14 Tage bis 6 Wochen im Geschäft; es sind Fälle vorgekommen, in denen die Arbeiter das Geld erst einlagern mußten. Auch ist zu bemerken, daß Herr Joske die Kautions mit keinem Pfennig verginst.

Die Bäckermeister werden rabiat. In einem hiesigen Lokalkblatt steht zu lesen: „Eine tief einschneidende Einrichtung beschließen die Bäckermeister einzuführen. Nachdem der Beschluß des Bundesraths betreffs der Arbeitszeit im Bäckerei- und Konditor-Gewerbe bekannt geworden ist, wollen die Bäckermeister den ihr aus dieser Arbeitszeitentziehung entstehenden Schaden dadurch gut zu machen suchen, daß sie von jetzt ab keine Zugabe mehr gewähren und auch für das Frühstück sich in ins Haus Bezahlung verlangen. In dieser Woche soll in einer noch anzuberaumenden Versammlung über diese zwei Punkte Beschluß gefaßt werden.“ Die Bäckermeister, die aus dem Häuschen gerathen sind, weil die Regierung endlich der bislang von ihnen betriebenen unmenschlichen Ausnützung ihrer Arbeiter einen Riegel vorschleibt, werden schon wieder zur Raison kommen.

Nächtliche Treppenbesuchung. Eine anerkennenswerthe Einrichtung hat ein Berliner Hausbesitzer getroffen. Während in seinem von etwa sechzig Mietern bewohnten Hause bis 10 Uhr abends Gasglühlicht brennt, sind Treppen und Flure von da an bis zum hellen Morgen mit Petroleum erleuchtet. Wenn alle Wirthe so lokal dächten, würde sich die Zahl der vielen Unglücksfälle, welche aus den dunklen Treppen namentlich während der Morgenstunden vorkommen, bald verringern.

Das ehemalige Schumann'sche Zirkusgebäude soll am 26. März versteigert werden.

Ein Mord und ein Selbstmord sind am Dienstag Morgen in einem hiesigen Krankenhaus verübt worden. Die 55 Jahre alte aus Westfalen stammende Krankenschwester Christine Detting, die schon 30 Jahre in der Anstalt thätig war, ist von dem dort seit 4 Jahren beschäftigten Wirtschaftsarbeiter Hermann Jähle, der aus Pommern gebürtig ist, erschlagen worden. Jähle hat sich dann erhängt. Die Schwester, der Jähle bezüglich seiner Arbeiten auf dem Wirtschaftslande des Krankenhauses unterstellt war, wollte früh die Kirche besuchen, hatte aber vorher noch einige Anordnungen in der Wirtschaft zu treffen und sich daher schon sehr früh auf den Hof begeben. Sie war dort schon um 5 Uhr, und zwar ganz allein, da die anderen Mädchen noch nicht erschienen waren. In einer Klemme legte sie, bevor sie an ihr Werk ging, Schürze und Jacke ab. Während das geschah, muß sie von Jähle überfallen worden sein. Wie Haare und Blut, die noch daran kleben, zeigen, hat dieser sie mit einem Eisenstüb über den Kopf geschlagen. Dann hat er sie, da sie noch nicht ganz todt gewesen zu sein scheint, durch einen Stall in seine Stube geschleppt, die neben dem Stalle liegt. Blutspuren bezeichnen diesen Weg. Erst in der Stube scheint der Mörder sein Werk ganz vollendet zu haben. Unmittelbar darauf muß er sich dann in der Stube erhängt haben. Die Bluthat wurde wenige Stunden später entdeckt. In der Kirche vernahmte man die Schwester Detting, und sobald der Gottesdienst beendet war, suchte man die Anstalt nach ihr ab. Dabei kam man gegen 7 1/2 Uhr auch an der Stube des Jähle vorbei und sah durch ein Fenster hinein. Man sah den Mann in seiner Stube hängen und ließ diese, da die Thür von innen verschlossen war, gewaltsam öffnen. Man fand das Verschwinden der Schwester eine schauerhafte Auffklärung. Vor dem Beite des erhängten Hausarbeiters lag ihre blutige Leiche auf dem Fußboden. Die Untersuchung ergab dann, was im Vorstehenden schon mitgeteilt worden ist. Der Aufklärung bedarf noch der Beweggrund zum Mord. Ein Nachsatz kann nicht vorliegen, da die ermordete Schwester ein sehr sanftmüthiges Wesen gehabt haben soll und keinen Feind hatte.

Die Eisenbahn-Arbeiter am Rangirbahnhof Tempelhof haben sich neuerdings über mancherlei Verhältnisse, deren Abhilfe ihrer Ansicht nach leicht möglich wäre, beklagt gefaßt. Sie beklagen es namentlich, daß eine Vergrößerung der Eisenbahndirektion, wonach jedem Arbeiter vierzehntägig 36 Stunden freie Zeit zufallen sollen, an diesem Bahnhofe nicht beachtet wird. Aus Sparmaßregeln hat man hier diese Arbeitspause auf nur 24 Stunden bemessen. Dies ist bereits höchst ungenügend; die 24stündige Pause wird den Leuten aber ganz besonders durch die intensive Ausnützung verflümmert, die dem Ruhetage vorausgeht. Die Arbeitsdauer regelt sich wie folgt. Nachdem die Arbeiter z. B. in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend von 6 bis 6 Uhr mit durchschnittlicher Unterbrechung von nur einer Stunde gearbeitet haben, treten sie den Heimweg an und sind in einer guten halben Stunde oder meistens noch später zu Hause.

Vermischtes.

Die Gesamtzahl der bei dem Hauseinsturz in Hamburg-Neuenbürg zu Tode gekommenen Arbeiter beträgt neun. Aber noch sind mehrere Schwerverletzte nicht außer Lebensgefahr. Es wird immer klarer, daß das entsetzliche Unglück nur durch die Leichtfertigkeit der Unternehmer verschuldet ist. Unglaublich ist es, so schreibt man uns aus Hamburg, wie man es wagen konnte, solch ein Riesengebäude von vier Stockwerken auf nur anderthalb Steine dicken Mauern aufzubauen, ohne dabei irgend welche starke eiserne Träger zu verwenden. Die Erbitterung in Hamburger Bauarbeiterkreisen ist groß und noch durch den Umstand vergrößert, daß die Gebrüder Rasmussen, die Unternehmer des Unglücksbaues, ihren an letzterem beschäftigt gewesenen Arbeitern am Sonnabend den verdienten Wochenlohn nicht ausgezahlt haben. Acht Familien haben den Ernährer verloren und sind nun infolge des Vorgehens der Unternehmer völlig mittellos. In anderen Familien ist der Ernährer schwer, lebensgefährlich verletzt und bedarf besonderer Pflege, aber die Bauunternehmer zahlen ihm noch nicht einmal den mit der Gesundheit erkauften Wochenlohn aus. Schon vor etwa 14 Tagen haben sich mehrere Arbeiter geweigert, weiter an dem jetzt eingestürzten Hause zu arbeiten, weil die Sache ihnen schon damals nicht geheuer vorkam; aber die Hungerpeitsche trieb sie wieder auf die Gerüste, bis sie in der Frohne des zehnmal geheiligten Kapitalismus unter Trümmern ihr Leben ließen. Uebrigens wirft der ganze Vorfall ein nettes Licht auf die Thätigkeit der Hamburger Baupolizei, die in diesen Tagen in Hamburg geradezu Spießruten laufen muß. Dies wird dem alten Schlandrian jedoch wenig Abbruch thun.

In Eisleben ist am Sonnabend früh infolge der Erdererschütterung der letzten Tage das Haus Grabenstr. 23 zum Theil eingestürzt. Die Bewohner desselben konnten sich glücklicherweise, da vor dem Einsturz eine heftige Erschütterung stattgefunden war, welche die Wände wankte, noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die Erbsätze in Eisleben haben sich übrigens in letzter Zeit so häufig wiederholt, daß eine ganze Anzahl bisher verschont gebliebener Gebäude durch die Entsetzungen arg in Mitleidenschaft gezogen worden sind und weitere Hauseinstürze erwartet werden.

Ueberschwemmungsnachrichten liegen auch heute aus dem südlichen Deutschland und aus Oesterreich leider in umfangreicher Fülle vor. Die wichtigsten Meldungen lauten: Neuenbürg, 9. März. Das ungeheure Hochwasser hat nun doch schon zwei Menschenleben gefordert. Der Klempner Pfau aus Wildbad wurde hier als Leiche angeschwemmt. Der hiesige Kupfer- und Schmiedemeister Schnepf wird vermisst; seine Kopfbedeckung wurde von dem Hochwasser der Enz auf einer Wiese bei Brödingen bei Pforzheim angeschwemmt. Die Enz führte eine Menge Holzstämme und Bretter der an dem Fluß gelegenen Sägewerke mit; die letzteren erleiden einen beträchtlichen Schaden, ebenso wurden die Wiesen und Aecker durch das Hochwasser arg verwüstet. — Bamberg, 9. März. Der Main ist bei Bischofberg von gestern auf heute um 2 Meter gestiegen. — Stuttgart, 9. März. Der heutige Frühtag von Jsm nach Leutkirch ist in der Nähe der Station Friesenhofen infolge der Unterspülung eines Brückenpfeilers theilweise eingestürzt. Ein Schaffner wurde getödtet. Die Passagiere blieben unverletzt. Das ganze Enthal von Wildbad bis Pforzheim und bis zur Mündung in den Neckar bei Bischofheim ist höher überschwemmt, als je seit dem Jahre 1848. — Infolge Hochwassers ist der Verkehr auf den württembergischen Bahnhöfen Kallmuth-Wildbad und Schiltach-Schramberg auf mehrere Tage eingestellt worden. Ebenso stockt der Verkehr auf den bairischen Strecken Gausach-Schiltach, Oberkirch-Oppeman, Durlingen-Waldkirch, Duggelstein-Gottenheim und Offenburg-Dinglingen. — Ulm, 10. März. Die Donau ist während der Nacht noch weiter gestiegen und hat eine Höhe von drei Metern über dem Niedrigwasserstand erreicht. Auch die Iller ist reichend angeschwollen, so daß sie den Kanalbau einer Spinnerei beim Dorfe Hg fortspalte und in der Nähe des Dorfes Au bei Illerfischen den Damm durchbrach. Ebenso wird aus Rempten ein weiteres Steigen der Iller gemeldet. — Wildbad, 9. März. Das Hochwasser stieg hier gegen Mitternacht denruhigend, daß alle Leute, die an der Enz wohnen, ansquartiert werden mußten. Die Anlagen sind zum Theil verwüstet. Verschiedene Brücken, darunter die vom Hotel Klump und vom Hotel zur Post sind weggerissen. Der Verkehr auf der Eisenbahn ist eingestellt, weil der Eisenbahndamm unterspült ist; der Bahnhof ist überschwemmt. Die Enz steigt immer noch. Der Schaden ist enorm. — In Freiburg sollen 18 Mann Militär und verschiedene Privatpersonen, ferner der Polizeihauptmann Sedner verunglückt sein. — Auch aus Oesterreich liegen zahlreiche Nachrichten vor, die das Hochwasser verurteilt hat. — Aus der ganzen Schweiz werden große Lawineneinstürze und Wasserfatastrophen gemeldet. Die Südseite der Gotthardbahn ist theilweise unterbrochen. Sämmtliche Bänder Alpenstraken sind unpassierbar. Flüelen ist total abgeperst. Am Wallensee fand ein Bergsturz statt, wobei ein Fabrikbesitzer und zwei Arbeiter getödtet wurden.

Rehungsbursche konnte nichts ermittelt werden. — Auch in Noabit ist gestern früh wieder ein Dachstuhlbrand vorgekommen. Um 1/11 Uhr wurde der 15. Zug nach der Waldstraße 64 gerufen, wo bereits die Bodenverschläge in hellen Flammen standen. Nach etwa einstündiger Thätigkeit galt die Gefahr als beseitigt. Die Entstehungsbursche konnte auch in diesem Falle nicht festgestellt werden, doch nimmt man böswillige Brandstiftung an. Der Schaden ist nicht unerheblich und nur theilweise durch Versicherung gedeckt.

Der Gastwirth Luhn, An den Kolonnaden 87, erfucht uns mitzutheilen, daß der Verkauf gestohlener Waaren, von dem wir gestern meldeten, sich nicht in seinem Lokal abgespielt habe.

Veranstaltungen.

Eine sehr gut besuchte Schuhmacher-Versammlung, die am 9. März bei Rieft, Weberstraße tagte, beschloß sich mit den Streiks in den hiesigen Schuhfabriken. In dem Streik befinden sich augenblicklich die Arbeiter der Fabriken von Bergschmidt und Lange, Brunnenstr. 10, Kallmann, Grüner Weg 117, Levy, Gollnowstr. 89 und Schliweg, Pönsen-Weg 34. Die Arbeiter der Mauff'schen Fabrik sind ebenfalls in Unterhandlungen eingetreten. Von allen Berichterstattern, die zunächst die gestellten Forderungen präzisirten, konnte konstatiert werden, daß von den in Frage kommenden Fabrikanten den Arbeitern Konzessionen gemacht worden sind. Allerdings nicht in dem Maße, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Festgestellt wurde hierbei, daß es sich im allgemeinen um Forderungen handelt, die bereits früher bewilligt, aber seitens der Fabrikanten nicht inne gehalten wurden. In der lang ausgedehnten Diskussion wurden die Zustände in den einzelnen Fabriken einer herben Kritik unterzogen und die traurigen Verhältnisse, die in dieser Branche herrschen, kritisiert. Rauer, Lange, Hildebrandt und fast alle anderen Redner wünschten, daß die Forderungen, die gestellt werden, gleichartige sein sollen, damit nicht, wie es so häufig der Fall ist, der Fabrikant die Einwendungen machen kann, in dieser oder jener Fabrik werden noch schlechtere Löhne gezahlt. Mit Unwillen nahm die Versammlung Kenntniß von den Lohnrückstellungen, die in fast ungläublicher Weise in den verschiedenen Fabriken vorgekommen sind. Zum Beispiel werden in der Fabrik von Schliweg für einen Artikel, wofür er früher 3,25 M. gab, augenblicklich 1,50 M. bezahlt. König geistelte in längeren Ausführungen das System der schwarzen Listen, die in den Schuhwaarenfabriken im besten Schwunge sind, und tritt warm für die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit ein. Auch Würzburg und Weber plädiren für Verkürzung der Arbeitszeit, um das Arbeitsloshver zu beseitigen und die Saison, die nur von kurzer Dauer ist, zu verlängern. Nachdem festgestellt worden ist, daß bei Maled, Landsbergerstraße, Arbeiten für Kallmann angefertigt werden, erklärten die dort Arbeitenden, das Nothwendige zu veranlassen, um Abhilfe zu schaffen. Von verschiedenen Rednern wurde verlangt, daß die Zuthaten in Zukunft von den Fabrikanten geliefert werden. Eine Abstimmung über die Resolutionen und Anträge, die eingelaufen waren, wurde nicht vorgenommen, sondern beschloffen, folgende Resolution von Willner auf die Tagesordnung der innerhalb drei Tagen einzuberufenden öffentlichen Schuhmacher-Versammlung zu setzen: „Die Versammlung beschließt: Wenn die Forderungen, welche jetzt bei den Ringsfabrikanten gestellt sind, nicht innerhalb 3 Tagen voll und ganz bewilligt werden, soll bei allen Ringsfabrikanten die Arbeit eingestellt und der Generalstreik für ganz Berlin proklamiert werden. Folgende Forderungen sind zu stellen: 1. Schaffung eines einheitlichen Lohns. 2. Neunstündige Arbeitszeit. 3. Anerkennung des Arbeitsnachweises.“ Bekannt gegeben wurde, daß in der mechanischen Schuhfabrik von E. Teschner der Streik zu gunsten der Arbeiter beigelegt worden ist und daß sich die Arbeiter der Mauff'schen Fabrik in Straußberg und die in der Filzschuhfabrik von Fuchs in Brandenburg a. N. im Streik befinden.

Eine zweite Schuhmacher-Versammlung wurde am gleichen Abend in Ebert's Klubhaus, Kommandantenstraße 72, abgehalten. Genosse Faber referirte hier über: „Die Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit“. Redner führte, gestützt auf die Statistik des Reichs-Versicherungsamtes, den Nachweis, daß jährlich eine ungeheure Zahl von Arbeitern durch Tod oder lebenslängliche Verkrüppelung der privatkapitalistischen Ausbeutung zum Opfer fallen. Die Berliner Gewerbe-Ausstellung liefere hierfür einen klaffenden Beweis. Der Vortrag wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen. — Hieran unterzogen mehrere Redner die Lohnverhältnisse und die lange Wartezeit in den Schuhgeschäften einer scharfen Kritik. Die Anwesenden wurden ermahnt, Fälle von besonderen Mißständen der Agitationskommission mitzutheilen. Damit ist die Tagesordnung erledigt und wurde die Versammlung geschlossen.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr: Geschäftliche Sitzung im Vereinslokal „Landmannen-Garten“, Kommandantenstr. 10-11. Tagesordnungen: Jedes Mitglied ist zu bringen erforderlich.

Musikverein Andania. Mittwoch, den 11. März, abends 9 Uhr, bei Fr. Krüger, Finkenstr. 4, Rebenstraße. „Kris- und Musikklub „Freiwillig Johana“. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Redner, Altonaerplatz 2.

Der Dienst beginnt, da Schichtwechsel ist, am selben Tage bereits wieder mittags 1 Uhr, sodas dann im höchsten Maße die Ruhepause am Sonnabend fünf Stunden währt. Von 1 Uhr mittags dauert die Arbeit darauf bis abends 8 Uhr und dann wieder vom Sonntag Morgen 6 Uhr bis zum Sonntag Abend um 6 Uhr. So geht es die Woche hindurch bis zum kommenden Sonnabend Mittag 1 Uhr. Dann ist wieder eine Woche Nachdienst, der am Sonnabend um 8 Uhr beginnt, und darauf erst kommt ein „freier Sonntag“, der von Morgens 6 Uhr bis zum nächsten Morgen 6 Uhr, also 24 Stunden währt. Diese Verkümmern der Sonntagsruhe bildet eine heisende Satire auf die Verfügung des Eisenbahn-Ministers v. Thielen, wonach die Arbeiter, damit sie nicht der Sozialdemokratie verfallen, Gelegenheit erhalten sollen, die Kirche zu besuchen. Uns will scheinen, daß es schon nicht mehr menschlich wäre, wenn man, die Krüftung des Arbeiters zum Kirchenbesuch überhaupt vorausgesetzt, im Ernst von ihm verlangen wollte, um halb zehn Uhr das Gesangbuch unter den Arm zu nehmen, nachdem er nach zwölfstündiger Arbeitsdauer müde und abgebeht morgens 7 Uhr nach Hause gekommen ist. Erwähnung verdient auch, daß die Arbeiter bei dem bekanntlich Tagelohn 2 M. 80 Pf. bis 3 M. 10 Pf. schwankenden Tagelohn auch während des Dienstes bis auf äußerste angepannt werden. Auf dem Rangirbahnhof sind etwa 75 bis 80 Arbeiter und Unterbeamte thätig; diesen liegt die Aufgabe ob, die 88 Züge mit etwa 5000 bis 6000 Wägen, die täglich dort verkehren, zu bewältigen. Der großen Ausnutzung schreiben die Arbeiter wohl auch mit recht die verhältnismäßig vielen Betriebsunfälle zu, die auf dem Rangirbahnhofs Tempelhof sich ereignen.

In der Verhaftung der Göhring'schen Eheleute in Nixdorf, über welche wir gestern berichteten, wird uns folgendes Mitgeteilt: Die Göhring'schen Eheleute hatten früher in Nixdorf eine Stickerie, in welcher sie viele Arbeiterinnen beschäftigten, die sie in der Regel um den fauer verdienten Lohn prellten. In gleicher Weise schädigten sie zahlreiche Gewerbetreibende, von denen sie alles auf Pump nahmen, das Bezahlen dann verweigerten und die mahnenden Gläubiger wegen Hausfriedensbruchs denutzigten. Wegen dieser Vergrüßerungen wurden beide Eheleute, wie der „Vorwärts“ f. Z. berichtet hat, zu empfindlichen Freiheitsstrafen verurtheilt. Zum Eintritt derselben hatte sich das Ehepaar jedoch nicht gestellt und daher ist am Sonnabend dessen Verhaftung erfolgt. Charakteristisch für Göhring ist auch die Art und Weise, wie er sich die Mittel für die Verteidigung, welche der durchgebrannte Fritz Friedmann führte, zu verschaffen wußte. Nachdem Göhring vollständig in Vermögensverfall gerathen, hatte ihn der Administrator Lange aus Nixdorf in Stellung genommen und zahlte ihm ein auskömmliches Gehalt. Aus Dankbarkeit unterschlug Göhring seinem Arbeitgeber beträchtliche Summen, die er als Rente eingezogen hatte und bezahlte mit einem Theil dieses unterschlagenen Geldes seinen Verteidiger. Wegen dieser Unterschlagungen wird Göhring sich noch später vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Die Verhaftung der drei Bankdirektoren bildet in Charlottenburg noch immer das Tagesgespräch. Den Aufsichtsrath bildeten die Kaufleute Ehrendorf und Seyffert aus Berlin, der Architekt Thiele und der Kaufmann Weber aus Charlottenburg. Diese haben die Bank mitgegründet und augenscheinlich die Absicht gehabt, später als Aufsichtsrathmitglieder einen Gewinn daraus zu ziehen. In den Sitzungen hatten sie nämlich vorgegeben, daß dem Aufsichtsrathe eine Remuneration gewährt werden könne, sobald die Fonds dazu vorhanden seien. Ihrer Vergangenheit nach sind diese Herren für die Posten von Aufsichtsrathmitgliedern nicht weniger als geeignet. Den Namen der Gründung „Kredit- und Sparbank“ hat man wohl nicht ohne Absicht gewählt. Eine Kreditbank bestand in Charlottenburg schon lange und entspricht dem Bedürfnis in bürgerlichen Kreisen vollaus.

Zwei „Edeleute“. In einem Schanklokal auf dem Gesundbrunnen sah gestern ein Herr, der das Bedürfnis fühlte, einem dort dienstlich eintretenden Polizeiwachmeister den Nachweis oblicher Abstammung zu führen. Dieses andringliche Benehmen veranlaßte einen zufällig anwesenden leidhaftigen Baron zu scharfem Tadel, aber auch so unqualifizierbaren Ausdrücken, daß die beiden „Edeleute“ sich gegenseitig mit Stuhlbeinen und Biergläsern drohten. Schließlich mußte der Baron das Lokal verlassen. Der seltsame „Bayer Karl“ hätte an diesen beiden würdigen Partnern seine helle Freude gehabt.

Ein umfangreicher Dachstuhlbrand in der Markstraße konnte in der Nacht zum Dienstag nur durch die Heranziehung größerer Kräfte gelöscht werden. Um 9 Uhr erfolgte die Meldung von einem Bodenbrand Markstr. 50, Ecke Wallertheaterstraße. Bei Anbruch der ersten Kompanie stand der Dachstuhl schon in größerer Ausdehnung in Flammen. Sofort wurden noch zwei Dampfhydranten und die große mechanische Leiter vom Spittelmarkt nachgeholt, um von mehreren Seiten angreifen zu können. Vom Hofe aus wurde ein Leitergang errichtet und auf diese Weise erfolgreich vorgegangen. Nach mehrstündiger Arbeit war die Gefahr für das Gebäude sowohl als auch für die Nachbargrundstücke beseitigt. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Ueber die Ent-

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Fuher **Wilhelm Steinacker** im 58. Lebensjahre heute Nacht, den 9. März, nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 13. d. Mts., vom Trauerhause, Nixdorf, Pönsenstr. 74, aus statt. 2066 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Für die vielfachen Beweise der Theilnahme bei dem Begräbniß ihres unvergeßlichen Sohnes und Bruders **Waldemar Seydell**, sagt allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank 2066 Familie Seydell.

Kränze, Schleifen und Blumen empfehle mich den Genossen pünktlich und sauber zu liefern. 45192 Julius Springwald, Gärtner, O., 68. Blumenstr. 68.

Kränze, Schleifen, Girlanden, Blumen empfiehlt den Parteigenossen **A. Nitzsch, Gärtner, NO., Friedenstr. 68.** 44818

Kränze, Girlanden empfiehlt 44968 **F. Jacobitz, Koppenstr. 46.**

Aug. Krause, 80. Wienerstr. 13. Blumen-Geschäft Vereinskränze m. Kranzbinderei. Widmung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

1000 (Modell) Damen!
Gelegenheitskauf Saison-Neuheiten, Frühjahr-Jadets 5-12, (mit Seide gefüttert 12-18 M.)
Hochelegante Röder, Regenmäntel mit abnehm. Cape 8-20,00, Kragen, Capes in Wolle, Seide, Sammet 2,50-20,00, elegante Kindermäntel 9-10,00. P*
Gelegenheitskauf im Engros- Geschäft Landsbergerstr. 59 1 Tr. am Alex.-Platz

Hackescher Markt 4, **J. Brünn**, Am Stadtbahnhof „Börse“
Ecke Neue Promenade

Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Wegen Liquidation
des hiesigen Lagers der Export-Compagnie für deutschen Cognac verkaufe ich die Vorräthe zu erheblich ermäßig. Preisen und mache besonders auf die vorzähl. abgel. Cognacs in mittleren und besseren Marken aufmerksam. 43798
à M. 1,40, 1,60, 1,80, 2,00, 2,25 per Liter oder 1/1 El.
Siegfr. Zickel, Berlin SO., Bräudenstr. 10a.

Helfer's Oranienstr. 51, am Koritzplatz.
Oranien-Hallen.
Säle für Hochzeiten, Versammlungen, Festlichkeiten.
Sonnabend, den 14. März noch froh.

Bur Frühjahrsfaison
verkaufe ich meine Schuhwaaren nach wie vor zu den bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen und zwar:
Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten, nur bekannt gute Qualität M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.
Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.
Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung, von M. 2,50 an.
Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von **Einssegnungstiefeln** zu aussergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam. Verandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.
Illustrirte Preislisten gratis und franko.
S. Selbiger, Schuhfabrik, Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstraße.

„Victoria“ bester Stiefelzieher der Welt mit Gummieinlage in der Kappe. Kein Gleiten oder Beschädigen der Stiefelkappe mehr.
Preis 2 Mark, pr. Post franko 2,50 Mark.
R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin SW., Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstraße.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M. wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Herabdösen bei Bestellung umsonst.
Gustel, Postfach 2, Elbasserstr. 12.

Jeder spart viel Geld, wenn er selbst aus den Sorten die Weise nicht scheut, seinen Bedarf in **Rosen** aus Leder, Zwirn und Stoff direkt aus der Fabrik **Gormannstr. 2, 1 Tr.** (Ecke Weinmeister- u. Rosenthalerstr. zu beziehen. 44778

Warne hiermit jeden, meiner Frau Anna, geb. Knappe, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 2026
C. Maude, Dieffenbacherstr. 70.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 11. März. Opernhaus, Händel und Ortel. Laurin. Schauspielhaus, Besondere Umstände halber. Die Höllebrücke. Deutsches Theater, Liebele. Vorher: Der zerbrochene Krug. Festung-Theater, Komtesse Guderl. Berliner Theater, König Heinrich. Neues Theater, Winterschlaf. Residenz-Theater, Hotel zum Freihaus. Friedrich-Wilhelmstäd. Theater, Der Hungerleider. Schiller-Theater, Der Graf von Hammerstein. Theater Unter den Linden, Die Chansonnette, Columbia. Adolph Ernst-Theater, Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Central-Theater, Eine tolle Nacht. Belle-Alliance-Theater, Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Alexanderplatz-Theater, Die kleinen Lämmer. Vorher: Pitts. National-Theater, Maria Stuart. American-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Graf v. Hammerstein. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ohne Geläut.

National-Theater. Große Frankfurterstraße 132. Direction: Max Samst. Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Gastspiel des Hrn. Jda Weiss vom Stadttheater zu Frankfurt: **Maria Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Regie: Max Samst. Morgen: Reau.

Central-Theater. Alte Jakobstr. 30. Sonntag, den 8. März 1896: Emil Thomas als Gast. Zum 186. Male: **Eine tolle Nacht.** Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern, von Jul. Freund und Willh. Mannsdorf. Musik von Jul. Einödshofer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Parodie-Theater. Oranienstrasse No. 52 am Moritzplatz. Dienstag, den 10. März: 1. **König Heinrich.** Wildromant. Schauspiel von Ernst v. Sauffenbruch. 2. **Gräfin Ise,** Was wilsse oder der Trompeter von Bisse. Nach Dr. Frh. Friedmann's Kriminalroman. 3. **Zscheus,** das Waldmädchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Gegründet 1845. Gegründet 1845. **Circus Renz** Karlstrasse. Mittwoch den 11. März 1896, Anfang präzis abends 7 1/2 Uhr: **Novität! Novität! Lustige Blätter!** Eigens vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballetmeister August Siems für Berlin komponiert, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung, inszenierte Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Divertissements **Weltstadtbilder!** Aus dem equestrierten Theil des Programms sind hervorzuhellen: Der offiz. Hengst Blondel (Orig.-Dressur). Dierauf: Monstro-Tableau v. 70 d. edelst. Freizeitspferde, dress. u. vorgef. v. Frau Robert Renz. Der anerkannt beste Schulkreit. d. Welt Hr. James Pills mit seinem Vollblutpferde **Geminal.** Auftreten der Schulkreiterin Fr. Wally Renz mit dem Schulpferde Cromwell und dem Steiger Alep. Morgen, Donnerstag und folgende Tage: **Novität! Lustige Blätter!** **Fr. Renz,** Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Adolph Ernst-Theater. **Charley's Tante.** Schwan in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Vorher: **Die Bajazzi.** Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater. Letzte Woche. Zum 144. Male: **Die kleinen Lämmer.** Vorher: **Pitts.** Operette von Löwenfeld. Donnerstag, den 12. März: Benefiz für **Carl Swoboda.** 3. 145. Male: Die kleinen Lämmer. Vorher: Zum 85. Male: Pitts.

Feen-Palast Direction: Winkler & Gröbel. Das kolossale März-Programm Tanisan, die Königin der Luft. Hleso & Nogat, Wintatur-Ringer. Borsini-Trio, Akrobaten auf der Kugel. **Jackley's Affenspiele.** Urkomische Original-Pantomime. Michaelenko-Familie. Jo Engstra. Silvanowic's-Truppe. Charles Fox. Gebr. Görs. Toni Waldburg. Gebr. Cornells. 45568* Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. **Entree 30 Pf.**

Alcazar. Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage). **Neu! Neu!** Familie Schenk — (5 Personen). Truppe Marvelli — (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — Alois — Geschw. Stazky — (sch. Orig.-Jug.-Duett). **Neu! Neu!** Schnapphahn, Finko u. Sokraube! Posse in 1 Akt v. M. Anno. **Entree.** Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U. Sonntag 30 Pf., Anf. 6 1/2 U. R. Winkler.

Eden-Theater. **Welt-Restaurant** 97. Dresdenstr. 97. Im vorderen Saal täglich: **Weltberühmte Tyroler-Sänger-Gesellschaft Almenrausch u. Edelweiss.** Direction: Alois Ebner. **Entree vollständig frei!** Im Theater-Saal: **Sensationelles März-Programm! Bestes Ensemble Berlins! Auftreten sämtlicher neu engagierter Spezialitäten. Nur hochkomische Nummern! Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.**

Neuer Circus. **Circus Busch (Bahnhof Börsen).** Mittwoch 11. März, abends 7 1/2 Uhr: **Gr. brillante Vorstellung** **Sensationeller Erfolg!** **Die Jagd nach d. Glück.** Nach d. 4. Akt: **Lebende Bilder,** gest. v. d. Allians-Truppe (Dir. J. Borella). Letzte Neuheit v. Paris, London und New-York. Außerdem: Dir. Busch mit d. besidress. Freizeitspferden. Alligator, ostpreuss. Hengst dress. u. geritten von Herrn Footitt-Borghardt. **Newsky-Malorosiesky.** Gr. Schulquadrille, geritten von 6 Damen und 6 Herren. **The Radolfs,** die besten Reiterturner der Welt. **Phantastische Spiele,** ausgeführt von Hr. Patty. Auftreten der beliebtesten Klowns. **Donnerstag: Die Jagd nach dem Glück.**

Moabiter Stadttheater Alt-Moabit 48. **Frste, Mittwoch:** **Stettiner Sänger** (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader) **Großes humoristisches Musik-Programm.** Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (J. Platate). **Donnerstag: Concerthaus Sanssouci.** Cavalleria schufficiana.

Urania Anstalt für volksthümliche Naturkunde. **Am Landes-Ausstellungspark** (Lehrter Bahnhof). **Geöffnet von 5-10 Uhr.** Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum. Letzte Woche! **Affentheater und Circus.** Ohne Extra-Entree. Soldaten und Kinder 25 Pf.

Castan's Panopticum. Neu!! Neu!! Neu!! Die **3** getigerten **Grazien!!** aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

I. Rennen in Carlshorst Jeden Abend das urkomische **Burzelbaum-Joddy-Rennen Kaufmann's Variété-Theater** Königstraße, Colonnaden. Das neue Programm hat geiacht. **Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen** von Stephanie & Behrens. **Hokus, Pokus** von Joe Marro. **Charley's Tante** v. Max Menzel. **Das Unikum Schindler.** 1000 Köpfe hat Räuschle.

Apollo-Theater Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück. **Neu! Sensationell! Neu!** **Servais Le Roy** die räthselhafte Illusion. **Eugenie Fougere** die unerreichte franz. Excentrique. **Fritzi Ferry** die pikante Wiener Soubrette. **Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.** **A. Neufeld, Brichenbergerstr. 10.** Vereinszimmer zu vergeben. 28816*

Nieff's Festsäle 17, Weberstrasse 17. Der 21., 28. und 29. März (Palmsonntag) ist zu vergeben. Bedingungen billig. 44618* **B. Nieff.**

Haushalten und sparsam sein ist eine der geschätztesten Eigenschaften der klugen Hausfrau. Wer in billiger und bequemer Weise die Garde-robe der gesammten Familie in Ordnung halten will, laufe **Oval-Fleckenwasser.** **Oval-Fleckenwasser** ist das im Gebrauch und in der Verwendung billigste und bequemste Flecken-Reinigungsmittel. Alle Welt weiß es. Wenig dagegen hinterläßt Kländer, riecht unangenehm und ist feuergefährlich. Preis 30, 50 und 90 Pf. Erhältlich in Droguenhandlungen.

Möbelgelegenheitskauf! Sehr wichtig für Brautleute. Reelle gute Arbeit, sehr billig. Spinden, Vertikow 55 M., franzöf. Tischelbetten kpl. 45 M., Säulenturneure 65 M., Spiegelspind, kompl. Bettstelle 30 M., Mod. Muschel-Rücheneinrichtung 50 M., Sopha 36 M. Bilder zur Einrichtung gratis. Dresdenstr. 83, I, Berlin.

M. J. Hahlo, Patentanwalt, Berlin NW., Karlstrasse 8. **Patentnachsichtung und Verwerthung.** [45068*] **Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.** Erste Referenzen im In- u. Auslande.

15 Schlafsophas zum Selbstkostenpreis zu verkaufen wegen Aufgabe des Lagerraums. Reelle Arbeit, mehrjährige Garantie. **Heinrich Kahlen, Tapezierer,** 65, Jerusalemstr. 65.

Milchkübel, Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen **Jordan,** Kleine Markus-Strasse Nr. 28.

Herren-Hüte 65 Pf. Confirmanden u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das **Fabrik-Komptoir Barnimstr. 45, Müllerstr. 12c.**

66. Resterhandlung. 66 billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoff, sowie zu Mänteln, Jaquets, Blüsch, Atlas, Seide. [42508*] Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66.** Teleph. Amt IV. 1597.

Loh-Tannin-Bäder auch für Kranken-Kassen **Ausbacherstr. 19, Wallstr. 70, Neu Kölln a. W. 6-8, und Pankstr. 32, Berlin, von G. Münsel.** Sicherste Heilung bei **Rheumatismus,** Gicht, Ischias, alle Haut-, Blut- und Frauenkrankheiten, veraltete Geschlechts-, Folgen d. Quecksilberkur, Magen-, Nerven-, Nieren- u. Blasenleiden. 45491* **Täglich für Damen und Herren bis abends 10 Uhr.** Inhaber dieser Annonce das erste Bad 1 M.

Möbel-Gelegenheitskauf Zum Anzug **Oranien-Strasse 73, Hof 1.,** günstigste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem 6 Stagen großen Möbelspeicher, alles hell und überflüssig, fein haben, sollen sofort ca. 200 neue ganze Wohnungs-Einrichtungen von 100-1000 Mark und darüber verkauft werden. **Spezial empfehle ich die großen Vorzüge** vertrieben gewesener zum Theil sehr wenig benutzter Möbel für jeden annehmbaren Preis. **Teilzahlung gestattet.** **Kleiderstich,** Sopha 18 Mark, Kommode, Rückenstich, Tisch, 12 Mark, Stühle 8 Mark, Bettstellen mit Federmatratze und Kellissen 18 Mark, elegante Aufbaum-Kleiderstiche und Wäsche-Spindel 30 Mark, Wäsche-Spindel 40 Mark, Säulen-Kleiderstich und Vertikow, hoch-elegant 46 Mark, Truemeubel mit Stufe 68 Mark, Nähmaschinen 60 und 100 Mark, Wand-garnituren, Paneele 80 Mark, Musik-garnituren, Chateaugarde, Schloßsopha, Schreibtische, Konfektische, Buffets, Schreibe-tische, Tische, Spiegel etc., alles raumend billig, sowie fertig dekorirte Salons, Speise- und Schlaf-zimmer. **Besichtigung erbeten ohne Kaufzwang.** **Bestellte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern** und eigene Gespanns werden durch transportirt und aufgestellt. 4233 L*

Herrenhüte 75 Pf. 44508* **Musterfächer, vollständig fehlerfrei,** feinere Qualitäten, giebt ab zu enorm billigen Preisen, die Fabrik im Komptoir **Chaussee 59, 1 Tr.,** an der Norddeutschen Brauerei.

Kinderwagen, großart. Auswahl, Anerkennungen, Musterbuch gratis und franco. **Teilzahlung gestattet.** **Max Brinner, Jerusalemstr. 42 und Brunnstr. 6.**

Sophaplüsch = Reste = in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Frise und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, **spottbillig! Muster franco!** **Abgepaßte Sattelstapfen** sehr hochlegante billig. **Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstr. 158**

Große Betten 12 M. (Vorher, unterd. zwei Akten) mit gezeigten neuen Federn bei **Gustav Knigge, Berlin S., Oranienstr. 46.** Preisliste kostenfrei. **Diese Kuchentunungs-fabrik.**

Zähne v. 2 M. ev. Theilz. Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145. **Unfallfächer,** Klagen, Eingaben, Puhger, Steglitzerstr. 65. **Möbel** billig. **Oranien-Gebäude** am Küstriner Platz.

Portièren = Restbestände = 2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark. **Probe-Chals** bei näherer Angabe franco zu Diensten. **Pracht-Katalog** mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr. **Teppich-Fabrik Emil Lefevre,** Berlin S., Oranienstrasse 158.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren sowie ganze Anstattungen empfiehlt **H. Strelow, Tischlermstr. Rixdorf,** Richardstr. 116, am Denkmal.

Teilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maß **Temporowski, Schneidermeister** Berlin C., Jüdenstr. 37, 1 Tr. **Emailirte Milchkübel,** Kannen und Gemäß fertig 44829* **Orto Lindner, Gartenstr. 158.**

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Total.** Vereinszimmer für 30 Pers. Für gute Speisen u. Getränke ist gesorgt. 2056 **G. Glaue, Krausenstr. 18.**

Möbel und Polsterwaaren, billig, Dresdenstr. 49, I.

M. Materialgeschäft mit Schnaps-kongelion, event. n. Stehbierhalle, Fachkenntniß w. ertheilt, verkauft N. Prinz Eugenstr. 21. 26826*

Butter-Geschäft, Fleischwaaren Umfänglich halber veräußlich. Näheres **Thielke, Schwedterstr. 226.** 1985

Mühlenstr. Nr. 8, nahe Oberbaum, sind sehr billige Wohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermieten. **Schönhaufer Allee 150** Nr. 23. Stb. u. Rd., Garten, 1 St., 1 Stb. möbl. u. b. Hirtel, 3 Tr. 2741b **Frankfurter Allee 16/16a** an Ringbahnhof: Vorderwohnungen, 2-4 Zimmer, Bad etc., hinter- u. Wohnungen, 1 und 2 Stuben etc. äußerst billig. Elegante Stallungen u. Remisen, große Lager Keller. 935

Achtung! **Stadthagen's Arbeiterrecht** in Brachband gebunden 3,50 M. liefert gegen Baar- oder Teilzahlung **Ludwig's Buchhandlung,** 45386 **Grimmstr. 37.**

Arbeitsmarkt. **Rohrdecken-Arbeiter** suchen bei dauernder Beschäftigung **B. Neuländer & Co., Schliemannstr. 8.**

Schneiderin empfiehlt sich 1905 **Helene Ebert, Ranninstr. 62.** **Goldleiten.** Tücht. Grundr., der selbst Eisen m. L., [of. gef. v. Ost. Seppmann, Königs-Musterhausen

Ein tücht. Farbigmacher w. verlangt **Mantelstr. 109.** 2045

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt **J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.** 1276

Karton-Arbeiterinnen und Lehrmädchen verl. Eisenhüt., **Seuthstr. 5.** **Kinder mädchen und Mädchen** für Alles finden sof. Stellung ohne Anzahl. im Komptoir **Stalitzerstr. 13 I. r.** [38/18

Tüchtige selbändige Kunstschlosser u. Schmiede verlangt sofort 1835 **Ed. Puls, Tempelhofstr. 10.**

Schloßer, Maschinenbauer, der auf Milchentrüngen gearbeitet hat, verl. **Jordan, Al. Markussstr. 28.** **Verzinner,** der nachweisl. m. d. Praxis vertraut ist, verl. **Jordan, Al. Markussstr. 28.** **Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma L. Hirschweh, Landsbergerstrasse 21 bei.**

Abgeordnetenhaus.

Abend-Sitzung vom 9. März, 8 Uhr.

Die Beratung des Kultusetats wird bei dem Titel „Dauernde Beihilfen an unermöglichte Schulverbände für Schulunterhaltung, Errichtung neuer Schulstellen und Schulbauten“ fortgesetzt. — Die Budgetkommission beantragt hierzu eine Resolution, wonach die Regierung aufgefordert wird, bestimmte Grundsätze für die Verteilung dieses Fonds, ferner für die Bewilligung von Beihilfen aus diesem Fonds durch die Regierungsbüro, und endlich für die Anbahnung der Selbstverwaltungskörper vor der Bewilligung von Beihilfen in Gemäßheit jener Grundsätze, zu erlassen.

Hierzu liegt vor ein Antrag v. d. Aht (Z.): hat „Selbstverwaltungskörper“ zu sagen „Kreisausschüsse“ und alljährlich Rechenschaft über die gezahlten Beihilfen zu veröffentlichen. Ferner ein Antrag v. Jedlich (st.), welcher die gesetzliche Neuordnung der staatlichen Schulverwaltung in der Provinzialinstanz wünscht und zwar unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper und unter Dezentralisation an die Kreise.

Minister Vosse ist mit dem Grundgedanken der Anträge einverstanden.

Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die Abg. Bartels (L.), Freier v. Jedlich (st.), Wodellberg (L.), Graf Strachwitz (Z.), Sobrecht (natl.), Hansen (st.), Graf Limburg-Sturum (L.), v. Tiedemann-Lobichow (st.), Dr. Forst (Z.), v. Tiedemann-Bomst (st.) und Richter (st. Bg.) beteiligen, wird der Antrag der Budget-Kommission mit den Anträgen des Zentrums (v. d. Aht und Genossen) angenommen, womit der Antrag v. Jedlich (st.) als abgelehnt gilt.

Weiterberatung morgen 11 Uhr.
Schluß 11 Uhr nachts.

29. Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.

Am Ministerische Kultusminister Dr. Vosse und Kommissarien.

Die Debatte über den Abschnitt „Elementarschulwesen“ wird bei dem Titel „Dienstalterszulagen für Volksschullehrer und Lehrerinnen“ fortgesetzt.

Hierzu liegt ein Antrag v. Strombeck (Z.) vor: Für die Bemessung der Dienstalterszulagen kommt auch diejenige Zeit in Anrechnung, während welcher ein Lehrer oder eine Lehrerin an einer staatlich genehmigten, konfessionellen Privatschule, an Orten, wo eine öffentliche Schule der betreffenden Konfession nicht besteht, sich im Dienste befunden hat.

Die Regierungskommissarien Kügler und Germer haben um Ablehnung, da die Tragweite des Antrages unübersehbar sei. Der Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen.

Der Rest des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen“ wird debattelos genehmigt.

Es folgt das Kapitel „Kunst und Wissenschaft.“

Abg. Dr. Deumer (natl.) wünscht, daß der Minister die Lotterien der Kunst dienlich mache, indem er zum Ausspielen von Kunstobjekten die Genehmigung der Behörden erwirkt. Das werde den Kunstsinne im Volke fördern.

Minister Dr. Vosse: Bei der Verwendung von Kunstgegenständen zu Lotterien bin ich oft heftigem Widerstande begegnet.

Abg. v. Dziembowski (st.) befragt die Vernachlässigung der Provinz Posen in künstlerischer Beziehung.

Minister Dr. Vosse versichert, daß er der Sache das größte Interesse entgegenbringe, namentlich auch dem Projekt eines Provinzialmuseums sympathisch gegenüberstehe.

Abg. Permes (st. Bg.) wünscht Verbesserungen und Vergrößerungen der biologischen Station auf Helgoland und Besserstellung ihrer Beamten.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Schmidt anerkennt die Notwendigkeit der gewünschten Verbesserungen und sagt mögliche Unterstützung zu; die Erweiterung der Anstalt stößt auf räumliche Schwierigkeiten.

Abg. Dr. Kropatschek (L.) bittet um mögliche Förderung des Rehbilderverfahrens.

Minister Vosse ist hierzu bereit, muß aber abwarten, welche Mittel der Finanzminister zur Verfügung stellen wird.

Abg. Deumer (natl.) bedauert (bei dem Kapitel „Technische Unterrichtswesen“), daß man der technischen Hochschule zu Raaben ein maschinentechnisches Laboratorium vorenthalten hat, obwohl ein solches und ebenso eine Bibliothek dort unentbehrlich ist.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Wehrenpennig: Der Bau der Anstalt soll erst vollendet werden, bevor das Maschinen-Laboratorium in Angriff genommen wird. Für die Bibliothek ist allerdings ein Betrag von 25 000 M. gewendet; allein der Bau erfordert 135 000 M., für welche zur Zeit keine Deckung vorhanden ist.

Abg. Wallbrecht (natl.) klagt über Mängel an der technischen Hochschule zu Hannover, namentlich im Maschinenlaboratorium.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Wehrenpennig: Die Hochschule ist besonders für thermo-dynamische Versuche eingerichtet, doch sollen die vorhandenen Mängel abgestellt werden.

Bei dem Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam“ liegt von dem Abg. v. Strombeck (Z.) zu dem Titel „Zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen“ der aus früheren Jahren bekannte Antrag zu Gunsten der katholischen Missions-pfarren vor. Der Antragsteller hat denselben in anderer Form eingebracht, um dem Einwande der Inparität zu begegnen. Nach der neuen Fassung soll der Fonds auch den anerkannten evangelischen und katholischen Pfarren in den Diaspora-Gemeinden zu gute kommen.

Minister Vosse hält den Antrag auch in dieser Form unannehmbar; er habe nach seinem Wortlaute gar keine praktische Bedeutung.

Abg. Graf Strachwitz (Z.) hält den Antrag in der zuerst eingebrachten Form für gerechtfertigt und annehmbar.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Schwarzkopf: Eine Gehalts-erhöhung für katholische Geistliche kann nur stattfinden bei gleichzeitiger Erhöhung der Gehälter für evangelische Geistliche.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag Strombeck.

Abg. Dasbach (Z.) tritt für den Antrag ein.
Der Antrag Strombeck wird abgelehnt.
Der Rest des Kapitels wird ohne wesentliche Debatte erledigt.
Morgen 11 Uhr: Weiterberatung, beginnend mit Kapitel Medizinalwesen. (Schluß 4 Uhr.)

Zum Gewerkschaftskongreß

veröffentlicht die Generalkommission im „Correspondenzblatt“ folgende Anträge:

Zur Tagesordnung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Karlsruhe): Auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Die Feiern des 1. Mai.“

Vorstand der Vereinigung aller in der Schmieberei beschäftigten Personen: Auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen: „Die Sozial- und Vereinsgesetzgebung.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Kopenhagen): Der Kongreß wolle Mittel- und Wege beraten, welche eine Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes zur Folge haben, damit die ungeheuren Verwaltungskosten erniedrigt und die Unfallrenten erhöht werden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Höchst a. M.): Auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Das Schwivsystem in der Holzindustrie.“

Generalkommission: Auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Die Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie.“

Vorstand des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen: Auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Die Agitation unter den Arbeiterinnen“, ferner: „Die Hausindustrie, Schwivsystem und die Bestrebungen der Arbeiter für Einführung von Betriebswerkstätten.“

Punkt 2 der Tages-Ordnung.

Anträge auf Aenderung resp. Ergänzung der auf dem ersten Gewerkschaftskongreß angenommenen Resolution.

Metallarbeiter Dresdens:

„In Erwägung daß die pekuniären Verhältnisse der Gewerkschaften Deutschlands eine Unterhaltung des kostspieligen Verwaltungsapparates der Generalkommission nicht gestatten;

in weiterer Erwägung, daß die Generalkommission die ihr gestellten Aufgaben teilweise nicht erfüllen kann;

in endlicher Erwägung, daß die Generalkommission infolge ihrer bürokratischen Organisation für die freie Entwicklung der Gewerkschaften hinderlich ist,

beschließt der Kongreß:

1. die Generalkommission ist aufgehoben und ihre Thätigkeit für beendet erklärt;

2. an ihre Stelle wird ein Korrespondent für Deutschland gewählt, dessen Aufgabe die Pflege internationaler Beziehungen und die Leitung einer intensiven Agitation in den gewerkschaftlich rüchständigen Theilen Deutschlands ist;

3. denselben wird zur Kontrolle eine von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern seines Wohnortes gewählte Kommission beigegeben;

4. die entfallenden Kosten sind von den Gewerkschaften Deutschlands prozentual zu tragen;

5. als Publikationsorgan ist irgend ein Gewerkschaftsorgan zu bestimmen;

6. sämtliche Gewerkschaftsorgane sind verpflichtet, die Publikationen abzufragen.“

Vereinigte Gewerkschaften Stuttgarts (Sitzung vom 29. Mai 1895):

„In Erwägung, daß das vereinigte Unternehmertum fortgesetzt besteht, gestützt auf seine wirtschaftliche Stärke und mit Hilfe der Macht der Koalition der Eigenthümer der Arbeiter durch strupulöse Ausbeutung und Rechtslosmachung immer mehr herabzudrücken und in slavischer Abhängigkeit und Unmündigkeit zu erhalten, welchem Streben die Arbeiterklasse im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Möglichkeit einer endlichen Befreiung von dem Joch der Kapitalherrschaft ihre eigene Macht stets kampfbereit gegenüber stellen muß;

in weiterer Erwägung, daß die Macht der Arbeiterklasse nur allein in ihrer Organisation beruht, daß es aber trotzdem auch den einzelnen Berufsorganisationen oft nicht möglich ist, ihre Aufgabe allein zu erfüllen, größere Kämpfe mit dem Unternehmertum allein durchzuführen und den Ansturm aller reaktionären Gewalten dauernd zu trogen, und das in diesen Fällen die Unterstützung aller übrigen Organisationen notwendig wird, diese Unterstützung aber nur dann in genügender Weise erfolgen kann, wenn eine zweckmäßige, wohlgeleitete Vereinigung sämtlicher Gewerkschaften vorhanden ist,

erklärt die heutige Sitzung der Stuttgarter Gewerkschaftskommission eine dauernde Vereinigung aller Gewerkschaften Deutschlands — wie dieselbe bisher durch die Generalkommission repräsentirt wurde — für dringend notwendig.“

Die Generalkommission empfiehlt dem nächsten Gewerkschaftskongreß, die Vereinigung der Gewerkschaften auf folgender Basis zu beschließen:

1. Die Gewerkschaften Deutschlands treten zu einem Gewerkschaftsbund zusammen.

2. Zugelassen sind sämtliche Zentralorganisationen, sowie Lokalorganisationen solcher Berufs-, für welche keine Zentralisation besteht.

3. Die Aufgaben des Bundes sind:

a) die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind, zu betreiben;

b) die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesammte Arbeiterchaft zu gestalten und eventuell zusammenzufassen;

c) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;

d) ein Zentralorgan herauszugeben, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften zu unterhalten, die nöthigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat;

e) die Unterstützung von Streiks in solchen Fällen, wo es den betreffenden Organisationen allein nicht möglich ist, den Kampf siegreich durchzuführen. Die Entscheidung, ob eine solche Unterstützung zu gewähren ist, erfolgt durch Abstimmung der Vorstände der Bundesmitgliedschaften und kann nur an solche gewährt werden. Zur Streikunterstützung hat der Bundesvorstand allgemeine Sammlungen auszusprechen.

f) internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten.

4. Die einzelnen Organisationen zahlen an den Bund pro Mitglied und Quartal 5 Pf. Beitrag. Die Abrechnung hierüber erfolgt vierteljährlich und sind dabei sämtliche Bundesmitgliedschaften mit den von ihnen gezahlten und restirenden Beiträgen auszuführen.

5. Alle zwei Jahre findet, möglichst im Anschluß an die Generalversammlungen der Einzelverbände, ein Gewerkschaftskongreß (Bundeskongreß) statt. Zur Einsetzung von Delegirten sind nur solche Gewerkschaften berechtigt, die Bundesmitglieder sind. Auf 3000 Mitglieder ist ein Delegirter zu wählen. Gewerkschaften, die weniger als 3000 Mitglieder haben, entsenden ebenfalls einen Delegirten.

6. Der Bericht über die Sitzung der vereinigten Gewerkschaften wurde der Generalkommission feinerzeit mit der vorstehenden Resolution eingesandt. In dem Bericht war gesagt, daß der erste Theil der Resolution angenommen worden ist, während der zweite Theil wegen der vorgeschrittenen Zeit für eine spätere Beratung zurückgestellt wurde. Eine Mittheilung, ob der zweite Theil durch Beschluß zu einem Antrage für den Gewerkschaftskongreß erhoben worden ist, hat die Generalkommission bisher noch nicht erhalten.

6. Der Gewerkschaftskongreß wählt einen Bundesvorstand, bestehend aus neun Personen, und zwar einen Vorsitzenden, einen Kassierer und sieben Beisitzer. Die Vertreter des Vorsitzenden und des Kassierers, sowie den Schriftführer wählt der Vorstand aus seiner Mitte.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Generalversammlung-Beschluß): Der Kongreß wolle beschließen, unter Aufrechterhaltung der Institution der Generalkommission mit den dieser von dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß zugewiesenen Aufgaben, den Beitrag der Gewerkschaftsverbände an die Generalkommission entsprechend deren Zweck und Leistungen auf 2 1/2 Pf. pro Quartal und Mitglied (gleich 10 Pf. pro Jahr) herabzusetzen.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Halberstadt): Der Kongreß wolle beschließen, daß auf den folgenden Gewerkschaftskongressen jede Zentralorganisation nur durch einen Delegirten zu vertreten ist.

Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter: Der Generalkommission ist das Recht eingeräumt, sich auf den Verbandstagen der einzelnen Berufsorganisationen durch ein Mitglied der Generalkommission vertreten zu lassen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin-Moabit): Die Beiträge an die Generalkommission sind, falls ein Streikfonds der deutschen Gewerkschaften nicht errichtet wird, auf 2 Pf. pro Mitglied und Quartal herabzumindern.

Der Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter, Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Lägerdorf) und der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg): beantragen, die Generalkommission weiter bestehen zu lassen.

a) Agitation.

Vorstand des Verbandes der Former: Die gesammte mündliche Agitation für die Gewerkschaften wird durch die Generalkommission geleitet und betrieben.

Diese Agitation ist nach folgendem Plane zu gestalten: Das Gebiet des Deutschen Reiches wird in eine entsprechende Anzahl möglichst gleicher und nicht zu großer Agitationsbezirke eingetheilt.

In jedem Orte des Bezirks, in dem dies nach den lokalen Verhältnissen möglich ist, hat etwa nach Verlauf von vier Wochen eine Versammlung stattzufinden, zu welcher die Zentralkommission einen Referenten oder eine Referentin zu stellen hat. Die Versammlungen sind je nach Bedarf als allgemeine Gewerkschafts- oder Volksversammlungen oder als Branchenversammlungen einzuberufen. Die Referenten sind nach Möglichkeit aus allen Berufsorganisationen zu entnehmen. Für die einzelnen Agitationsbezirke hat ein Wechsel in den Referenten in der Weise einzutreten, daß im Laufe der Zeit Referenten aus allen im Bezirk vorhandenen Berufen in diesem erscheinen.

Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter: Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen, daß die neuwählende Generalkommission so schnell wie möglich eine Broschüre zur Anleitung und Belehrung in betreff der Agitation herauszugeben hat. Die Broschüre soll Abhandlungen enthalten über: 1. den Zweck der Gewerkschaften; 2. deren Stellung zur politischen Partei; 3. den heutigen wirtschaftlichen Lohnkampf; 4. das Koalitionsrecht; 5. die verschiedenen Vereinsgesetze.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Stolp): Die Agitationskommissionen sind zu beauftragen, die Agitation in den kleineren Orten, in denen die Organisation nur theilweise oder gar nicht vertreten ist, eine bessere Agitation als bisher zu betreiben. Die Agitationskommissionen erhalten die Vollmacht, in Orten, die eine entsprechende Weite vom Sitz der Kommission entfernt sind, Vertrauensmänner einzusetzen, mit welchen die Kommissionen zu korrespondiren haben. Die Vertrauensmänner werden mit der Agitation und mit öffentlichen Arbeiten betraut.

Mindestens alle viertel Jahr ist nach Orten, in denen Vertrauensmänner sind, ein Referent zu einer öffentlichen Versammlung zu entsenden, um die fernstehenden Arbeiter zur Organisation heranzuziehen.

Mindestens vierteljährlich ist ein Flugblatt in Form der Gewerkschaft herauszugeben. Das Material hierzu wird von den Vertrauensleuten beschafft und den Vertrauensleuten und den Ortsverwaltungen zur Agitation zugewandt.

Personen, welche infolge ihrer Ueberzeugung und wegen des Eintretens für die Organisation oder infolge ihrer Agitation gemahregelt und existenzunfähig gemacht werden, sind zu unterstützen.

R. Hoffmeyer (Kellner), Altona: In Erwägung, daß die organisierten Arbeiter sich trotz der auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß angenommenen Resolution, den Lohnwirthschaftsgehilfen bei ihrer Agitation Hilfe zu leisten, wenig entgegenkommend gezeigt haben, wird die erwähnte Resolution nochmals zum Beschluß erhoben. Die Vertrauensmänner der Gewerkschaftsartelle sind verpflichtet, halbjährlich an die Generalkommission Berichte über die Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern zu erstatten. Diese Berichte sind im „Correspondenzblatt“ zu veröffentlichen. Beschwerden über mangelhafte Unterstützung bei der Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern seitens der Vertrauensleute der Gewerkschaftsartelle sind von den Gewerkschaften, welche diese Unterstützung nachgesucht haben, an die Generalkommission zu richten, und hat diese den sämtlichen in dem betreffenden Kartell vereinigten Gewerkschaften von der Beschwerde Kenntnis zu geben, damit die Nachlässigkeit einzelner Vertrauensleute beseitigt wird.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg): Die internationale Verbindung der Gewerkschaften ist besser zu pflegen.

b) Lohnstatistik und Arbeitslosenstatistik.

Generalversammlung der Vereinigung der Maler: Sämtliche statistische Erhebungen sollen durch die Generalkommission veranstaltet werden. Diese hätte die statistischen Vogen auszuarbeiten und den Gewerkschaften zum Vertrieb und zur Wiedereinzichtung zu übermitteln. Die gewonnenen Materialien sollen durch die Generalkommission verarbeitet werden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Lübeck): Der Kongreß wolle beschließen: Die Aufnahme einer einheitlichen Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in sämtlichen Gewerkschaften der Generalkommission zu überweisen; letztere hat die Statistik einheitlich zu gestalten und zu veröffentlichen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg): Die Lohn- und Arbeitslosenstatistik ist mehr zu pflegen und sind die Gewerkschaften, welche noch keine Statistiken aufgenommen haben, dazu anzuhalten.

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

Antrag der Generalkommission auf Errichtung eines Streikfonds.

d) Correspondenzblatt.

Generalversammlung der Vereinigung der Maler: Der nächste allgemeine Gewerkschaftskongreß möge beschließen, daß sich sämtliche bestehenden Gewerkschaftsblätter

zu einem täglich erscheinenden Gewerkschaftsblatt zu verschmelzen haben.

Generalkommission: Das „Correspondenzblatt“ erscheint wöchentlich in normalem Format eines Gewerkschaftsblattes.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg): Das „Correspondenzblatt“ ist in mehreren Sprachen herauszugeben und zu vergrößern.

W. G. K. (Holzarbeiter), Solingen: Das „Correspondenzblatt“ ist in der bis jetzt bestehenden Größe an sämtliche örtliche Branchenorganisationen der zentralisierten Gewerkschaften unentgeltlich zu liefern.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Halberstadt): Der Staat ist zur Unterstützung sämtlicher Arbeitslosen heranzuziehen, um die einzelnen Gewerkschaften nicht zu schädigen und dadurch das Unternehmertum zu schützen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg): Die Arbeitslosen-Unterstützung ist zu verwerfen und empfiehlt es sich, die Reise-Unterstützung einzuschränken und schließlich gänzlich abzuschaffen.

Punkt 4 der Tagesordnung.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Halberstadt): Der Arbeitsnachweis ist unter Mitwirkung der organisierten Arbeiter in der Verwaltung auf kommunalem Wege zu errichten. In das Statut ist die Streiklausel einzuschalten und ist die Arbeitsvermittlung auch für Diensthaken und Landarbeiter beiderlei Geschlechts von dem städtischen Arbeitsnachweis zu besorgen.

R. Hoffmeyer (Kellner), Altona: Da die Vermittlung der Arbeit im Gastwirthsgewerbe fast ausschließlich durch Stellenvermittler, sogenannte Kommissionäre erfolgt, denen Provision von 10 M. bis 100 M. bezahlt werden muß und demnach die Ausbeutung der Arbeitslosen in unverhältnißmäßiger Weise erfolgt, weil ferner die städtischen Arbeitsnachweise für die Arbeiter des Gastwirthsgewerbes ohne Nutzen sind, wenn nicht gleichzeitig ein gesetzliches Verbot der Arbeitsvermittlung gegen Entgelt erfolgt, so beschließt der Kongreß, daß dahin zu wirken ist, daß die Arbeitsvermittlung gegen Entgelt gesetzlich als Wucher angesehen und dementsprechend verboten wird.

Verschiedene Anträge.

Vorstand des Verbandes deutscher Gold- und Silberarbeiter: Der Kongreß wolle beschließen: Jede Organisation hat folgenden Passus in ihr Statut aufzunehmen: „Jeder organisierte Genosse kann nur einer Organisation, welche Reise- u. Arbeitslosen-Unterstützung gewährt, angehören; Genossen, welche diesem zuwider handeln, können ausgeschlossen werden.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Neustadt a. O.): Arbeiter irgend welcher Berufe, die sich organisieren wollen, aber zur Gründung einer Filiale nicht genug Mitglieder zählen, finden bei jeder am Orte befindlichen Organisation Aufnahme.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg): Alle deutschen Gewerkschaftsmitglieder, welche ihren Beruf wechseln und einer anderen Gewerkschaft beitreten, sind vom Beitrittsgehalt in dieser befreit.

? (Zahlstelle Mühlerg.): Organisierte Arbeiter, welche in ihrer Organisation ihren Verpflichtungen nachgekommen sind und zum Unterhaltungsbezug berechtigt sind, werden bei etwaigem Berufswechsel und mit voller Gleichberechtigung in die in Frage kommende Organisation aufgenommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Guben): Alle deutschen Gewerkschaften, welche Verbindung mit der Generalkommission haben, haben in ihr Statut unter „Beitrittsberechtigung“ folgenden Passus aufzunehmen: „Mitglieder anderer Gewerkschaftsorganisationen, welche durch Berufswechsel gezwungen sind, dem (folgt der Name des Verbandes, in dessen Statut dieser Passus aufgenommen wird) beizutreten, sind vom Beitrittsgehalt befreit und treten in alle Rechte ein, welche sie bei gleicher Dauer der Mitgliedschaft im (folgt Name des Verbandes, in dessen Statut dieser Passus aufgenommen wird) erworben hätten.“

Geschäftliche Bemerkung: Jede Person hat bei ihrem Uebertritt das Mitgliedsbuch ihrer Organisation vorzulegen, in welches der zur Aufnahme von Mitgliedern berechnete Verwaltungsbeamte an geeigneter Stelle zu vermerken hat, daß Inhaber an dem und dem Datum zu der und der Organisation übergetreten ist, und den Vermerk zu „stempeln“.

W. Riendorf (Zigarrenarbeiter), Dittensen: Ueberall wo Arbeiter an Arbeitgeber Forderungen stellen, von deren Nichtbewilligung die Arbeitseinstellung abhängig ist, oder bei Ausperrungen, haben die Arbeiter, so weit die Berufsart es zuläßt, die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai neben den übrigen zu stellen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg): Die Beiträge der Arbeiter, welche am 1. Mai nicht feiern dürfen, sind zum Streikfonds abzuliefern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin-Moabit): Der Kongreß wolle beschließen, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Machtstellung die Resolution der Metallarbeiter vom ersten Gewerkschaftskongreß in Halberstadt zur Ausführung bringen und die heutigen Branchenorganisationen zu Industrieverbänden zusammenzufügen sind. In den Industriegruppen, in denen die Verschmelzung ein Hindernis an der Höhe der Beitragzahlung und daraus folgender Leistung findet, sind anfänglich Gruppen einzuführen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Göttingen): Der Kongreß wolle beschließen: Alle einzelstehenden organisierten Berufe, welche zur Holzarbeiterbranche gehören, wie z. B. Zimmerer, Maier, Tischlerverband u. s. w. dem Holzarbeiter-Verbande einzuverleihen.

Soziale Ueberflut.

Aus den Gewerbegerichten. Eine rege Thätigkeit entfaltet im vergangenen Jahre auch das Gewerbegericht in Kiel. Nach dem Bericht des Vorsitzenden sind 50 regelmäßige und 3 außerordentliche Sitzungen abgehalten worden, wobei in 44 ordentlichen Sitzungen mit Beisitzern verhandelt wurde. Die Gesamtzahl der im Jahre 1895 anhängig gemachten Prozesse betrug 283 (gegen 340 im Vorjahre), 377 Klagen wurden zu Protokoll des Gerichtsschreibers gegeben und nur 6 schriftlich eingereicht. Die Gesamtzahl der Terminsachen betrug 543, so daß auf jede Sitzung durchschnittlich 11 Sachen kamen gegen 10 im Vorjahre. Mit Ausnahme von 4 Klagen betrafen sämtliche Sachen Klagen von Arbeitern gegen Unternehmer. Von den 375 erledigten Klagen wurden beendet durch Urteil 156, durch Vergleich 102 und durch Zurücknahme 87. Von 192 Urtheilen fielen zu gunsten der Kläger 107 aus, 8 endeten mit einem Theilbetrag und 77 Urtheile wurden zu gunsten der Beklagten gefällt. Die streitigen Objekte waren vielfach sehr gering.

Arbeiterentlassungen. In der Fabrik von Riedemann in Geesemünde haben 25 Arbeiter die Kündigung erhalten.

Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe in der Industrie, die seit dem 1. April 1895 in Kraft sind, waren nach dem Bestände des „Hamburger Korrespondenten“ recht häufig. Das genannte Blatt ist aber auch gütig genug, seinen Lesern die wahre Ursache dieser Uebertretungen mitzutheilen. Schuld sind nach ihm die Arbeiter selbst, denn „es ist nämlich mehrfach vorgekommen, daß Arbeitgeber, die ihren Arbeitern ein längeres als dreistündiges Arbeiten und ein solches während des Gottesdienstes am Sonntag ausdrücklich verboten hatten, bestraft wurden, weil die Arbeiter in

Fällen, wo sie ohne Aufsicht gelassen wurden, dieses Verbot übertreten hatten und länger als die gesetzlich zugelassene Zeit thätig gewesen waren.“

Natürlich können nun nur „Heher“ und „Wähler“ noch behaupten, es sei die Profitgier der Unternehmer, der es die Arbeiter zu danken haben, daß sie vielfach um ihre Sonntagsruhe gebracht werden. Auch einen guten Rath giebt der „Hamburger Korrespondent“ den Unternehmern, wie sie sich gegen die arbeitswüthigen Fabrikarbeiter schützen können; das Blatt empfiehlt die „sorgfältigste Ueberwachung der Arbeiter an Sonn- und Festtagen“.

Welch schwere Mühe sich doch die Angelegen der bürgerlichen Presse geben, um ein gnädiges Lächeln des Unternehmertums zu erhaschen!

Der Achtsundentag, der vor einem Jahre auf der Dobruscher Papierfabrik des Fürsten Paskewitsch eingeführt worden ist, hat sich, wie die russischen Zeitungen mittheilen, gut bewährt. Die physische Gesundheit der Arbeiter wie auch ihr sittliches Niveau hat sich bedeutend gehoben. Die Kneipen in dem Arbeiterviertel werden durch Theekassen verdrängt, die Arbeiter haben aus ihrer Mitte ein Orchester von Blasinstrumenten gebildet; die Hörsäle, wo populäre Vorträge gehalten werden, sind immer von Arbeitern überfüllt. Dieselben günstigen Resultate werden über die Papierfabrik von Ditschkow in dem Gouvernement Kiew gemeldet, wo der Achtsundentag ebenfalls eingeführt ist.

Gewerkschaftliches.

Der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker erläßt folgende Bekanntmachung:

„Wie aus dem Leipziger Versammlungsbericht in Nr. 28 des „Korr.“ zu ersehen, haben die mit den Vorstehern des Deutschen Buchdrucker-Vereins, des Kreises Sachsen und der Leipziger Innung gepflogenen Verhandlungen zu einem vorläufig befriedigenden Ergebnisse geführt. Es ergab sich aus diesen Verhandlungen, daß die betreffenden Herren bereit sind, die Forderungen der Gehilfen, soweit sie sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit und eine zeitgemäße Lohnerhöhung beziehen, in der am 10. März d. J. stattgefundenen Sitzung des Vorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu bekräftigen und für den 11. März eine Konferenz mit Vertretern des Verbandes der deutschen Buchdrucker vorzuschlagen, welche über diese Forderungen und zugleich über die Modalitäten berathen soll, welche bei Revision des Tarifs, die in kürzester Zeit zu erfolgen haben würde, einzubringen sind.“

Es ist damit der friedliche Weg angebahnt, den die Leipziger Resolution vom 21. Februar in Aussicht nahm: In erster Linie Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne; in zweiter Linie Tarifrevision. Es wird demgemäß am 11. März von den Vertretern der beiden Organisationen zunächst die Frage zu erledigen sein, ob sie gewillt sind, die von ihnen eventuell zu fassenden Beschlüsse in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung der Gesamtheit der Prinzipale bzw. Gehilfen zur sofortigen Annahme zu empfehlen. Nach Erledigung dieses Punktes werden die Vertreter sich über die Modalitäten der Wahlen der beiderseitigen Vertreter zur Tarif-Revisionskommission und über den Zeitpunkt des Zusammentritts derselben zu einigen haben.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Vorbereitungen einen die Gehilfen befriedigenden Erfolg haben wird. Sollte diese unsere Hoffnung nicht erfüllt werden, so werden die sofort einzuberufenden allgemeinen Versammlungen über die weiter einzuschlagenden Schritte zu beschließen haben.“

Zur Tischlerbewegung. Am Dienstag Abend beschloß in Berlin eine von über 800 Tischlermeistern besuchte Versammlung unter Vorsitz des Obermeisters der Innung, in anbetrach der den Gesellen bewilligten Lohnerhöhungen die Möbelhändler aufzufordern, einen 10prozentigen Aufschlag für die Produkte der Tischlerei zu zahlen. Ferner nahm die Versammlung, über deren Verlauf unter der Rubrik „Versammlungen“ ausführliches mitgeteilt ist, mit allen gegen eine Stimme eine Resolution dahingehend an, daß es notwendig sei, eine Verkürzung der Arbeitszeit auch in den Städten in der Provinz anzustreben; man erwarte, daß die Tischlergesellen Berlins im Interesse der Holz-Industrie eine Verkürzung der Arbeitszeit insbesondere in den Vororten Berlins und denjenigen Städten unterstützen, wo für Berlin Tischlereiprodukte angefertigt werden.

Jedensfalls kann, schreibt man uns, das Vorgehen der Tischlerinnung Berlins für die Regierung als Beispiel dienen und sollte sie veranlassen, in ihrer Sozialreform betreffs Festlegung eines gesetzlichen Normal-Arbeitstages ein schnelleres Tempo einzuschlagen und die bisher von ihr gegen den Normal-Arbeitstag geltend gemachten Bedenken fallen zu lassen.

Achtung, Schneider Berlins! Heute Mittwoch, den 11. März wird für die Maaschneider eine Werkstatte und Geschäftsdelegirten-Sitzung im Restaurant Paasch, Alte Jakobstraße 83 abgehalten. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die im 1893 ertheilte Tarifinnengehalten werden und ob und wo solches nicht geschieht, beziehentlich um Stellung zu denjenigen Geschäften zu nehmen, wo Abweichungen vorkommen. Alle Kollegen der Maasbranche sind hierzu dringend eingeladen. Die Bevollmächtigten.

Die Schlosser der Firma Stephan u. Co. in Berlin, Wallstraße 16 (Fabrik für Schaufenstergeleise) haben infolge ausgebrochener Differenzen die Arbeit niedergelegt. Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Maler, Lackierer und Verputzgenossen rüsten sich in fast ganz Deutschland zum Kampfe gegen die Unternehmer. Nach dem Jahrgang der Maler hat die Lohnbewegung bereits begonnen in Altenburg i. S., Barmen, Berlin, Bremen, Cottbus, Dresden, Elberfeld, Essen (Ruhr), Götting, Grei i. W., Hildesheim, Jagen i. W., Kiel, Leipzig, Meerane, Osabrück, Reine und Plauen i. Vgl.

Wegen Lohnendifferenzen haben die Zigarrenarbeiter der Firma Schulz in Dittensen die Arbeit eingestellt.

Die Weberinnen der Tuchfabrik von Sternickel und Gähler in Gupen traten, nachdem die Firma den unterm 25. Januar durch den Regierungs- und Gewerbe-rath Storp aus Mangel mit dem Geheimen Kommerzienrath Gähler vereinbarten Lohnlarif einzuhalten sich weigerte, wieder in den Ausstand.

In Lübeck sind nun die Würfel gefallen. Die Metallarbeiter (Schlosser und Dreher) und die Modellirer und Drechsler der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Die Organisationen dieser Arbeiterkategorien, die der Direktion ihre Forderungen schriftlich eingereicht hatten, erhielten am Sonnabend von dieser einen abschlägigen Bescheid. Die Forderungen der Arbeiter sind sehr bescheidener Art; sie verlangen: Sicherstellung des Lohnes bei Akkordarbeit; Minimallohn: 80 Pf. pro Stunde; Lohnaufschlag von 25 pCt. für Ueberstunden; und Abschaffung der Ueberstunden bei Tischlern und Drechslern.

Die Schneider und Schneiderinnen Danzigs hielten am letzten Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, bei welcher Gelegenheit sich 40 Personen in den Verband aufnehmen ließen. Am gleichen Tage war die erste Versammlung des durch ein Referat des Hrn. Waader ins Leben gerufenen Vereins

zur Wahrung der gewerblichen Interessen der Frauen und Mädchen.

Die Schmeide der Eisengießerei von Mägge in Leipzig-Plagwitz leuten sämmtlich die Arbeit nieder, weil einer ihrer Kollegen den Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde nicht bekommen hat.

Ein sächsischer Töpferstag wird am 6. und 7. April in Dresden abgehalten. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die Organisationsfrage.

Die Werkstatt-Stuckateure und Gyps-Bildhauer Nürnberg, die, wie bereits mitgeteilt, sich im Streik befinden, fordern 9½stündige Arbeitszeit inklusive Frühstück- und Vesperpause.

In Ludwigshafen hat das gesamte Personal der Malzfabrik von Sirehle u. Ko. wegen Lohnendifferenzen die Arbeit eingestellt.

Die Buchdrucker-Gehilfen Straßburgs i. E. haben sich in einer zahlreich besuchten Versammlung mit der Tarifbewegung der deutschen Buchdruckergehilfen solidarisch erklärt.

Die Textilarbeiter Reichenbergs i. W. hatten an die Fabrikanten die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages gestellt. Diese ist von den Unternehmern abgelehnt, sodaß ein Streik wahrscheinlich ist.

1300 Arbeiter der Papierfabrik in Gratwein bei Graz haben die Arbeit eingestellt. Ursache des Streiks ist die Entlassung eines ihrer Mitarbeiter. Die Streikenden fordern die Wiedereinstellung des Entlassenen, sowie die Kündigung eines Beamten, der sich bei den Arbeitern besonderer Unbeliebtheit erfreut. Der Bezirkshauptmann von Graz ist nach dem Streikgebiete abgereist.

In der Wirk- und Webwaarenfabrik von J. Plan in Wien sind Differenzen ausgebrochen zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer. Die Arbeitszeit der Arbeiter dauerte bisher von morgens 7 bis abends 6 Uhr ohne Unterbrechung; jetzt versuchte der Chef, sie bis 7 Uhr auszuwehnen. Hiergegen erhoben die Arbeiter und Arbeiterinnen Protest, was der Unternehmer mit der Kündigung von 10 Personen beantwortete. Ist bis zum Ablauf der Kündigungsfrist die Angelegenheit nicht zu gunsten der Arbeiter geregelt, so wollen auch die übrigen Arbeiter ihre Thätigkeit einstellen. Der Fabrikverein der Wirtler Wiens, der zu näherer Auskunft gern bereit ist, hat seinen Sitz Wien VI, Gumpendorferstr. 183, Neububer's Gasthaus.

Zur Bewegung im schweizerischen Eisenbahngewerbe meldet „Wolff's Telegraphen-Bureau“ aus Bern:

„Infolge des Entgegenkommens der Direktion der Jura-Simplonbahn ist das Zustandekommen einer gütlichen Verständigung mit dem Personal wahrscheinlich, so daß der Ausstand vermieden werden kann. Die Jura-Simplonbahn hat zweijährige Lohnaufbesserungen an Stelle der dreijährigen, sowie ansehnliche Erhöhungen der Minimalbeholdungen zugefanden.“

Aus Basel wird uns geschrieben: Die Eisenbahn-Arbeiter, die bei dem soeben abgeschlossenen Lohnkampfe gänzlich leer ausgegangen sind, versammeln sich nächsten Sonntag Nachmittag in Olten, um Beschluß darüber zu fassen, auf welche Weise ihren Forderungen Geltung zu verschaffen ist. Die Bahnverwaltungen beharren auf ihrem Widerstande und die Angestellten kümmern sich um ihre Kameraden nicht mehr. Die schweizerische Zentralbahn-Verwaltung hat bereits Agenten nach Deutschland und Oesterreich geschickt, um Ersatzkräfte anzuwerben für den Fall des Ausstandes. Der Ausstand dürfte mindestens 3000-4000 Personen umfassen.

Der derzeitige Lohn der schweizerischen Eisenbahn-Arbeiter ist auf keiner Bahn höher als 3 Franken (2,40 M.) täglich, während der Lebensunterhalt in der Schweiz recht theuer ist. Die Spekulation der schweizerischen Eisenbahn-Verwaltungen auf ausländische Streikbrecher dürfte sich daher bald als trügerisch erweisen.

Ueber die Arbeitseinstellung der Amsterdamer Diamant-schleifer wird uns von dort geschrieben: „Die Diamantarbeiter, die sich gegenwärtig und zwar schon seit einigen Wochen im Streik befinden, sind diejenigen, denen das Schleifen kleiner, abgeplätteter Stüchchen Diamant obliegt. Die Juweliere erklären, nur eine Lohnerhöhung von 10 pCt. geben zu wollen, während die Arbeiter 22½ pCt. fordern, eine Erhöhung, die ihnen schon vor einem Jahre durch Ausschluß des Arbeitsrates zugesagt war. Daß die Arbeiter nicht zu große Forderungen stellen, ergibt sich auch aus dem Umstande, daß ihre Löhne innerhalb drei Jahren um 50 pCt. zurückgegangen sind. Die Juweliere lehnen jede Unterhandlung ab. Der Zentralvorstand des Allgemeinen niederländischen Diamantarbeiter-Bundes sucht mit einflußreichen Kapitalisten eine Uebereinkunft zu treffen betreffend die Gründung einer Aktiengesellschaft für die Fabrikation der „Moosjes“. Weil alle Schleifer und andere Diamantarbeiter, die zu dieser Branche gehören, unter gewissen Bedingungen (gute Löhne und Antheil am Gewinn) der Gesellschaft beitreten würden, würde sie das Weltmonopol erlangen. Die Kunst des Schleifens ist nämlich nur schwer zu erlernen, die Gesellschaft hätte also auch das Monopol der Heranbildung neuer Arbeitskräfte. Da ein Kapital von über einer halben Million Gulden benötigt ist, wird die Gründung wohl nicht so leicht von statten gehen.“

Versammlungen.

Die Freie Volksbühne nahm in der Generalversammlung am 9. März zunächst den Bericht des Kassirers J. F. F. entgegen, dem auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt wurde. Einer Einnahme von 2103,85 M. steht eine Ausgabe von 1152,40 M. gegenüber, sodaß ein Bestand von 950,85 M. bleibt, wovon noch etwa 80-90 M. für Gerichtskosten zu zahlen sind. Zu dem Hauptpunkt der Tagesordnung: Antrag auf Auflösung des Vereins äußerte sich der Vorsitzende des Vereins Dr. Rehring: Das Ober-Verwaltungsgericht rath uns, unsere Organisation zu ändern und dann beim Polizeipräsident die Aufhebung der Zensurverfügung zu beantragen, und wenn diese verweigert würde, sich nochmals an das Ober-Verwaltungsgericht zu wenden. Ja, wenn uns das Ober-Verwaltungsgericht nicht gefügt hätte, was ein Verein ist? Manchmal wird ein einzelner Vertrauensmann oder ein Vorstand als ein Verein angesehen, in diesem Falle dagegen soll die Freie Volksbühne mit ihren 8000 Mitgliedern kein Verein sein. Wägen wir nun auch unsere Organisation ändern, so wissen wir immer noch nicht, ob das Polizeipräsident unsere Aufforderungen als Vereinsvorstellungen ansieht und uns von der Zensur befreit. Es fragt sich also: sollen wir uns der polizeilichen Verfügung unterwerfen, unsere Stücke zensurieren lassen und weiter spielen, oder sollen wir den Verein auflösen? Verschiedene Mitglieder haben sich zwar für den ersteren Weg erklärt. Dagegen ist einzuwenden, daß ein Verein, wie der unsere, der sich die höchsten künstlerischen Ziele gestellt, sich nicht bei der Auswahl der aufzuführenden Stücke dem Urtheil des Alexanderplatzes fügen kann. Wir dürfen uns nicht auf das Niveau eines gewöhnlichen Theatervereins begeben. Da also unter den gegebenen Verhältnissen ein Weiterbestehen des Vereins in dem Sinne und Geiste, der ihn bisher beehrte, nicht möglich ist, so empfiehlt der Redner, den Verein aufzulösen. Nach kurzer Debatte, in der sich einige Mitglieder mit der Auflösung einverstanden erklärten, wurde dieselbe einstimmig beschlossen. Zur Erledigung der Vereinsangelegenheiten wurde eine Liquidations-Kommission, bestehend aus den Mitgliedern F. F. F., K. O. N., R. O. N., S. a. h. m., K. O. N. e. eingesetzt. Der Vorstand beauftragt: Nach Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen das übrig bleibende Vereinsvermögen zu gleichen

Teilen der sozialdemokratischen Partei, der Arbeiter-Bildungs-
schule und den streikenden Kottbuser Textilarbeitern auszuwählen.
Schon morgen sollen jedem der Vorgesetzten 200 M. über-
mittelt werden. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Der
Vorsitzende schloß mit den Worten: Wir wollten auf künst-
lerischem Gebiete für die Verdichtung der Ideen des vorwärts-
strebenden Proletariats eintreten. Wenn uns das nunmehr un-
möglich gemacht ist, so werden wir uns auf anderen Gebieten
widersehen, wo es gilt, für die Ziele des Proletariats zu
kämpfen. Wir können unsere Vereinstätigkeit nicht besser
schließen als mit dem Rufe: Hoch lebe die internationale Arbeiter-
bewegung!

Der Verband der Sattler und Tapezierer hatte am
29. Februar eine Versammlung anberaumt. Nachdem die Erfah-
rung eines Schriftführers vollzogen, wurde von einem Redner
die Frage angeregt, ob es nicht empfehlenswert wäre, die ein-
zelnen Branchen im Beruf gesondert zu organisieren. In der
Debatte sprachen fast alle Redner gegen diesen Vorschlag, jedoch
einige man sich dahin, mit den Arbeitern in der Treibriemen-
branche einen Versuch dieser Art zu unternehmen. Hierauf
wählte die Versammlung das Mitglied Sassenbach zum
Delegierten für den am 4. Mai stattfindenden Kongreß.

Der Fachverein der Lederarbeiter hielt am 2. März
eine Versammlung ab, in der in längerer Beratungen die
Maßregelung des Vertrauensmannes Schulz besprochen wurde.
Wie der betreffende selbst angibt, habe er, in der Ausübung
seines ihm übertragenen Amtes, die Arbeiter in der Werkstatt
des Herrn Emanuel Schreiber zu einer Versprechung eingeladen.
Dieses frevelhafte Benehmen wurde von Seiten des Werkführers
Schilde dem Fabrikanten mitgeteilt, worauf Schulz sofort seine
Entlassung erhielt. Nach einer längeren Debatte, in der auch
Herr Schilde versuchte, sein Benehmen zu rechtfertigen, gelangte
ein Antrag zur Annahme, in dem die Entlassung des Schulz
als Maßregelung angesehen wurde. Zum Schluß wurde bekannt
gegeben, daß am 14. März das Stiftungsfest des Vereins statt-
findet.

**Freie Vereinigung der Grabendre, Zifseure und ver-
wandter Berufsangehörigen.** In der am 3. März abgehaltenen
gut besuchten Versammlung wurde zuerst die Wahl eines Vorsitzers
erledigt. Darauf folgte der Vortrag des Genossen P i n n über:
„Mohamed und seine Lehre“. Der Redner brachte in anregender
Weise das Wesen der mohamedanischen Lehre zur Darstellung.
Bei dem Bericht über den Arbeitsnachweis wurde mitgeteilt, daß
im Februar 42 Gehilfen verlangt wurden, während sich nur 12
gemeldet hatten. Zum Schluß wurde auf die nächste Versammlung
am 17. d. M. aufmerksam gemacht, in der ein kunstgewerblicher
Vortrag auf der Tagesordnung steht. Die Generalversammlung
findet am 24. März statt. Anträge auf Statutenänderung müssen
14 Tage vor derselben dem Vorstande eingereicht werden.

Der Verein der Blätterinnen und Berufsangehörigen hielt
am 3. März eine Mitgliederversammlung ab. Nachdem der
Verein in der üblichen Weise das Andenken des verstorbenen
Fraulein Jakobowitz gedacht, wurde in den ersten Gegenstand
der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Jahn über Arbeitslose
und Arbeitszeit, eingetreten. Dem beifällig aufgenommenen Re-
ferat folgte eine rege Diskussion, an der sich Fr. Schulz,
Möhring, Maier und Jahn beteiligten.

**Der Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutsch-
lands** beschloß in seiner Generalversammlung vom 4. März
nach längerer Diskussion, den vom 3. Mai cr. ab in Berlin in
Keller's Hofsaal, Kopenstraße, tagenden zweiten deutschen
Gewerkschaftskongreß durch einen Delegierten zu beschicken. Dem
Kongreß soll eine Resolution zur Annahme unterbreitet werden,
in der der Kongreß seine Sympathie mit der Bewegung der Bureau-
Angestellten, zum Ausdruck bringt und die Unterstützung der Or-
ganisation dieser Berufsgruppe empfiehlt. Dopp begrüßte es, daß
der Kongreß zu der von den meisten Gewerkschaften bereits behandelten
Arbeitslosen-Unterstützung Stellung nehmen soll und hofft, daß
der Kongreß zu einem Definitivum gelangen möge. Für den
statutengemäß auszuführenden Kassierer wurde Eichelhard und für
den Schriftführer Dopp neugewählt. Am 7. März cr. findet im
Schweizergarten das Stiftungsfest des Zentralvereins der
Bureau-Angestellten statt und wurde zu zahlreichem Besuche auf-
gefordert. Kampf macht die Mittheilung, daß in Hamburg vor
kurzem eine Filiale des Zentralvereins begründet wurde.

Die **Sticker** hielten am 4. März eine Versammlung ab,
in der Genosse M e h n e r über das Thema: „Was lehren uns
die Streiks?“ sprach. In der Diskussion erörterten P a r s e n,
L i t s i n und S c h ü b e die Arbeitsverhältnisse in der Branche
und forderten zum Anschluß an die Organisation auf. Hierauf
unterbreitete der Vertrauensmann H e i n r i c h den Bericht über
die eingelaufenen Fragebogen. Von 300 Betrieben sind
105 Fragebogen eingelaufen. In diesen 105 Betrieben waren
vor Weihnachten 1896 und nach Weihnachten 1192 Arbeiter be-
schäftigt; ferner 258 Arbeiterinnen und 277 Lehrlinge tätig.
Organisiert waren von diesen Arbeitern 709 Mann. Festgestellt
wurde, daß gerade da, wo die schlechtesten Zustände herrschen,
keine Fragebogen einliefen. Zum Schluß stimmte die Ver-
sammlung einer Resolution zu, in der sich die Anwesenden zum
Anschluß an die Organisation verpflichten und beauftragt einer
besseren Werkstattdatation die Einführung einer Vertretung
durch Werkstattdelegierte befürworten. Die nächste Sitzung der
Vertrauensmänner findet am 11. März bei Wegner, Oranien-
straße 184, statt.

Die **Gärtner** beschäftigten sich am 4. März in einer gut
besuchten Versammlung mit der Tagesordnung: Sind die
Gärtnergehilfen gewillt ihre Lage zu verbessern? Der Referent
M i l l a r g schilderte in eingehender Weise die wirtschaftliche
Stellung des Arbeiterstandes und zeigte, wie nur durch die Or-
ganisation eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen ist. In
der Diskussion wurde allgemein zum Anschluß an den Zentral-
verein der Gärtner aufgefordert und ließen sich sogleich eine
Anzahl neuer Mitglieder aufnehmen. Sodann wählte die Ver-
sammlung eine Agitationskommission bestehend aus 7 Mit-
gliedern. Anfragen sind zu richten an Abromeit, Blücherstr. 14.

Die **Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen** hatten sich am
Donnerstag, den 3. März, in Cohn's Präzilianen versammelt.
Wilke erstattete für den seit längerer Zeit von Berlin abwesenden
Vertrauensmann Leichmann den Bericht für das vergangene
Jahr. Für das kommende Jahr wurde einstimmig als
Vertrauensmann gewählt. Auf Antrag H i n g e 's wurde dem
Vertrauensmann Leichmann Lehorge erteilt. Zu neuen Re-
visoren ernannte die Versammlung H i n g e und Rothard. Ueber
den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: Wahl der Delegierten
zum diesjährigen Kongreß der Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen
in Berlin, hatte Kaufmann Waag das Referat übernommen. Redner
war der Meinung, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß die
Berliner Handlungsgehilfen den Kongreß beschicken. Alle For-
derungen, über die auf dem Kongreß verhandelt werden, stehen
schon seit Jahren im Vordergrund des Interesses aller auf dem
Boden der modernen Arbeiterbewegung lebenden Handlungs-
gehilfen und sei es nötig, über diese Fragen endlich einmal eine
volle Aussprache zu veranlassen, um ein einheitliches Vorgehen
aller Handlungsgehilfen zu ermöglichen. In der sehr lebhaften
Diskussion wurde von Blum wiederum die Stellung Dr. Quard's
angegriffen. Redner wünscht, daß die Delegierten auf dem Kon-
greß ganz energisch gegen die von Herrn Dr. Quard betriebene
Taktik Front machen, da dieselbe mit den Zielen der Klassen-
beweitere der Sozialdemokratie angehörigen Handlungsgehilfen-
schaft unvereinbar sei. Die Versammlung gab durch lebhaften
Beifall zu erkennen, daß sie mit den Ausführungen des Redners
einstimmig einverstanden sei. Als Delegierte wurden Blum, Wilke und
Fraulein Haase gewählt. Gegen zwei Stimmen entschied sich
die Versammlung für eine Taktik, welche den Anschauungen der

Sozialdemokratie entspricht. Hierauf erstattete H i n g e den Bericht
seiner Tätigkeit als Delegierter zur Berliner Gewerkschaftskommission,
woraus R i e g e und Rothard mit der weiteren Vertretung betraut
wurden. Den letzten Punkt: Wahl der Delegierten zum dies-
jährigen Gewerkschaftskongreß vertagte man bis zur nächsten
öffentlichen Versammlung.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
sprach am 5. März Genosse L ä r t in einem interessanten Vor-
trag über das Buch der Freiheit. Bei Besprechung gewerkschaft-
licher Angelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß die Firma
L ä t j e n u. Bergmann, die vor kurzem für ihre Arbeiter auf den
Bauten in der Gewerbe-Ausstellung zwei siebenstündige Schichten
einführte, diese gute Einrichtung bereits wieder beseitigt hat und
anstelle dessen auf neue eine 12-14stündige Arbeitszeit ein-
gehalten wird. Einige Maurer arbeiteten sogar des Sonntags. Zum
Schluß theilt der Vorsitzende mit, daß am zweiten Osterfesttag
eine öffentliche Versammlung stattfindet, der sich ein gemütliches
Beisammensein anschließt wird.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Stellmacher
tagte am 8. März bei Meißner, Beverstraße, um über die geplante
Lohnbewegung weitere Beschlüsse zu fassen. S c h w a r z berichtete
zunächst über den von der Lohnkommission im Auftrage der
letzten Versammlung ausgearbeiteten Lohnarif, der den Anwesen-
den vorlag und präzisirte die einzelnen aufgestellten Forderungen
eingehend mit dem Hinweis, daß bei der Ausarbeitung des
Tarifs die Kommission den augenblicklichen Verhältnissen in jeder
Weise Rechnung getragen habe. Nachdem der Redner noch dar-
auf aufmerksam gemacht hatte, daß einige Werkstätten
dem Beschluß der letzten Versammlung, pro Mann und pro
Woche an den Streikfonds 50 Pfennig abzuliefern, nicht nach-
gekommen sind und aufgefordert hatte, das Versäumte nachzuholen,
empfiehlt er der Versammlung den Entwurf der Kommission zur
Annahme. In dem Tarif werden folgende Hauptforderungen
aufgestellt: Neunstündige Arbeitszeit; Minimallohn für Kasten-
macher 50 Pf., für Radmacher 45 Pf., für Kasten-
helfer 40 Pf. pro Stunde. Bei Ueberstunden 25 pCt.
Lohnzuschlag. Abschaffung von Kost und Logis. Regelung
der Arbeitsausgabe durch die Gesellen. Abschaffung der
Kontrollbücher. Volle Lohnzahlung an jedem Sonnabend. Außer
diesen Forderungen hat die Kommission einen genau detaillirten
Tarif für Akkordarbeiten aufgestellt, der ungefähr 185 Kosten
fast für alle vorkommenden Arbeiten enthält. Im allgemeinen
wird bei den Akkordfällen ein Zuschlag von 10 pCt. und nur
bei den bisher am schlechtest bezahlten Kastenarbeiten bis zu
25 pCt. gegen die jetzt üblichen Löhne gefordert. Bei den Akkord-
fällen kommt weiter eine Regelung in Betracht, die folgenden
Vorteil hat und für die beteiligten Arbeiter von Be-
deutung ist: „Sämtliche Arbeiten, außer Kasten, erfahren bei
Hondmaschinen einen Abzug von 3 pCt., bei Dampfmaschinen einen
solchen von 10 pCt. Sämtliche Kasten erfahren, wenn sie von
zwei und mehr Arbeitern angefertigt werden, einen Zuschlag
von 5 pCt. Tagelohn bei Benutzung der Dampfmaschinen einen
Abzug von 5 pCt.“ Die Diskussion war eine äußerst rege, die
aber weniger den Tarif selbst, von dem nur einige Redner
wünschten, daß er nochmals in einzelnen Punkten revidirt werde,
betraf, sondern sich vielmehr darum drehte, in welcher Form und
zu welcher Zeit den Meistern die Forderungen vorgelegt werden
sollen. Von einigen Rednern wurde gewünscht, den Stunden-
lohn von 40 Pfennig für Kastenmacher zu streichen.
Schwer durchführbar, meinte ein Redner, sei die Forderung der
neunstündigen Arbeitszeit in den Fabriken, wo die Schloffer,
Schmiede u. a. noch zehn Stunden und mehr arbeiten und die
Maschinen sich Folge dessen ebenso lange im Gange befinden.
V r ä c h i n wünscht, daß eine weitere Verhandlung in den ver-
schiedenen Werkstätten gesucht werde und zum Mittwoch eine
Versammlung zur Beschlußfassung einberufen wird. Besonders
sei aber darauf zu achten, daß in den Fabriken nicht
länger gearbeitet wird, um den Meistern keine Handhabe zu
geben, ebenso zu handeln. Von den anderen in den Fabriken
beschäftigten Branchen sei zu erwarten, daß sie sich den For-
derungen anschließen. Nach langer Debatte wurde sodann der
Beschluß gefaßt, die Lohnkommission zu beauftragen, den von
ihr ausgearbeiteten Tarif unverzüglich sämtlichen Arbeitgebern
zu unterbreiten mit der Aufforderung, denselben innerhalb acht
Tagen an die Kommission mit einer Erklärung unterfertigten
zurückzusenden, eventuell mit der Kommission in Verhandlungen
zu treten. Weiter wurde beschlossen, in denjenigen Werkstätten,
wo der Tarif nicht maßgebend ist, da die Arbeiten in denselben
nicht ausgeführt sind, mindestens die neunstündige Arbeitszeit und
den Minimallohn zu fordern. Unter Verschiedenem wurde auf
den Maschinenbau der Stellmacher, der am nächsten Sonnabend
bei Legenbender in der Sophienstraße stattfindet, hingewiesen.
Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in der Sattel-
bäumefabrik von A. Zimmermann in Steglitz Lohnunterschieden
ausgebüchert sind und die Stellmacher die Arbeit niedergelegt
haben.

Eine öffentliche Mechaniker-Versammlung beschäftigte
sich am Montag, den 9. März, im Louisenstädtischen Konzert-
haus mit dem Tarif von 1890 und der Frage, ob die Mechaniker
gewillt sind, die gegenwärtige günstige Geschäftslage zur Er-
zielung günstigerer Arbeitsbedingungen anzunehmen. Der Ver-
trauensmann der Berliner Metallarbeiter, O t t o M ä t h e r, be-
merkte einleitend, daß die durch den Tarif 1890 geschaffenen
Verbesserungen gänzlich verloren gegangen seien. Der Neun-
stundentag sei nur noch auf dem Papier. Ueberstundenarbeit
sei Regel, und die Art und Weise, wie gearbeitet würde, sei
keine vernünftige, sondern eine alle Theile schädigende Schularbeit!
Dabei seien die Löhne auf 22, 25, 28, 30 bis höchstens 40 Pfd.
die Stunde herabgesunken, von einem Minimallohn sei also keine
Rede. Gerade in den Großbetrieben sei dies mit am schlimmsten. Bei
den Firmen Siemens, Naglo, Buzle, Allgemeine Elektricitäts-
Gesellschaft, Tazameter-Gesellschaft, Solow etc. sei die Lohnrückerei
auf das höchste gestiegen. Diesem Verhalten der Unternehmer
gegenüber verbarren die Kollegen in Faulheit und Indifferenz.
Alle Versuche, Verbesserungen herbeizuführen, seien nur an
der Interessenlosigkeit der Mechaniker, an der Vernachlässigung
ihrer Organisation gescheitert. Die ausgegebenen Fragebogen zur
Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse seien meist unangefüllt
zurückgekommen und hätten mithin ein geradezu klägliches
Resultat ergeben. Er könne den Mechanikern nur anrathen,
erst die Vorbedingungen zur Organisation zu schaffen: gründliche
Agitation, festen Zusammenschluß, regen Versammlungs-
besuch, Einführung des Vertrauensmannensystems, Zusammen-
wirken aller Kräfte im Interesse des gemeinsamen Zieles — erst
dann könne eine Lohnbewegung begonnen werden. Er verlange
ferner von den Mechanikern, daß diese solange mit einem Vor-
gehen warten, bis die Metallarbeiter fertig sind, um dann nach
Stärkung ihrer Organisation gemeinsam in Aktion zu treten.
(Beifall.) Diesen bitteren Wahrheiten konnten die Versammelten
in der Diskussion nichts entgegensetzen. Die Ausführungen
mehrerer Redner gestatteten sich zu persönlichen Streitigkeiten, die
den größten Theil des Abends ausfüllten. Einstimmig wurde eine
Resolution zum Beschluß erhoben, welche ausspricht, daß in eine
rege Agitation für Hochhaltung des Tarifs 1890, neunstündige
Arbeitszeit, Minimallohn von 24 Mark, 25 pCt. Zuschlag für
Ueberstunden, 50 pCt. für Sonntagsarbeit einzutreten ist. Die
Anwesenden verpflichten sich zum Anschluß an die Organisation,
wie zur Wahl von Vertrauenspersonen in allen Werkstätten. In
einer späteren Versammlung soll dann ein definitiver Beschluß
herbeigeführt werden. Im „Verschiedenen“ erwähnt M ä t h e r die
Versammelten eindringlich, die bei den Metallarbeitern übliche
Markenanzahlung kräftig zu unterstützen sowie bei Sammlungen
für Streiks nur auf solche Listen zu zeichnen, die den Stempel
des Vertrauensmannes tragen. Er forderte zum Schluß zur
schleunigen Rückgabe der noch ausstehenden 50 Listen von Streik
bei Wilke auf.

Der öffentlichen Versammlung der Lactirer erstattete
am 9. d. Mts. im Englischen Garten die Lohnkommission Bericht
über die am 2. März stattgehabte Konferenz der Unternehmer.
Verschiedene Forderungen wurden von den Unternehmern rüch-
haltlos als berechtigt anerkannt. Die Forderung der neun-
stündigen Arbeitszeit fand gegen eine Stimme Annahme. Die
Forderung eines Minimallohnes von 24 M. sind die Unter-
nehmer nur gewillt dem Lactirergehilfen zu bewilligen, nicht aber
jeder in der Lactirerei beschäftigten Person. Gegen den Arbeits-
nachweis erhebt sich auch kein Widerspruch, ebenso wenig
gegen die Forderung, daß des Sonnabends eine Stunde
früher Feierabend gemacht werden soll. Nur gegen die
Bezahlung der Ueberstunden mit 25 pCt. Zuschlag wurde
ernstlicher Widerspruch erhoben und diese höhere Bezahlung
nur von 9 Uhr abends ab zugestanden. Im großen und ganzen
haben sich die Unternehmer mit dem vorgeschlagenen Tarife bis auf
wenige Abänderungen einverstanden erklärt. Bemerkenswert
ist, daß die Jantung an der Konferenz sich nicht beteiligte. Der
Versammlung lag es nunmehr ob, sich anzuschließen über die
Stellungnahme der Unternehmer zu dem Tarif. A u t e n h a u s
schlug vor, den Tarif in der Weise zu ändern, daß ein Mindest-
lohn von 24 M. pro Woche nur für Lactirergehilfen gefordert
werden, die Entlohnung der jugendlichen Arbeiter und der
Arbeiterinnen dagegen der freien Vereinbarung überlassen bleiben
soll, die übrigen Forderungen aber unverändert bestehen bleiben.
Ueber diesen Vorschlag entspann sich ein lebhafter Meinungsaustrausch.
Die Versammlung formulirte schließlich ihre zu stellenden For-
derungen folgendermaßen: 1. Neunstündige Arbeitszeit. 2. Ein
Minimal-Lochenlohn für Lactirer von 24 M., für Arbeiterinnen
von 15 M., für Hilfskräfte beziehungsweise jugendliche Arbeiter
nach Uebereinkunft. 3. Für Ueberstunden 25 pCt. Lohnzuschlag.
4. Bei Akkordarbeit sind die Preise so zu bemessen, daß ein
Mindestlohnverdienst von 24 M. erreicht werden kann bei
neunstündiger Arbeitszeit. 5. Sonnabends eine Stunde früher
Feierabend. 6. Die Unternehmer haben ihre Arbeitskräfte durch
den unabhängigen Arbeitsnachweis der Lactirer zu beziehen. —
Dieser abgeänderte Tarif wird nochmals gedruckt werden
zur Vorlage an die Unternehmer. Bezüglich des Zeitpunktes,
wann diese Forderungen geltend gemacht werden sollen, beschloß
die Versammlung, am Schlusse der Woche, am Sonnabend früh
in allen Werkstätten die Forderungen vorzulegen und im Nicht-
bewilligungsfalle derselben am Sonnabend Abend hierauf die
nötigen Konsequenzen zu ziehen. Am Sonntag früh sind im
Berkehrlokale, Alexanderstr. 11, die Berichte zu erlassen über
Bewilligung oder Nichtbewilligung der Forderungen. Am Montag
Abend findet dann (im Englischen Garten) eine öffentliche Ver-
sammlung statt zwecks Bekanntgabe des Resultats. Die Lohn-
tarife sind von Donnerstag Abend ab im Berkehrlokale von den
einzelnen Werkstätten abzuholen.

Witzdorf. Hier tagte vor kurzem eine gut besuchte Metall-
arbeiter-Versammlung, in der eine Reihe von Mißständen der
hiesigen Fabriken zur Sprache kamen. So wurde von einem
Redner geschilbert, daß die Witzdorfer Messingwerke ihren Ar-
beitern zumuthen, das Mittagmahl im Freien einzunehmen, da
die Fabrik den bei ihnen Beschäftigten keine Räume für diese
Zwecke zur Verfügung stellt und den Familienangehörigen der
Arbeiter das Betreten der Fabrikräume verbietet. Auch die Zu-
stände in der Metallwaarenfabrik von Kieselberg gaben dem
Redner zu einigen kritischen Bemerkungen Anlaß. Während
der Besprechung dieser Angelegenheit entstand in der Versamm-
lung eine kleine Unruhe, die dem überwachenden Beamten die
Handhabe bot, die Versammlung aufzulösen. Darauf
wurde eine neue Versammlung einzuberufen, in der die
Arbeiter der letztgenannten Fabrik sehr zahlreich vertreten waren.
Unter anderem wurde über die Löhne aus dieser Fabrik mit-
geteilt, daß nicht selten Arbeiterinnen zu Beginn ihrer Be-
schäftigung mit einem Wochenlohn von 3 M. abgepeist werden.
Dabei müssen die Betreffenden einen Nevers unterschreiben, in
dem sie sich gegen eine Konventionalstrafe von 30 M. verpflichten,
in keinem Geschäft der gleichen Branche während der ersten drei
Monate nach Lösung des Arbeitsverhältnisses Beschäftigung zu
suchen. Nach einer längeren Aussprache wurde den Anwesenden
bekannt gegeben, daß alle Mißstände im Fabrikbetriebe an den
Vertrauensmann der Metallarbeiter, Julius Bieweg, Witzdorf,
Vergstr. 182, Hof 2 Tr., zu melden sind.

Schöneberg. In einer gut besuchten Versammlung des
Arbeiter-Bildungsvereins sprach am 2. d. M. Genosse P ä h n e
über die „Arbeiterversicherungen“. An den lehrreichen Vortrag,
welcher mit reichem Beifall aufgenommen wurde, knüpfte sich
eine rege Debatte, in der wiederholt der Referent Gelegenheit
nahm, über eine Reihe von Fragen Antwort und Auskunft zu
geben. Unter Verschiedenem theilte der Vorsitzende mit, daß die
Anfrage an den Arbeitsnachweis der hiesigen Gewerbe-Ausstellung
um Zulassung zum Ausstellungspark zwecks Befichtigung der nun-
mehr fertiggestellten Bauten abschlägig beschieden wurde.

Köpenick. Am 4. März sprach hier in einer Versammlung
der Appreteure, Delateure und Färber Genosse Haber über den
Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Da von einer
Diskussion über den Vortrag Abstand genommen wurde, ging
man sogleich zum dritten Gegenstand der Tagesordnung über,
Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsartell. Die Versam-
mlung betraute H. Friebe mit der Wahrnehmung ihrer Interessen.
Sodann wurden den Textilarbeitern in Kottbus 50 M. bewilligt
und ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß künftig jeden
Monat eine Versammlung einberufen wird.

Charlottenburg. Im Lokal „Bismarckshöhe“ fand am
6. März eine öffentliche Versammlung der Maler und verwandten
Berufsangehörigen statt, wozu auch die Prinzipale eingeladen waren.
Von letzteren war niemand erschienen. Fäler gab einen eingehenden
Bericht über die bis dahin geführten Unterhandlungen der
Lohnkommission mit der Jantung und erklärt, trotzdem der Lohn-
tarif wesentlich herabgesetzt ist und von der Charlottenburger
Jantung vollständig abgelehnt wurde, weiter zu verhandeln.
Zunächst empfiehlt, sich den Berliner Kollegen vollständig anzuschließen.
Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:
Die Versammlung erklärt sich mit dem Beschluß der Berliner
Kollegen hinsichtlich der Lohnbewegung solidarisch und ver-
pflichtet sich demgemäß, am Sonnabend, den 7. März, die For-
derung den Prinzipalen vorzulegen, im Falle der Nichtbewilligung
am Montag, den 9. März, die Arbeit niedergelegen und der Lohn-
kommission zu berichten. Diejenigen Kollegen, die in Geschäften,
wo der Lohnarif anerkannt ist, weiter arbeiten, haben wöchent-
lich 2 M. an die Streikkasse abzuführen.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag,
Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von
6-7 Uhr statt.

Köber, Charlottenburg. Vielleicht kommen Sie gelegent-
lich einmal zu uns.

A. N., Charlottenburg. Theilen Sie die Sache in der
Versammlung über Berufsorganisation mit.

Kaketenkiste 28. Dieses Blatt erscheint in Leipzig und
führt den Titel „Der Gewerkschafter“. Leipzig, Mittelstr. 7.

G. Hauptmann. Die Ausnahme dieser Mittheilung empfiehlt
sich nicht.

G. 118. Eine so weite Strecke ist jedenfalls per Bahn
billiger.

Briefkasten der Expedition.

G. Sch. Ihr Inserat kostet 2,50 M. und bitten wir um
vorherige Einzahlung des Betrages.

Grosse Volksversammlung

am Mittwoch, den 11. März 1896, abends 8 Uhr,
in der **Neuen Welt**, Hasenhaide 108-114.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme gegen das neue Margarine-Gesetz, eine Schädigung der Volks-Interessen.

Referent: Stadtv. Dr. Karl Goldschmidt aus Berlin.

2. Freie Diskussion.

Jedermann, auch Damen, willkommen.

Die Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ Berlin.

Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, in Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23:

Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Wurm** über: **Kapital und Arbeit.**
 2. Diskussion.
- Gäste haben Zutritt.
Mitglieder werden aufgenommen.
Um regen Besuch bittet

274/1

Der Vorstand!

Achtung! Charlottenburg!

Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr,
im Lokal „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstrasse 39:

Versammlung

des sozialdemokratischen Wahlvereins
für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Tages-Ordnung:

1. Die indirekte Gesetzgebung in bezug auf die Judenverneuerung. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.**
 2. Diskussion.
 3. Vereinsangelegenheiten.
- Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Klempner!

Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, im Lokale von **Cohn, Beuthstr. 21, 1:**

Versammlung der Werkstatt-Vertrauensmänner.

Tages-Ordnung:

- Die bevorstehende Lohnbewegung.
Die angegebenen Fragebogen müssen in dieser Versammlung ausgefüllt zurückgeliefert werden.

Der Vertrauensmann der Klempner.

F. Zimmermann, Päcklerstr. 55.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Freitag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Louis Keller, Köpenickerstr. 29** (oberer Saal):

Großer Experimental-Vortrag

des Hrn. Dr. Ludwig über: Die Röntgen'sche Entdeckung und Photographie mit unsichtbaren Strahlen.

Billets à 25 Pf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Billets, welche am Mittwoch Abend im Vereinslokal nicht zurückgegeben werden, als bezahlt verrechnet werden.

Der Vorstand.

149/20

Dekorations-Maler!

Donnerstag, den 12. März, bei **J. Wernau, Rosenthalerstrasse 57:**

Oeffentliche Versammlung

der Spezialisten (Dekorations-, Holz- u. Marmor-Maler.)

Es wird dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

125/7

Der Einberufer.

Oeffentliche Versammlung

sämmtlicher Arbeiter der

Eisenmöbel-Fabrik von **C. Schulz,**

Hasenhaide 9.

Tagesordnung: 1. Die Zustände in der Fabrik und wie wir sie bessern können. 2. Diskussion.

Das Erscheinen sämtlicher Arbeiter der Fabrik ist Ehrenpflicht.

91/20

Liter-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Gl.
Korn (verschied. gemischt) 45 Pf., ohne Gl.
Eldre, Cognac, Rum, Ungarweine etc.
Carl Schindler, Chausseestr. 55.

Orts-Krankenkasse

für das
Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Ordentliche General-Versammlung.

am Sonntag, 29. März, vorm. 10 1/2 Uhr,
im Luisenstädtischen Konzerthause,
Alte Jakobstraße Nr. 37.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung pro 1894 durch den Rentanten.
2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses bezw. Decharge-Ertheilung.
3. Etwaige Anträge von Mitgliedern der Generalversammlung. (Dieselben werden den Delegirten gedruckt zugestellt.)
4. Verschiedenes.

Gleichzeitig bringen wir nachstehend die

3. Abänderung zum Kassensatz den Mitgliedern zur Kenntnissnahme: Auf Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 24. November 1895 haben nachstehend aufgeführte Paragraphen des Kassensatzes folgende Aenderung erfahren:

§ 10, Absatz 1.

Als Krankenunterstützung wird den Kassensatzmitgliedern im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit gewährt:

1. vom Beginn der Krankheit ab frei ärztliche Behandlung und Arznei;
2. die Lieferung von Brillen, Bruchbändern und ähnlichen Vorrichtungen oder Heilmitteln;
3. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage des Eintritts derselben für jeden Arbeitstag und für die Festtage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, sieben Zwölftel des durchschnittlichen Tageslohnes (§ 9) als Krankengeld.

§ 11, letzter Absatz.

Diejenigen, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten haben, erhalten den achten Theil des durchschnittlichen Tageslohnes (§ 9) als Krankengeld.

§ 34, Absatz 3.

Die Wahl ist geheim und wird durch Stimmzettel in einem Wahlgange in der Weise vorgenommen, daß jeder Stimmberechtigte einen soviel Namen enthaltenden Stimmzettel abgibt, als Mitglieder zu wählen sind.

§ 44, Absatz 1.

Die Generalversammlung besteht aus Vertretern der Kassensatzmitglieder und Arbeitgeber, welche in geheimer Wahl auf ein Jahr gewählt werden. Die Kassensatzmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen; die Arbeitgeber können zu Vertretern auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber wählen, sich durch solche auch bei dieser Wahl vertreten lassen, doch ist dem Leiter der Wahlversammlung vor Beginn derselben von dieser Vertretung Anzeige zu machen.

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Gustav Günther, Paul Magnan,
Vorstand. Rentant.

Die Abänderung wird hierdurch mit der Maßgabe genehmigt, daß dieselbe mit dem nächsten Montag nach erfolgter Veröffentlichung (§ 62) in Kraft tritt.
Berlin, den 31. Januar 1896.
Der Bezirks-Ausschuß.
Kaiser. 2006

Möbel u. Polsterwaren,

reelle Waare emp.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, 145128*
Berlin SW., Glöcher-Strasse 14.

Achtung, Holzarbeiter!

Folgende Werkstellen haben unsere Forderungen bisher nicht bewilligt:

Kastenmöbel und Büffets: **Uhl, Schützenstr. 68.** Stoppert, Prenzlauer-Allee 26. Hagenow, Waldemarstraße 28. Meier, Palfadenstr. 47. Edeet, Ruppinerstr. 9.

Bauarbeit: **Chemann, Brunnenstr. 84.**
Schreibtische, Tische und Nähtische: **Trompler, Müdersdorferstr. 7.**
Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: **Loth, Bappel-Allee 5.**
Reutel, Stralauerstr. 35. Mählbauer, Andreasplatz 8. Dohje, Grüner Weg 2. Reimann, Heilnerstr. 5.

Nähmaschinen: **Frister u. Hofmann, Skaligerstr. 134/135.**
Goldleisten: **Rehlow u. Co., Köpcke-Str. 109.** Stieghahn, Waldemarstraße 14.

Luzurnmöbel: **Wab, Gitschinerstr. 75.** Rose, Wasserthorstraße 40. Fritsche, Oranienstr. 38 (streifen die Drecksler).

Möbel nach Zeichnung und gute Bauarbeit: **Ferd. Voigtz, Alte Jakobstraße.**

Telephon: **Tromple, Holzmarktstr. 48.**
Mühlbau und Maschinenfabrik von **Kappler, Prinzen Allee 75-76** und (Abth. Moabit) **Alt-Moabit 86.**

Buzug fernhalten.

Orts-Krankenkasse

des
Zimmerergewerbes zu Berlin.

Gemäß § 60 des Kassensatzes bringen wir hiermit den Mitgliedern zur Kenntniss, daß die in der Generalversammlung vom 22. November 1895 beschlossene zweite Abänderung des Statuts — (Fürsorge für die im Zimmerergewerbe beschäftigten weiblichen Personen) — durch die höhere Verwaltungsbehörde genehmigt worden ist.

Die diesbezügliche Abänderung wird den Mitgliedern gemäß § 61 des Statuts ausgehändigt.

Der Vorstand.

H. Rudolph, Vorsitzender.

J. Krause, Schriftführer.

Muschel-Wirthschaft

verlaufe sofort spottbillig, vollständige Wohn- und Schlafzimmereinrichtung, darunter 8 Fenster neue Gardinen. Brautleuten geeignet. 45632

Frau Würtner,

Köpenickerstr. 141, Vorderb., 1 Etage.



massiv Gold
arbeiten
Mark 4.75.

Einsegnungs-Geschenke

laufen Sie a. billigsten direkt von der

Goldwaaren-Industrie

von **Belmonte & Co.,**
Königstrasse Nr. 22,

1. Hof parterre. 45612*

(Altes Gold und Silber wird zu Kurspreisen gekauft und in Zahlung genommen.)

Warnung!

An Stelle des bekannten und allbewährten echten

Dr. Thompson's Seifenpulver.

werden den verehrten Hausfrauen oft milderwertige Produkte verabfolgt!

Man achte deshalb beim Einkauf auf den Namen „**Dr. Thompson**“ und die Schutzmarke „**Schwan**“.

Zu haben in den meisten Fein-, Droguen- und Colonialwaarenhandlungen. M. 30/59*

Möbeltischlerei

und Polsterwaren-Fabrik
von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**

an der Ritterstrasse. — Gegründet 1878.

Bessere Wohnungs-Einrichtungen unter Garantie in **Hußbaum** und **Mahagoni** von 240, 300, 400, 500, 600 bis 6000 Mk. in anerkannt gediegener Ausführung. Auch Einzelverkauf zu **Fabrikpreisen.** Günstige Preisberechnung. Preislisten franko. 4938L*

4938L*



Kaufen Sie kein Musik-Instrument

so lange Sie nicht mein Lager befrachtet haben.

Ich führe nur Instrumente bester Qual. u. verkaufe zu Original-Fabrikpreisen. Grosses Lager in Harmonikas, Akkord-Zithern, Concert-Zithern, Symphonions, Polypions, Musik-Automaten, Ocarinas etc.

Feith's Neheiten-Vertrieb,

Berlin, Charlottenstr. 63.

Möbel-Tischlerei von G. A. Noack, Tischlermeister. Spezialität: Wohnungs-Einrichtungen

Sie kaufen Wohnungs-Einrichtungen direkt vom Tischlermeister zum Preise von **M. 240,-; 340,-; 450,-; 500,-; 600,-; 750,- bis 2000,-** u. Keine Scheinwerkstätten!
Berlin, Verkaufsmagazin: Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenstrasse, Fabrik: **Fruchtstr. 31.** Garantie für gediegene und dauerhafte Ausführung.

Gegründet 1880.

Kataloge franco!